

Editorial

Die spannendste ideologische Debatte, die in den deutschen Parteien derzeit geführt wird, ist der sozialdemokratische Streit über »Gerechtigkeit«. Verfügt die alte Facharbeiterpartei noch über jene Wurzeln aus der Bebel-Zeit, die sie in die Lage versetzte, eine Ordnungspolitik zu konzipieren, welche Peter Grafe in den provozierenden Satz kleidet: »Eine Gesellschaft ist umso gerechter, je geringer der Sozialetat ist, den sie benötigt.« Oder bleibt sie bei jenem durch die rot-grüne Mischung festgefahrenen Zweifel am »autonomen«, handlungsfähigen, selbstverantwortlichen Individuum, dem die Foucaults, Lacans, Baudrillards seit Jahrzehnten den Prozess machen? Polemisch gefragt: Ist jeder Sozialhilfeempfänger ein Opfer der Gesellschaft? Dann braucht man den Staat als »paternalistischen Alles-regler« (Grafe). Solch prinzipielle Fragen stehen hinter der oft praktizistischen Debatte um die Agenda 2010. Bebel pur wäre vermutlich nicht gut aushaltbar. Aber man darf die Nietzscheanisierung und Freudianisierung der Linken nicht übertreiben.

Wir wollen diese Debatte politisch führen, also nicht im Labor der Kommunikationstheorie oder der experimentellen Ökonomie. Kein Mensch kann beweisen, dass die makroökonomische Nachfragesteigerung nicht mehr erfolgreich sein kann – aber ist die EU einig genug, um sie zu praktizieren? Der Power Container Nationalstaat ist dafür längst viel zu löcherig geworden. Der Stabilitätspakt der EU mag schwachsinnig sein; aber muss die Bundesregierung ihn nicht in Rechnung stellen? Schröder ist (wie Bebel) kein Theoretiker. Aber er ist der Kanzler eines großen Landes, er muss handeln. Könnte er so handeln, wie die »klassische« Theorie des Wohlfahrtsstaates, die Ernst Niemeier deduziert, verlangt? Das sind einige Fragen unseres Schwerpunktes zum Thema »Gerechtigkeit«.

Unser zweites Thema ist »Sicherheit«. Wie solide ist der »Menschenrechtsinterventionismus«, mit dem Rot-Grün seinen pazifistischen Flügel diszipliniert hat? Muss Deutschland immer Truppen entsenden, wenn »irgendwo in der Welt eklatante Menschenrechtsverletzungen begangen werden« (Marco Overhaus)? Natürlich nicht. Wer das einsieht, darf die Auschwitz-Karte aber nicht zu oft wie einen Joker benutzen. Die »Salamitaktik«, mit der Auslandseinsätze der Bundeswehr immer selbstverständlicher durchgesetzt wurden, hat – so Overhaus – »zu einer gefährlichen Kultur der Gleichgültigkeit der Medien, der politischen Parteien und der weiteren Öffentlichkeit in verteidigungspolitischen Fragen beigebracht«. Wie lange wird das gutgehen?

Die deutschen Verlage bringen in diesem Jahr fast 70 Übersetzungen neuer und klassischer russischer Literatur auf den Markt, ergänzt durch mehr als 20 Sachbücher russischer und deutscher Autoren zum Thema »Russland«. Russland ist das überwölbende Motiv der Buchmesse. Deswegen beschäftigen auch wir uns mit der Zukunft des Vielvölkerstaats (Kai Ehlers) oder mit seiner Machtkonstruktion (Peter W. Schulze). Eine harte Attacke gegen die Political Correctness, mit der dieser große Nachbar – wie auch viele kleinere – bei uns behandelt wird, fährt Günter Franzen. Er spricht von der »Taubblindheit«, mit der die verwascene bundesrepublikanische Linke und ihre guten Hirten geschlagen zu sein scheinen, sobald die Realität der unter dem Heiligenschein des großen vaterländischen Krieges begangenen Verbrechen zur Sprache kommt. Sein Fazit: »Der geschundene Mensch ist ein Dreck und verliert sich in der Weite des russischen Reichs«. Das gilt nicht nur für Russland, wie man an der Debatte zum »Zentrum gegen Vertreibungen« sieht.

PETER GLOTZ

Editorial

Aktuelles

- 4 WIELAND FREUND
Der Essay:
Warum Generationen?
- 7 WILHELM SCHMIDT
Gute Chancen für die Modernisierung
der bundesstaatlichen Ordnung
- 10 JOCHEN THIES
Mourir pour Kaboul?



Foto: dpa-Fotoreport

Welches Gerechtigkeitskonzept hat Zukunft?

- ### Die Gerechtigkeitsdebatte (II)
- 14 PETER GRAFE
Von der Maßnahme
zur gerechten Ordnung
 - 18 THOMAS MEYER
Grammatik der Gerechtigkeit
 - 21 ERNST NIEMEIER
Die unsoziale Selbstgerechtigkeit
 - 26 PETER GLOTZ
Schröders Dilemmata

Sicherheit

- 28 VOLKER KRÖNING
Verteidigungspolitik auf
Orientierungssuche
- 31 MARCO OVERHAUS
Über die Legitimität
deutscher Auslandseinsätze
- 34 HANS-JOACHIM SEELER
Europa braucht eine eigene Armee

Das Thema: Russland Gastland der Frankfurter Buchmesse 2003

a. Politik

- 37 PETER W. SCHULZE
Russlands langer Marsch
in die Moderne
- 41 KAI EHLERS
Vielfölkerstaat oder
Staat vieler Völker?



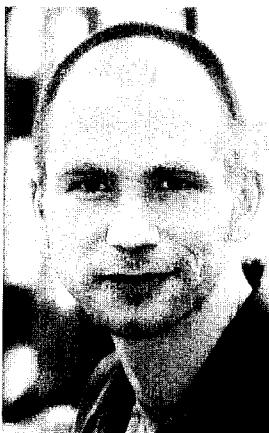
Kulturstaatsministerin
Christina Weiss zum
deutsch-russischen Kulturaustausch.

- 45 **JUTTA SCHERRER**
Großmacht Russland
- 49 **GESPRÄCH MIT**
CHRISTINA WEISS
»Aus diesen Begegnungen
wird viel Neues entstehen«
- b. Kultur*
- 55 **KERSTIN SCHNEIDER**
Tendenzen der
russischen Literatur
- 58 **GÜNTER FRANZEN**
Die Linke und der Postkommunismus
- 61 **KLAUS HARPPRECHT**
Die Glosse:
Deutschland, Europa
und die »große Seele«
- 63 **GESPRÄCH MIT**
VLADIMIR ASHKENAZY
»An Russland reizt mich eigentlich nichts«

Kritik

- 67 **ROLAND H. WIEGENSTEIN**
Amos Elons Porträt
einer jüdisch-deutschen Epoche
- 69 **ROBERT MISIK**
Erkundungen über den
Philosophie-Entertainer Slavoj Žižek
- 73 **MICHAEL FUNK**
Betrachtungen zum Zustand
des korrupten Imperiums
- 75 **KATHARINA LEHMANN**
Karl Schlögel
über die Europäische Geschichte
- 77 **FLORIAN GIESE**
Die Auflösung
des sowjetischen Imperiums
- 79 **ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN**
- 80 **IMPRESSUM**

WIELAND FREUND
Der Essay:
Ironie & Nostalgie
Warum Generationen?



Jenseits der Soziologie macht sich der Begriff »Generation« verdächtig. Nach der öffentlichen Verabschiedung von den Begriffen der »Rasse«, »Klasse«, womöglich auch der »Nation« und sogar des »Geschlechts« hat sich die »Generation« zum Ersatz-Wir gemauert. Man ist nicht mehr weiß, Mittelstand oder deutsch und auch nur noch dort, wo es ganz blöd wird, Mann oder Frau, sondern ein Zonenkind, das Golf fährt, Techno hört oder *e-mails* schreibt. Die Soziologie scheidet zwischen gesellschaftlichen und familialen Generationen, zwischen politischen, kulturellen, ökonomischen oder technischen Kohorten und quält sich mit der Trennschärfe dieser Begriffe. Der Publizistik ist alles eins. Wie im Rausch erfundet sie beinahe täglich eine neue »Generation«: Generation X, Y, Z, XXL, D und e; 68er, 78er, 89er, 97er, 13th; Generation@; Generation Schlaffi, Golf, Techno, Tamagotchi, Gameboy, Spaß, Berlin, Cyber, Null Bock. Der offensichtliche Unsinn dieser Liste erspart einem die inhaltliche Diskussion. Selbst wenn man die Deckungsgleichheit von Spaß, Golf und X; @, Cyber und e; Tamagotchi und Gameboy; 78er und Z; 89er und Berlin; Schlaffi und Null Bock annimmt, ist die Liste für die paar betroffenen Jahre ein wenig zu lang. Interessanter also als die Inhalte der jeweiligen Generationenbeschreibungen, dürften ihre Formen und Strategien sowie die Bedürfnisse sein, die sie befriedigen helfen.

Generationen, das zuerst, werden mutwillig konstruiert. Das Beispiel der so genannten 68er mag das zeigen. Heute wird keine Generation in ihrer Existenz so leicht beglaubigt wie diese, dabei war vor 25 Jahren noch nicht einmal der Begriff erfunden. Der Soziologe Heinz Bude stellt fest: »Die Bezeichnung Achtundsechziger-Generation muss sich am Anfang der achtziger Jahre eingebürgert haben. Als 1977 eine Reihe von Büchern und Artikeln erschien, die einen ›Rückblick nach vorn‹ (*Hartung 1978*) warfen, war noch von der APO, von der Studentenbewegung oder von der antiautoritären Bewegung die Rede.« Warum die Umtaufe? Eine mögliche Begründung wäre: Aus den *closed shops* von Demonstrations-, Diskussions- und Studentenzirkeln, sollte – dem gesellschaftlichen Wunsch gemäß – eine »offene Zuschreibungsformel« (*Bude*) werden. Teil der APO war eben nur, wer Teil der APO war. Für einen 68er jedoch reicht ein Geburtsdatum irgendwo zwischen 1938 und '48 vielleicht. Mit der Ausblendung der tatsächlichen Ereignisse der »kleinen deutschen Kulturrevolution 1967 - 1977« (*Gerd Koenen*) trat an die Stelle biographischer

Fakten – demonstriert oder nicht demonstriert, Marx gelesen oder nicht – ein Lebensgefühl. Fortan funktionierte die Chiffre »68« als Lebensgefühlsversicherung. Sie bediente – wir zuvor Rasse, Klasse und Nationalität und wie gelegentlich immer noch das Geschlecht – das, was Norbert Elias die »Wir-Schicht« einer Person genannt hat.

Kein Zufall auch, dass ausgerechnet die sozial kalten Achtziger Jahre das Bedürfnis nach dem Sammelbecken weckten. Die Fragmentierung schritt und schreitet immer noch voran. Familien sind mittlerweile unzuverlässige Größen, vor allem technische Neuerungen, aber auch das rasante Tempo der Weltpolitik verkleinern – scheinbar zumindest – die Schnittmengen persönlichen Erlebens, und zudem ist jedes Shampoo auf den Einzelnen – den Vereinzelten natürlich – zugeschnitten. Was Wunder also, dass jedes weitere Generationsmodell nach »68« sich an dem von »68« orientiert und ebenso eine »offene Zuschreibungsformel« sein will. Denn auch wenn der Trick, die Lebenswirklichkeit einiger weniger zum Lebensgefühl von vielen zu stilisieren, wohl nur einmal halbwegs überzeugend gelingen kann – das Bedürfnis, Teil einer Generation zu sein, bleibt. Mehr noch: Je unerfüllter dieses Bedürfnis ist, desto mehr Modelle sind erlaubt, und in den neuen Generationsbeschreibungen ist die Erwähnung des Fehlens generationeller Originalität und Identität schon lange kein Eingeständnis des Autors mehr, in seinem Beschreibungsversuch gescheitert zu sein, sondern vielmehr ein willkommener Topos. »Wir«, behauptet Florian Illies in der *Generation Golf zwei*, »sind wahrscheinlich die erste Generation, die ihr Leben nicht mehr als authentisch empfindet, sondern als ein einziges Zitat.« Dieses in jedem Fall irrite Gefühl mag sich – unter anderem – der Form verdanken, in die es gegossen wurde. Eine mögliche These wäre: Weil das Generationsmodell »68« das erste war, das auf die sich radikal verändernde Nachkriegsgesellschaft reagierte, können alle weiteren in immer noch vergleichbaren gesellschaftlichen Umständen konstruierten Modelle »68« formal nur kopieren. Auch – aber gewiss nicht nur – deshalb sind sie allesamt mehr oder minder ironisch.

**»Je unerfüllter
das Bedürfnis
ist, Teil einer
Generation zu
sein, desto
mehr Modelle
sind erlaubt.«**

Wer würde denn ernsthaft annehmen, dass das Tragen einer näher zu beschreibenden Handtasche die Wir-Schicht einer Person bedienen könnte? Und kann denn der Genuss einer bekannten Nuss-Nougat-Creme als Brotaufstrich allen Ernstes als prägende kollektive Erfahrung herhalten? Man vergleiche: »Das schicksalhafte Geschick des Daseins in und mit seiner ›Generation‹ macht das volle, eigentliche Geschehen des Daseins aus« (*Heidegger*). NUTELLA, das Täschchen, ein elektronisches Spielzeug aus Japan Schicksal? Der Konsument, ein Geworfener? Wohl kaum. Ironiefreie Versuche, Generationsmodelle über historische Schnittstellen – à la »68« – zu konstruieren jedoch, werden ohnehin verlacht. Im Zeitalter der Ironie hat man nur die Möglichkeit, über sich zu lachen, bevor das andere tun. Der altehrwürdige Ernst eines Claus Leggewie also (*Die 89er*), das eifrige Bemühen einer Susanne Leinemann (*Aufgewacht. Mauer weg*) und sogar die bloß gelegentliche linkische Wandlung eines Florian Illies (*Generation Golf zwei*) wirken also seltsam fehl am Platz. Generationsmodelle, Generationsbücher haben unernst zu sein. Oder – besser – un-

eigentlich. Ist deshalb so viel von eigentlich Lächerlichem die Rede? Von Kleinwagen aus Wolfsburg und der »Quarterlife-Crisis«?

Hier soll keineswegs das aufklärerische Instrument der Ironie unglimpft werden. Doch jene vor allem im Fernsehen erprobte affirmative Ironie der unmittelbaren Gegenwart kommt einem Käfig gleich. Der amerikanische Publizist Jedediah Purdy hat sie vor nicht allzu langer Zeit als eine Form der Feigheit beschrieben. Man bedient sich ihrer wie einer Maske, die den Sprecher tarnt. Unmögliches wird so sagbar – siehe die Polenwitze Harald Schmidts –, weil es womöglich ironisch gemeint und jede Position damit umdeutbar ist in ihr Gegenteil. In einem seiner linkischen Momente sagt es Illies so: Wer alles in Gänsefüßchen setze, dem sei alles egal. Das allerdings bleibt – weil womöglich in Gänsefüßchen gesetzt – völlig folgenlos. Das Bemerkenswerte daran: Illies ist mit seinem Buch *Generation Golf*, das fortgesetzt die eigene Lächerlichkeit preisgibt, einer der großen Erfolge der neuen Generationsliteratur gelungen. Denn das Buch bedient einerseits die Wir-Schicht, von der Elias gesprochen hat, und entlastet andererseits via Ironie von dem kläglichen Bild, das es – im pathologischen Vergleich mit »68« – von der so genannten »Generation Golf« malt. Eigentlich wird gelesen, was gefällt, uneigentlich, was nicht. Generationsbücher sedieren. Sie sind literarische Psycho-pharmaka mit dem Wirkstoff Ironie. Die »offene Zuschreibungsformel« bietet eine Nische. Im Käfig seiner »Generation« hütet der Einzelne so seine kleine Welt.

Nebenwirkungen gibt es natürlich: Ironisch ist die Welt nicht erfahrbar, und so gerät die nachfolgende, ohnehin leicht larmoyante »Generation Golf zwei« zu einer Aufzählung der verpassten Möglichkeiten. Der Mauerfall, der 11. September, sogar die *New Economy*: Alles irgendwie nicht mitgekriegt. Was bleibt, ist das Gefühl, dass irgendwo das wahre Leben gelebt wird – nur leider nicht da, wo man gerade ist. Die Folge: eine vielleicht beispiellose Nostalgiewelle. Ein Buch über den Annäherungsprozess von Ost und West beginnt mit dem »letzten Tag« der eigenen Kindheit, ein Buch über den Mauerfall mit dem ersten Besuch der Autorin in der DDR (»mit vierzehn Jahren«). Von Mama aufgewärmte Bademäntel sind bedeutsam genug, um erwähnt zu werden, und kaum ein Generationenerfinder kann anders, als von oben – dem ironischen Standpunkt –, aber dafür mit heißem Herzen auf die eigene Heimatstadt zu blicken, denn auch hier kam ein bedeutendes Ich zur Welt. Die Grenzen von Memoir und Generationenbuch sind fließend, seit gilt: Einer für alle.

Ohne nostalgische Beschwörung mutmaßlich gemeinsamer Erinnerungen kommt kein Generationenmacher aus – das »übertriebene Wir« (Julia Kristeva) braucht kollektiv taugliche Symbole, und die wenigsten Autoren scheren sich um deren Nichtigkeit. So ist man also »für« NUTELLA, den GOLF und den Krieg der Marken, den man als Kind mit ausgefochten hat, und wenn man gerade die letzte DDR-Generation konstruiert, ist man auch ein bisschen »für« die DDR. Wer nicht mehr hat als die Ironie und ihre nostalgische Kehrseite, dem bleibt – statt Erklärung – nur Beschwörung: So war es, und war es nicht schön?

**»Generations-
bücher sind lite-
rarische Psycho-
pharmaka mit
dem Wirkstoff
Ironie.«**

WILHELM SCHMIDT
**Gute Chancen für die Modernisierung
der bundesstaatlichen Ordnung**

I.

Die bundesstaatliche Ordnung ist ein grundlegendes Strukturprinzip im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Prinzip hat sich im Laufe der Entwicklung der letzten 50 Jahren insgesamt bewährt. Der deutsche Föderalismus hat eine angemessene Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern, die Ausbalancierung der politischen Macht sowie die Berücksichtigung der regionalen Vielfalt sichergestellt. Dennoch hat sich im Zuge der Verfassungsentwicklung eine Tendenz ergeben, die aus heutiger Sicht eine zu starke Verschränkung und Verflechtung von Bund und Ländern feststellt. Dies betrifft insbesondere die Mitwirkung der Länder in der Bundesgesetzgebung und die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.

Bestrebungen zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung stehen im Gesamtzusammenhang mit dem Konzept der Reformagenda 2010. Es liegt auf der Hand, dass im Zuge einer umfassenden Modernisierung der Sozial- und Wirtschaftsordnung die staatlichen Strukturen nicht ausgeklammert bleiben können. Wie bei der Modernisierung der sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen unseres Landes geht es bei der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung auch darum, unser Land vor dem Hintergrund eines zusammenwachsenden Europas und einer globalisierten Weltwirtschaft zukunftsorientiert zu machen. Vor diesem Hintergrund muss die Modernisierung des Föderalismus zum Ziel haben, den innerstaatlichen Willensbildungsprozess effizienter und straffer als bisher zu organisieren. Dadurch werden Entscheidungsabläufe und Verantwortlichkeiten für den Bürger verständlicher als bisher gemacht. Dieses stärkt die Transparenz der demokratischen Entscheidungsfindung

und damit zugleich die Legitimation von Entscheidungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wie auch der Öffentlichkeit insgesamt.

Die bundesstaatliche Ordnung erlebte in den letzten 50 Jahren durch Verlagerung von Kompetenzen auf den Bund bei gleichzeitiger Stärkung der Mitwirkungsrechte des Bundesrates Gewichtsverschiebungen. Dieses wird gelegentlich als Stärkung des Föderalismus gesehen. In Wahrheit stellen sie jedoch eine Schwächung dar. Verlierer sind insbesondere die Landesparlamente, deren legislative Gestaltungsmöglichkeiten im großen Umfang verloren gegangen sind. Gleichzeitig hat die politische Mehrheit auf der Bundesebene durch die weitreichenden und ausgedehnten Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundesrates in der Bundesgesetzgebung – insbesondere bei unterschiedlichen politischen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und im Bundesrat – politische Gestaltungsspielräume verloren. Politische Entscheidungswege verlängern und verkomplizieren sich dadurch notwendigerweise. In einem zusammenwachsenden Europa und in einer globalisierten Welt erwachsen daraus Standortnachteile durch eine Verlangsamung der Entscheidungsfindung.

Eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung, die ihren Namen verdient, muss daher demokratie- und effizienzhinderliche Verflechtungen zwischen Bund und Ländern auflösen. Im Spannungsfeld zwischen dem gesunden Wettbewerb und der notwendigen Solidarität unter den Ländern muss ein angemessener Ausgleich gefunden und die beidseitige Stärkung der Bundes- und Länderebene angestrebt werden.

II.

Schwerpunkte bei der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung sind die Zuordnung von Gesetzgebungszuständigkeiten auf Bund und Länder, die Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte der Länder in der Bundesgesetzgebung und die Fi-

nanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.

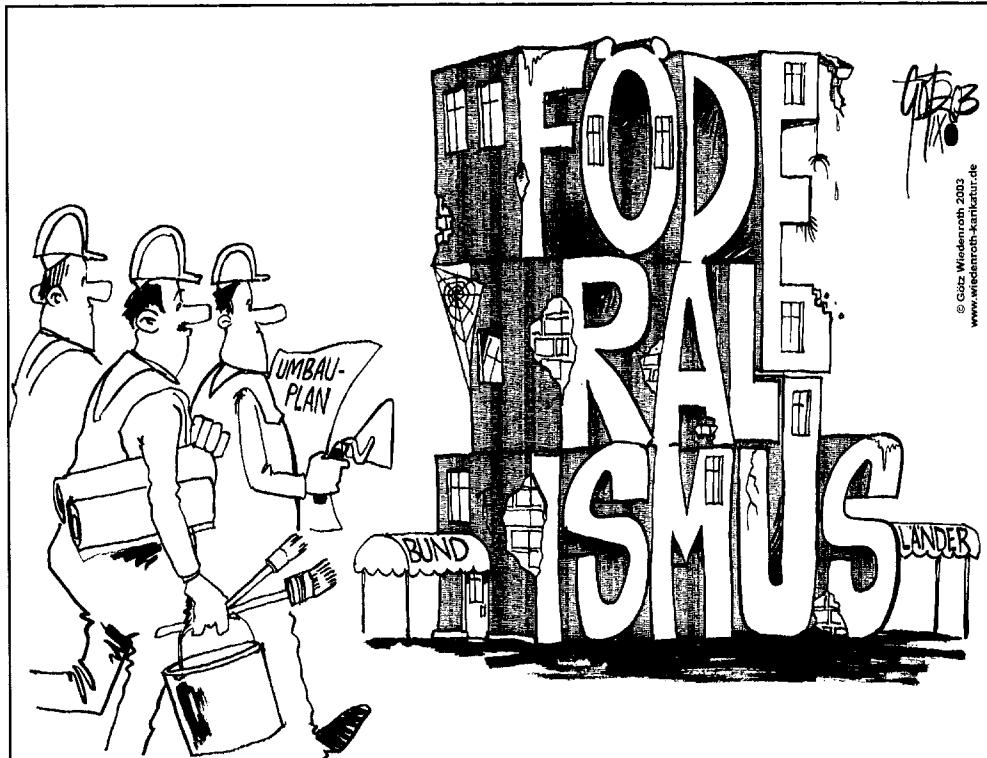
Erstens: Bei der Zuordnung von Gesetzgebungszuständigkeiten auf Bund und Länder sollte als Ausgangspunkt aller Überlegungen im Vordergrund stehen, dass sowohl der Bund als auch die Länder hinreichende legislative Kompetenzen besitzen müssen. Insbesondere die Länderparlamente haben im Laufe der Verfassungsentwicklung viele Gesetzgebungskompetenzen verloren oder nicht wahrnehmen können, weil der Bundesgesetzgeber seine *konkurrierende* Gesetzgebungskompetenz (Art. 74 GG) weitgehend ausgeschöpft hat. Zur Stärkung der Länderparlamente sollte überlegt werden, einzelne Bereiche der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes – soweit vorwiegend ein regionaler Bezug betroffen ist – der *ausschließlichen* Gesetzgebungskompetenz der Länder zuzuweisen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt muss in diesem Zusammenhang sein, dass innerstaatlich und vor dem Hintergrund der Ausweitung der europäischen Rechtsetzung möglichst wenige Stufen in der Gesetzgebung bestehen. So sollte die Rahmengesetzgebung des Bundes (Art. 75 GG) aufgegeben und die dort vorhandenen Kompetenzen auf Bund und Länder verteilt werden. Auch hierdurch können die Länderparlamente gestärkt werden, wenn beispielsweise die bisherige Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes für die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienste der Länder stehenden Personen (Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 GG) in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder übertragen wird.

Zweitens: Die Neuordnung der Mitwirkungsbefugnisse der Länder in der Bundesgesetzgebung betrifft im Wesentlichen die Zustimmungsrechte des Bundesrates in der Bundesgesetzgebung. Im Laufe der Verfassungsentwicklung haben sich die Zustimmungsrechte des Bundesrates erheb-

lich ausgeweitet mit der Folge, dass die Länder der überwiegenden Zahl der Bundesgesetze im Bundesrat zustimmen müssen. Ging die Grundkonzeption des Grundgesetzes im Jahre 1949 noch von einer auf den Einzelfall beschränkten Mitwirkung der Länder in der Bundesgesetzgebung aus, so haben sich inzwischen die Gewichte beim Einfluss der Länder auf die Bundesgesetzgebung massiv verschoben. Aus ehemals 13 Mitwirkungstatbeständen sind inzwischen über 50 geworden. Eine Vielzahl von Bundesgesetzen unterliegen daher aufgrund des Zustimmungserfordernisses der Vetomacht des Bundesrates. Der Bundesrat kann bei unterschiedlichen politischen Stärkeverhältnissen in Bundestag und Bundesrat – wie derzeit der Fall – wichtige Reformvorhaben blockieren und einen unangemessenen Einfluss auf die Bundesgesetzgebung ausüben. Dieses führt entweder dazu, dass der Bundesrat von der Bundestagsmehrheit verabschiedete Gesetze im weiten Maße ganz verhindern kann oder im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat – ggf. begleitet von außerparlamentarischen Konsensgesprächen – eine Einigung in wichtigen politischen Fragen herbeigeführt werden muss. Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass der Bürger die politischen Positionen von Bundestagsmehrheit und Opposition kaum noch erkennen kann. An die Stelle klarer politischer Alternativen treten häufig Kompromisse auf kleinstem Nenner. Die derzeitige Struktur der bundesstaatlichen Ordnung hat somit auch Auswirkungen auf klare Verantwortlichkeiten und die Legitimation von politischen Entscheidungen.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Entflechtung dieser Situation ist Art. 84 Abs. 1 GG. Nach dieser Verfassungsbestimmung – so wie sie auch vom Bundesverfassungsgericht ausgelegt wird – wird ein Bundesgesetz insgesamt bereits dann zustimmungsbürftig, wenn das betreffende Bundesgesetz nur eine Bestimmung enthält, die das Ver-



© Götz Wiedenroth 2003
www.wiedenroth-kunstkultur.de

waltungsverfahren der Länder regelt. Durch Umformulierung dieser Verfassungsbestimmung in dem Sinne, dass die Zustimmungsbedürftigkeit nur für die gesetzliche Einzelregelung gilt, die das Verwaltungsverfahren besonders betrifft, wären die Einflussmöglichkeiten des Bundesrates in der Bundesgesetzgebung schon erheblich zurückgedrängt.

Drittens: Im Bereich der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern steht die Entflechtung von Finanzverantwortlichkeiten im Vordergrund. Hier geht es vor allem darum, die gemeinsame Finanzierung von Aufgaben im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben (Art. 91a, 91b GG) zurückzuführen und den Bereich der Geldleistungen und Finanzhilfen nach Art. 104a GG klarer zu strukturieren. Diskutiert werden sollten auch die Kompetenzen von Bund und Ländern in der Steuergesetzgebung so-

wie die Verantwortung von Bund und Ländern vor dem Hintergrund des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

III.

Die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung hat derzeit gute Chancen auf ein Gelingen. Sowohl auf der Bundesebene als auch auf der Landesebene haben alle wesentlichen Akteure die Notwendigkeit von Reformen im Bereich der bundesstaatlichen Ordnung erkannt.

So haben die Landesparlamente auf ihrem Lübecker Föderalismuskonvent am 31. März 2003 die Stärkung ihrer Rechte angemahnt. Bundespräsident Johannes Rau hat hier eine viel beachtete Rede gehalten und seine Überzeugung dringender Reformen des deutschen Föderalismus zum Ausdruck gebracht. Die Ministerpräsidenten der Länder haben am 27. März 2003 Leitlinien für

Verhandlungen mit dem Bund über eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung formuliert. Ebenso liegt inzwischen eine Bundesposition aus der Sicht der Bundesregierung vom 9. April 2003 zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung vor.

Auf der parlamentarischen Ebene des Bundestages wurde die Notwendigkeit der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung zuerst vom Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Müntefering, aufgegriffen. Er hat in seiner Bundestagsrede am 18. Juni 2003 den anderen Bundestagsfraktionen und dem Bundesrat die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung vorgeschlagen. Inzwischen wurde von allen Bundestagsfraktionen Zustimmung signalisiert; auch von der Länderseite gibt es positive Stellungnahmen.

Die Idee, eine gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung einzusetzen, orientiert sich an der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat zu Beginn der 90er Jahre. Eine solche Konstruktion ermöglicht die Behandlung des wichtigen Themas Föderalismus im Bereich der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes, die letztlich auch über Verfassungsänderungen zu entscheiden haben. Um die angemessene Beteiligung der Landesparlamente, der Kommunen und der Bundesregierung in der Kommissionsarbeit sicherzustellen, zeichnet sich ab, dass deren Vertreter als ständige Gäste in der Kommission mitarbeiten können.

Die *Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung* wird voraussichtlich Mitte Oktober 2003 von Bundestag und Bundesrat eingesetzt werden. Vorgesehen ist, dass die Kommission innerhalb eines Jahres Vorschläge vorlegt und ihre Arbeit bis Ende 2004 abschließt. Ein etwaiges Gesetzgebungsverfahren zur Um-

setzung der Kommissionsergebnisse könnte somit rechtzeitig bis zur Bundestagswahl 2006 abgeschlossen werden.

Abschließend bleibt zu hoffen, dass die Kommission die langen Linien zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung findet und sich nicht in Kleinigkeiten verkämpft. Angesichts des drängenden Reformbedarfs sollte dieses gelingen. Mit der Einsetzung der *Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung* wird ein Prozess eingeleitet werden, der dem föderalen System der Bundesrepublik Deutschland den Weg zu mehr Entflechtung und Transparenz weist. Dieser Prozess wird nicht mit dem Ende der Kommissionsarbeit abgeschlossen sein, sondern sich über viele Jahre hinziehen. Es bleibt abzuwarten, ob im Laufe dieses Prozesses auch Bestrebungen an Dynamik gewinnen, die Länder der Bundesrepublik Deutschland neu zu gliedern.

JOCHEM THIES
Mourir pour Kaboul?

Früher waren die Historiker einflussreich als Politikberater. Ihre deterministischen Schweisen trugen mit dazu bei, dass sich Vorurteile und Stereotypen über andere Länder und Gegenden der Welt hielten, dass die Politik sich insgesamt zu wenige Spielräume erarbeitete, um dem ewigen Wechselspiel zwischen Auf- und Abstieg der großen Mächte, Krieg und Revanche, zu entrinnen. Nach dem Zweiten Weltkrieg schlug dann die Stunde der Politikwissenschaftler. Sie kamen aus den USA und verbreiteten Fortschrittsglauben auf Gebieten, auf denen Unberechenbarkeit und Irrationalität an der Tagesordnung sind. Denn in der Weltpolitik geht es chaotisch zu. Sie folgt trotz vieler Verträge nicht festen Regeln, sie ist nicht gebändigt.

Politikberater mit politologischem Hintergrund sind heutzutage mitunter sehr einflussreich – auch im von Berlin aus regierten Deutschland – und von Konjunkturen unabhängig. Geld für Forschungsprojekte und internationale Konferenzen gibt es immer. Aber genauso selten trifft man mittlerweile auf *spin doctors*, die in historischen Kategorien denken können. Über die außen- und sicherheitspolitische Literatur der Historiker, einen kollektiven Erfahrungsschatz vorangegangener Generationen, sehen sie in der Regel großzügig hinweg. Alles sei möglich, wenn man mit Geld, vertrauensbildenden Maßnahmen und hohem Personaleinsatz in Krisengebieten arbeite, sagen sie. Jedes zerstörte Land könne sich aus dem Staub erheben, sei rekonstruierbar. Eine wunderbare Illusion.

Ordnungsaufgaben, bei denen der Westen scheitern muss

Ohne Geschichtskenntnisse und Gefühl für Entwicklungen über sehr lange Zeiträume hinweg steht Europa im Verein mit Amerika nun im Begriff, Ordnungsaufgaben in der Welt zu übernehmen, bei denen der Westen scheitern muss. Schon der Nahe Osten stellt – wenn man die Geschichte kennt – ein unlösbares Problem dar. Nun sind Afghanistan und der Irak noch hinzugekommen. George Bush jr. ist jedoch kein Alexander, wie man überhaupt weltweit nach großen Persönlichkeiten im Politikbetrieb vergeblich fahndet. Politik wird in den heutigen Mediendemokratien mit außerordentlicher Kurzatmigkeit betrieben. Das handelnde Personal verändert sich. Kaum jemand bedenkt die Folgen von außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen, die sich in ihrer Wirkung erst in Jahrzehnten entfalten werden.

Eine spontane solidarische Entscheidung der NATO kurz nach den Anschlägen auf das World Trade Center von New York hat dazu geführt, dass die Bundesrepublik und zahlreiche andere Staaten Soldaten

nach Afghanistan entsandt haben. Dort soll eine stabile Demokratie entstehen und da die Sicherung des Großraumes von Kabul allein nicht ausreicht, soll das Engagement auf andere Teile des Landes ausgeweitet werden. Ob man dann in Räume gehen soll, die angeblich noch sicherer als Kabul sind, steht auf einem anderen Blatt. Und ganz nebenbei gefragt: Wer fühlt sich für die unsicheren Gebiete zuständig: Amerika, die neuen NATO-Mitglieder oder Dritte-Welt-Länder, die dann ein paar EURO mehr Entwicklungshilfe bekommen?

In jedem Falle stellt Afghanistan hinsichtlich seines Oberflächenprofils eine Weltregion dar, gegen das die Schweiz in großen Teilen als Flachland anzusehen ist. Darüber hinaus sollte bekannt sein, dass dieses Land nie wirklich zu kontrollieren war, dass die Briten in den besten Zeiten des Empire im 19. Jahrhundert hier ihre schwersten militärischen Niederlagen erlitten haben und dass es seit den Tagen Alexander des Großen keiner Macht gelungen ist, dieses Gebirgsland zu besetzen, geschweige denn zu beherrschen. Nicht von ungefähr gehörte es bis 1945 zu der Handvoll wirklich neutraler Staaten, gebirgig und freischwebend zwischen Russland, Britannien und China. Das historische Bewusstsein der hier lebenden Menschen reicht weiter und tiefer. Asien hat eine doppelt so lange Geschichte und damit Tradition wie Europa.

Wer sich hier engagiert, muss sich nicht auf Jahre oder ein Jahrzehnt starker Präsenz einstellen, sondern in Größenordnungen von mindestens hundert Jahren denken, will er etwas an den Stammes- und damit Machtstrukturen von Afghanistan verändern. Experten, die diese Weltgegend kennen, Menschen, welche die Sprachen Afghanistans beherrschen, gibt es kaum, lediglich eine sentimentale Erinnerung an die 20er Jahre, als die Beziehungen zwischen Kabul und Berlin sehr eng waren. Ist in der Bundesrepublik und in Westeuropa



»Seit den Tagen Alexander des Großen ist es keiner Macht gelungen, dieses Gebirgsland zu besetzen, geschweige denn zu beherrschen.«

angesichts der ungeklärten Erdbebenzone des Balkan irgendjemand ernsthaft zu einem Schritt bereit, der auf ein ziviles und militärisches Engagement in Kabul für die nächsten einhundert Jahre hinausläuft? Und: Kann man angesichts der sich schon jetzt verschlechternden Sicherheitslage im Lande verantworten, dass deutsche Soldaten für Kabul sterben?

Als die Amerikaner im Sommer 1944 in Europa landeten und den Kontinent von Hitler befreiten, wurden sie als Befreier begrüßt. Sie fanden selbst in Deutschland große Teile der Weimarer demokratischen Politikelite vor. In einem vierjährigen Zusammenspiel gelang es – auch aufgrund einer präziser Vorausplanung – zunächst auf Länderebene, dann im Bund, demokratische Regierungen zu installieren, welche die Voraussetzung für die Rückkehr des

Landes in den Kreis der zivilisierten Nationen und für das »Wirtschaftswunder« bildeten.

Diese Erfahrungen der Amerikaner haben erkennbar eine Rolle gespielt, als es um die Eroberung und Besetzung des Irak ging. Und schon heute zeigt sich, dass das amerikanisch-europäische *reconstruction model* nicht auf den Mittleren Osten zu übertragen ist. Die Supermacht droht dort zu scheitern. Ob ein zur Hilfe eilendes Gesamteuropa noch etwas an der Lage ändern kann, ist nach dem furchtbaren Anschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad mehr als fraglich. Die amerikanische Präventivpolitik – so wird man sagen müssen – ist beim Fall ihrer ersten Anwendung – schon gescheitert. Mogadischu und der Libanon steigen in der Erinnerung auf. Auch von dort sind die Amerikaner eines Tages abgezogen, als die

amerikanische öffentliche Meinung die Verluste bei den Soldaten nicht länger ertrug. Gleches kann auch im Irak passieren. Nur Länder mit Berufsarmeen können im übrigen kritische Phasen durchstehen, wie sie zur Zeit in Bagdad oder in Basra herrschen. Auch das spricht gegen weitergehende Aufgaben für die Bundeswehr im Nahen und Mittleren Osten.

Bleibt als dritter Schauplatz, an dem sich Amerikaner und Europäer engagieren, der Nahe Osten. Ein Rückzug aus dieser Region ist im Gegensatz zu Afghanistan und dem Irak nicht möglich. Israel kann und darf nicht im Stich gelassen werden. Ein Engagement befriedeter Mächte ist geboten, um als Puffer zwischen Israelis und Palästinensern zu wirken, die sich zur Zeit völlig ineinander verbissen haben und allein aus der Sackgasse nicht herausfinden. Darüber hinaus ist Europa historisch, geografisch und demografisch derartig mit dem östlichen Rand des Mittelmeerbekens verbunden, dass diese Brücke niemals zum Einsturz gebracht werden darf.

Alle anderen Engagements, welche die Europäer im Begriff stehen, einzugehen, stellen eine Überforderung dar. Lediglich in Afrika lassen sich kurzfristige militärische Einsätze in Verbindung mit langfristiger Hilfe rechtfertigen. Darüber hinaus sollte die Faustregel gelten, dass sich die Weltvor- mächt – wenn sie sich engagiert – Partner in der betroffenen Region finden muss. Anders gesagt: In Afghanistan sind Indien, Pakistan, China und der Iran gefordert, vielleicht noch die Türkei.

In Ostasien wird ja genau dieses System praktiziert, wenn man an die Zusammenarbeit der USA mit Japan, Taiwan und Südkorea denkt. Und in Süd- und Mittel- amerika würde man ganz gewiss auf ähnliche Strukturen stoßen. Nur der Schockzustand der gesamten zivilisierten Welt nach dem 11. September 2001 macht die Afghanistan-Politik im Nachhinein ver-

ständlich. Die Entsendung der NATO dorthin bleibt auch in der Rückschau richtig, sie ist sicherlich vorübergehend zu rechtfertigen. Aber mittelfristig sollte der Abzug der Europäer ins Auge gefasst werden, unter keinen Umständen eine Verstärkung. Sie ist unter extremer Belastung in den west- europäischen Demokratien kaum durchzuhalten und demoralisiert am Ende.

Das Beunruhigende an der gegenwärtigen Lage ist, dass die Europäer zu keiner gemeinsamen Position für den Mittleren Osten finden. Was sich unlängst stellvertretend beim Multinationalen Korps Nordost der NATO in Stettin abspielte, ist nicht gut für Europa. Ein militärischer Verband wurde auseinandergerissen, polnische Soldaten flogen in den Irak, ihre Kameraden blieben – frei nach Erich Kästner – gefasst in der Heimat zurück. Ein fortgesetztes Auseinanderdividieren der Europäer schafft neue tiefe Gräben der Erinnerung, drängt in Zeiten vor dem Zweiten Weltkrieg ab anstatt neue Identitäten zu schaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht im Zusammenspiel mit Russen und Franzosen vor der Frage, wie sie dazu beitragen kann, dass es im Irak vorangeht und dass Amerikaner und Briten dort ihr Gesicht wahren können. Eine solche Geste wird in London und in Washington nie vergessen werden. Berlin sollte hier die Initiative haben und nicht den anderen folgen müssen. Denn es kann sein, dass die Stabilisierung des Irak scheitert und dass am Ende die gesamte Arabische Halbinsel nach dem kurzen Zeitalter des Ölbooms in einem historischen Dämmerschlaf versinkt, weil sich die gesamte Region – von der Ostgrenze des Staates Israel bis nach Afghanistan – nicht modernisieren kann. Mit diesem Tatbe- stand lebt die zivilierte Welt übrigens seit den Tagen der Kreuzzüge. Und: Der Zu- gang zu den Heiligen Stätten wurde damals am Ende nicht durch Kriege erreicht, sondern durch Verträge zwischen Staatsmän- nern, die sich gegenseitig respektierten.

Die Gerechtigkeitsdebatte (II)

PETER GRAFE Von der Maßnahme zur gerechten Ordnung

Eine Gesellschaft ist mehr als eine ökonomische Optimierungsgemeinschaft, sie braucht rechtliche Mindeststandards sowie kulturelle und normative Fundamente. So sollte auch die Teilhabe an Chancen und Gütern von einer großen Mehrheit als gerecht empfunden werden. Wie das konkret aussieht, kann sich ändern und hat sich immer wieder geändert. Gerechtigkeit ist kein universeller und ewig gleicher Maßstab, sondern hängt jeweils an der historischen Situation. Wir müssen also immer wieder um seine Qualitäten ringen.

»Soziale Gerechtigkeit« wird in der politischen Auseinandersetzung oft seltsam sentimentalisiert – ganz so als sei sie eine Letztbegründung für das Gute und deshalb jedes Fragezeichen eine Versündigung gegen den rechten Weg. Tatsächlich aber waren der Einsatz für Gerechtigkeit und der Streit um ihre Bedeutung immer Kampf um Interessen, Macht und Geld – zuletzt zu besichtigen beim Streik der IG METALL in den ostdeutschen Bundesländern. Gerechtigkeit wurde eingeklagt, wenn man mit den Folgen sozialer, ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse nicht einverstanden war, also ins Hintertreffen geriet, zu geraten befürchtete oder mit der öffentlichen Skandalisierung solcher Befürchtungen Vorteile zu erringen glaubte.

»Die Sozialdemokratische Partei will Lebensbedingungen schaffen, unter denen alle Menschen in freier Entscheidung aus steigendem Einkommen Vermögen bilden können« (*Godesberger Programm*). Es sollte also darum gehen, die Zuwächse gerecht zu verteilen. Das ist eigentlich Sache der Tarifparteien, doch auch der Staat wurde in

diesem Sinne in die Pflicht genommen. Daraus ist sukzessive ein Umverteilungslabyrinth geworden, dessen Effekte und Anreize kaum noch durchschaubar sind. Es hat sich in seinen Nebenwirkungen weit von der eben zitierten verteilungspolitischen Idee entfernt.

Wenn man sich aus diesem System der Sackgassen befreien will, muss jene unausgesprochene Unterstellung aufgegeben werden, die der bisherigen Praxis ihren Sinn gab. Wir lernen also: Die Steigerung des Sozialatals ist kein Ausweis für zunehmende Gerechtigkeit, die Höhe der Sozialabgaben ist kein taugliches Indiz für Lebensqualität! Diese Einsicht scheint für manche ein schwerer Realitätsschock zu sein, dennoch müssen sie noch einen Schritt weitergehen: Eine Gesellschaft ist um so gerechter, je geringer der Sozialatlas ist, den sie benötigt! An dieser Neuorientierung kommen wir nicht vorbei, wenn wir unsere soziale Demokratie wieder auf stabile Fundamente stellen wollen.

Diese Einsicht passt nicht zu der Hoffnung auf den paternalistischen Allesregler »Vater Staat«. Sie passt aber zu der Beobachtung, dass er seit geraumer Zeit sukzessive seine Aufgaben nicht mehr zu bewältigen vermag, an bürokratischen Wucherungen ermattet und demnächst wohl mit seinem Ableben zu rechnen ist. Wir müssen entscheiden, mit wie viel Notoperationen wir sein Leiden noch verlängern wollen, wie und wann wir sein Erbe offensiv aufnehmen und die soziale Qualität unseres Gemeinwesens neu formatieren.

Da der Staat seine Rolle verändert, fürchten viele um Solidarität und Gerechtigkeit, dennoch wird er in den kommenden zwanzig Jahren einen dramatischen Strukturwandel erfahren. Der ist nicht nur nötig, weil die Kassen leer sind – das ist ein sicht-

bares Symptom jahrzehntelanger Reformvermeidung und eine viel zu defensive Begründung –, sondern vor allem interessant, weil es auch für die Ziele Grundsicherung und Wohlstandmehrung effizientere Lösungen gibt. Wenn die Grundqualität an sozialer Sicherheit gesteigert werden soll, muss sie anders zustande kommen als bisher.

Wer auch in Zukunft Gerechtigkeit will, darf sich nicht mehr von der Idee einer falschen Gleichheit verführen lassen. Gleicher Zugang zu den gesellschaftlichen Möglichkeiten und gleiche Rechte führen nicht bei allen Bürgern zu den gleichen Ergebnissen. Gerade wenn nicht das Einkommen der Eltern über die Bildungschancen der Kinder bestimmen sollten, sondern Begabung und Anstrengung, dann muss man dazusagen, dass zu dieser materiellen Chancengleichheit zugleich Wettbewerb und das Leistungsprinzip gehören – und Wettbewerb läuft auf ungleiche Ergebnisse hinaus. Wir brauchen den Wettbewerb aber als Quelle produktiver Entwicklung und bekommen ihn auch als Folge oft ventilierter progressiver Ideen: Dezentralisierung, Subsidiarität und die Eigenverantwortung kleiner Einheiten bedeutet immer auch mehr Wettbewerb. Daraus kann mehr Effizienz und mehr Lebensqualität erwachsen. Das ist der entscheidende Punkt, nicht der Wettbewerb als solcher.

Wie viel Ungleichheit ist gerecht, welche Gleichheit ungerecht? Wie viel Ungleichheit ist für die Verbesserung der Lebenssituation aller funktional? Wenn man diese Fragen beantworten will, muss man funktionell sinnvolle Unterschiede anstelle bornierter Egalisierung schaffen wollen. Das bedeutet eine klare öffentliche Auseinandersetzung über Ziele – um Wirkungen zu ermessen; man muss z.B. immer wieder prüfen, ob der von den Liberalen behauptete Effekt – wenn der Reichtum der Wohlhabenden wächst, bessert sich auch die Lage der Armen – tatsächlich eintritt oder nur eine Schutzbehauptung zur Wah-

rung von Privilegien ist – denn: Ungerecht ist ein Reichtum, der die Armut anderer zur Voraussetzung hat.

Die Logik der Kompensation

Die klassische sozialpolitische Intervention folgte einem routinierten Ablauf: Unge rechtigkeit erkannt, Maßnahme entwickelt, staatliche Mittel bereitgestellt. Damit war das Problem behandelt, das institutionelle Bemühen konnte in die Leistungsbilanz aufgenommen werden, doch dieses Handlungsmuster hat fatale Konsequenzen: Wenn der Staat bestellt und bezahlt, was er erreichen möchte, wird für jedes Problem ein spezielles Programm entwickelt, werden immer wieder Grenzfälle integriert.

So formte sich ein Sozialstaat, der die Ausweitung seiner Zuständigkeit systematisch in sich trägt und auch seine eigene Nachfrage schafft – auf dass ein möglichst großer Anteil der Bevölkerung irgendwie gefördert wird. »Alles in allem gleicht der Wohlfahrtsstaat dem Versuch, die Kühe aufzublasen, um mehr Milch zu bekommen« (*Niklas Luhmann*).

Aus dem Ziel, die soziale Lage der »Unterprivilegierten« zu verbessern, wurde die kompensatorische Transferzahlung. Wenn man das alte Ziel den heutigen Umständen entsprechend fortführen will, muss man sich immer wieder fragen, wem unter welchen Umständen welche Unterstützung hilft, auf die eigenen Beine zu kommen. Es geht um den besten Weg, nicht um die Ideologisierung einmal einge führter Instrumente. Man muss also ohne Vorbehalte prüfen, ob Transferzahlung der effizienteste Weg ist, diese Aufgabe zu bewältigen.

Das ist nicht der Fall, denn das bisherige Konzept der sozialpolitischen Maßnahmen läuft auf die Kompensation von Defiziten und Benachteiligungen hinaus und dies bedeutet nur selten, die beklagten Umstände wirklich zu verändern, sondern hilft bestenfalls, die Folgen einigermaßen er-

träglich zu machen. Es werden also als ungerecht empfundene Ergebnisse begrenzt ausgeglichen, statt die Verfahren so einzurichten, dass diese nachträgliche Korrektur überflüssig wird.

Entsprechend war die soziale Sicherung Arbeitsloser passiv als Sparbüchse angelegt, auf die man zurückgreifen kann, wenn der Schadensfall eintritt. Dieser Ansatz taugt aber nur für temporäre Arbeitslosigkeit als Übergangsphase zwischen zwei Jobs und nicht dazu, mit den strukturellen Problemen des Arbeitsmarktes fertig zu werden. In konsequenter Fortsetzung schien es wichtiger, den Ausstieg aus der Arbeit zu finanzieren als die Aktivierung hin zur Arbeit.

Die defensive Maßnahmenpolitik bewahrt die Probleme, statt sie zu lösen und die jeweiligen Problemlösungsansätze werden bürokratischer als sie sein müssten. Der Verzicht auf mögliche ökonomische und gesellschaftliche Dynamik verteuerte die Finanzierung einer sozialen Grundsicherung. Zugleich wurde die konkrete Politik unter dem Leitstern »soziale Gerechtigkeit« zunehmend fürsorgliche Entmündigung. Der Ruf nach Gerechtigkeit wurde Alarmsirene und nicht Leitmotiv einer vernünftigen Ordnung.

Sozialpolitik als passive Nachsorge war auch in Zeiten flotten Wachstums keine nachhaltige Lösung, schien aber kein finanzielles Problem und wurde auch dann noch beibehalten, als die Wachstumsraten absackten. Auch die soziale Bewältigung der deutschen Vereinigung wurde passiv als Kaufkraftförderung angelegt. Diese eingefahrene Praxis verursachte eine hohe Staatsquote und die ständig steigende Staatsverschuldung – ein Prozess übrigens, an dem sich die FDP trotz anderslautender Bekenntnisse sowohl in christlich-liberalen wie in sozial-liberalen Koalitionen beteiligte.

Dass die Bürger und insbesondere die abhängig Beschäftigten immer mehr für diese Sicherungspolitik bezahlen müssen,

scheint die Verteidiger der alten Systeme nicht zu erschüttern. Sie pflegen eine Umsonst-Illusion nach dem Muster: bei uns kommt das Geld aus dem Automaten – ganz so als sei der Staat eine originäre Quelle des Reichtums. Die monatliche Gehaltsabrechnung macht jedoch unerbittlich klar, dass er das nicht ist.

Neue Gerechtigkeit im aktivierenden Staat

Obwohl das Gerechtigkeitsverständnis wandelbar und umstritten ist, bleibt es ein konsstitutives Element gesellschaftlicher Ordnung, bestimmt Verfahren, Gesetze, Vereinbarungen und Regeln, begründet das Bemessen von Leistungsvergütung und Strafe. Mit der institutionalisierten Gerechtigkeitspolitik aber steht die Politik in einem scheinbar unauflösbar Dilemma: Wenn es im klassischen Sinne gerecht zu geht, sind die Maßnahmen nicht wirksam und wenn sie wirken, verletzen sie die eingetübten Vorstellungen von Verteilungsgerichtigkeit.

Das ist die Folge eines defensiv und passiv angelegten Sicherungskonzeptes, das schon von begrenzter Reichweite war als es noch vorrangig um die nachträgliche Verteilung von Wohlstandszuwächsen ging. Es wird völlig untauglich, wenn es darum geht, die sozialen Sicherungssysteme neu auszurichten: In der linearen Logik von materiellen Zuwächsen, kann es nur um die Verteilung von »Einschnitten« gehen und nicht um die Chancen neuer Strukturen. Bleibt man dabei, wird es für die Bürger sehr schwer, sich für die aktuellen und kommenden Erneuerungen zu erwärmen.

Wie lässt sich das Dilemma auflösen? Um dafür zu sorgen, dass es der am schlechtesten gestellten Gruppe in unserer Gesellschaft nachhaltig besser geht, brauchen wir einen ordnungspolitisch sauber aufgestellten Staat. Er soll sich also nicht zurückziehen, um die sozialen Angelegenheiten dem freien Spiel der Kräfte zu über-

lassen, sondern sich neu organisieren, damit Gerechtigkeit Teil der Ordnung werden kann, und seine ständigen Eingriffe somit nicht mehr erforderlich sind. Wir brauchen diese ordnungspolitische Wende schon deshalb, weil angesichts wachsender Komplexität sozialer Strukturen die Fortsetzung der selektiven Maßnahmenpolitik unweigerlich in bürokratische Monströsitäten führt – und zwar insbesondere dann, wenn man möglichst vielen Gruppen gerecht werden will.

»Betrachtet man gesellschaftliche Integration durch Bildung und Einbindung in den Arbeitsmarkt als vorrangige Gerechtigkeitspräferenzen, muss man konsequent den Umbau des Sozialstaates verlangen. Die passiven Elemente der *ex-post*-Kompensation müssen soweit wie möglich zurückgedrängt und die aktivierenden Komponenten gestärkt werden. Der Sozialstaat muss so angelegt sein, dass er etwa in der Arbeitsmarktfrage den sozialpolitischen Schadensfall *a priori* verhindert und nicht nur im nachhinein alimentiert« (*Wolfgang Merkel vor der SPD-Programmkommission am 16.12.2000*).

Auswege aus der Sozialstaatsfalle

Im alten Gerechtigkeitsmodus ging es darum, magere Einkünfte aufzubessern; im künftigen muss es darum gehen, die Voraussetzungen zu verbessern, damit jeder sozial integriert für sich selbst sorgen kann. Der eigentliche soziale Skandal in unserem Lande liegt doch darin, dass zwischen fünf und sieben Millionen Bürger daran gehindert sind, ihren Unterhalt durch eigene Aktivität zu verdienen.

Arbeitslosigkeit ist mehr als ein Konsum- oder Armutsproblem, das mit den Mitteln der Sozialkassen zu bereinigen wäre. Amartya Sen, 1998 Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, hat darauf hingewiesen, dass Arbeitslosigkeit die Würde verletzt, den Verlust von Antrieb, Fertigkeiten und Selbstvertrauen zur Folge hat, Er-

krankungen sowie den Zerfall familiärer und sozialer Strukturen fördert und soziale Spannungen verschärft.

Man kann also weiterhin für Gerechtigkeit eintreten, muss sich aber von einem alten Verständnis lösen und sich handlungsorientiert auf den größten, die Lebensqualität vieler Bürger und die Entwicklung unserer Volkswirtschaft einschränkenden Skandal einlassen. Das kann doch auch von den Gewerkschaften nicht zu viel verlangt sein. Auch für sie kann es schließlich keinen Sinn machen, auf Verteilungsgerechtigkeit zu beharren, wenn die eigentlichen Gerechtigkeitsdefizite heute im Arbeitsmarkt und im Bildungssystem liegen.

Ziel ist nicht Entstaatlichung, sondern ein gewährleistender und aktivierender Staat. Es geht um Befähigung der Bürger, nicht um seine Vernachlässigung. Der Staat ist z.B. in der Pflicht, ein Bildungs- und Ausbildungsangebot zu gewährleisten, das nicht nur sachlich-fachlich spitze ist, sondern auch die Anforderung nach Chancengerechtigkeit erfüllen kann. Gerecht ist es also, wenn jeder für sich selbst sorgen kann.

Wenn die Sozialdemokratie den Einsatz für Gerechtigkeit als ihren Markenkern erhalten will, muss sie sich auf eine normativ gebundene Ordnungspolitik einlassen. Nur eine solche kann sie aus der klassischen Sozialstaatsfalle befreien, denn der im Sinne der sozialen Qualität unseres Landes wirksame Staat ist nicht mehr per kompensatorischer Zuwendung Produzent von Gerechtigkeit, sondern schafft Regeln gerechter Ordnung und überwacht deren Einhaltung.

Er ist zugleich Gewährleister einer Mindestqualität institutionalisierter Solidarität – ob die nun privatwirtschaftlich oder öffentlich veranstaltet wird. Der alte Wohlfahrtsstaat aber verstügt Arbeitslosigkeit und zugleich den Zustand der Bedürftigkeit.

THOMAS MEYER
Grammatik der
Gerechtigkeit
Die falsche Ikonisierung

Es ist nur das Zweitschlimmste, was der SPD passieren könnte, sollte sie je dem Wahn verfallen, vom Grundwert Gerechtigkeit Abschied nehmen zu sollen. Wozu wäre sie dann noch nütze?

Das Schlimmste aber wäre etwas anderes. Nämlich, wenn es in ihren eigenen Reihen und in der Gesellschaft selbst keinen Streit mehr darüber mehr gäbe, was Gerechtigkeit jetzt bedeutet, welche Politik sie heute verlangt und wie sie für die Praxis, die wir gegenwärtig zu verantworten haben, zu verstehen ist.

Ein Streit über Gerechtigkeit aber ist das Beste, was der Partei passieren kann – freilich nur solange sie nicht glaubt, die Sache selbst sei ja sowieso eine Art ewiger Familienbesitz, der unbeschädigt von Generation zu Generation weitergereicht werden und darum gut behütet und allzeit unangestastet bleiben müsse.

Dann wäre nämlich dieser unverzichtbare Grundwert eben nicht das Ferment des politischen Streits, als welches er allein Wirkung entfalten kann, sondern nichts anderes als ein Erbstück, das mit der Welt draußen immer weniger zu tun hat, so dass sich am Ende nur noch ein paar Familienmitglieder für die Angelegenheit interessieren.

Beide Varianten sind Missverständnisse dessen, was Gerechtigkeit sein kann und muss. Sie spielen wider Willen einander in die Hände.

Dringend gebraucht aber wird etwas ganz anderes: ein Verständnis von Gerechtigkeit, das konkret und provozierend ist, in die laufende politische Debatte überzeugend eingreift und dabei hilft, die anstehenden Probleme so anzupacken, dass die Lösung in die Zukunft weist. Gerechtigkeit ist nicht der Stoff, aus dem Ritu-

ale geformt werden sollten, sondern Anstöße.

Nicht nur in Deutschland beinhaltet die generative Idee der sozialen Demokratie den Streit und wo nötig auch den Kampf für eine gerechte Gesellschaft in einer gerechteren Welt. Dafür – und hier beginnen dann auch gleich die Missverständnisse der Kleingläubigen so gut wie der Lordsiegelbewahrer der guten Sache – gibt es allerdings keine feste Formel, die ein für allemal definiert und dann Schritt für Schritt bloß noch umzusetzen wäre.

**Es geht vorrangig
um Praxistauglichkeit**

Es ist doch kein Zufall, dass das Grundwerteverständnis der sozialen Demokratie im historischen Längsschnitt betrachtet in jedem neuen Programm auf jeweils neue Weise bestimmt worden ist und im ländervergleichenden Querschnitt gleichfalls beträchtliche Unterschiede aufweist. Es gibt hier keine heilige Quelle, aus der schon immer alle mit demselben Löffel schöpfen mussten, wenn sie nicht als Abtrünnige gelten wollten.

Was es aber gibt, und das ist sehr viel und eine starke Verbindung zwischen all den unterschiedlichen Formen der Konkretisierung, sind grundlegende Impulse, praxisfähige Maßstäbe und eine Idee der menschlich-sozialen Ziele, um die es bei allem Wandel letztlich geht. Ihnen bleibt man, wie immer, wenn es um Werte und nicht um Strukturen geht, durch die Fähigkeit zur Erneuerung eher treu als durch bloßes Beharren.

Augustinus hatte Recht: Ein Staat, dem die Gerechtigkeit fehlt, ist nicht viel mehr als eine große Räuberbande. Eine SPD, der der Mut zur Gerechtigkeit abhanden käme, könnte dann auch nicht viel mehr leisten als Beihilfe dazu. So würde er von fast allen seiner Bürger beurteilt, heute wie eh und je. Mit dem Unterschied, dass heute die Bereitschaft, das hinzunehmen, kaum noch

vorhanden ist. In jeder x-beliebigen Befragung kann das empirisch hart und fest belegt werden.

Soviel sollte die SPD allemal von Hegel und von Habermas lernen, dass es nicht die fixe Formel ist, die wirkt, und auch nicht die Frage, wer über sie verfügt, sondern die in der ganzen Gesellschaft lebendige Überzeugung der Menschen, dass Gerechtigkeit zählt und dass es Möglichkeiten gibt, sich über das zu verständigen, was sie bedeutet und was sie heute im mindesten von uns verlangt.

Die Antworten auf diese Fragen stehen freilich nicht am Anfang der Debatte, sondern werden zumeist, jedenfalls in einigen brauchbaren Facetten, in ihrem Verlaufe sichtbar.

Also: Über Gerechtigkeit und ihre Bedeutung für Politik muss heute diskutiert werden, das bloße Zitieren bringt uns nicht weiter.

Ein paar Vorschläge zu einer notwendigen Diskussion ...

Erstens: Es geht vor allem um *Freiheit*, aber nicht nur. Denn die ausschließliche Freiheit der wirtschaftlich und sozial Starken, die sich aus eigener Kraft nehmen können, wonach sie begehren, wurde und wird in keinem Gespräch über Gerechtigkeit als Antwort auf die gestellte Frage anerkannt. Es geht um die Freiheit aller.

Zweitens: Es geht auch um *Gleichheit*, aber nicht nur. Zwar verlangt schon die Freiheit die Gleichheit der Rechte. Aber eine Gesellschaft, die jedem unabhängig von seinen Leistungen und Anstrengungen das Gleiche zuteil werden ließe, damit (wie der Frühkommunist Buonarrotti es wollte) Gleichheit unter jedem Dach herrsche, wurde und wird allenfalls von Außenseitern als Antwort auf unsere Frage gesehen.

Drittens: Es geht um gleiche *Rechte*, aber nicht nur. Denn auch diejenigen, die ihre Rechte nicht zu nutzen verstehen oder trotz deren Nutzung zur Führung eines

Lebens in Würde nicht kommen, haben einen Anspruch darauf.

Viertens: Es geht um gleiche *Chancen*, aber um welche? Die Startchancen im Leben des Einzelnen sollten gleich sein, das ist fair. Was aber ist, wenn das nicht reicht, weil später im Leben Bedingungen eintreten, die zunichte machen, was der Einzelne aus seinen Startchancen gemacht hatte: z.B. Krankheit, Arbeitslosigkeit. Es muss also um gleiche Lebenschancen gehen, im ganzen Leben muss der Einzelne die Chance haben, ein würdiges Leben in eigener Verantwortung führen zu können.

Fünftens: Es geht um Rechte, aber nicht nur. Freiheitsrechte und soziale Sicherheitsrechte für alle sind gerecht. Aber die *Pflicht*, das mir Mögliche für die Sicherung meiner eigenen Freiheit zu leisten, bevor ich andere in Anspruch nehme, ist gleichermaßen gerecht. Es geht also um die Balance von Rechten und Pflichten.

Sechstens: Es geht auch um *Verteilung*, aber nicht nur. Schon die Sicherung gleicher Rechte, etwa auf Bildung für die Mittellosen, ist Umverteilung, soziale Sicherung ebenso. Aber die Mittel, die die Rechte und die soziale Sicherheit gewährleisten, muss die Gesellschaft, die sie gerecht verteilen will, zunächst einmal *produzieren*. Dass dies geschieht, und zwar so, dass alle, denen es zumutbar ist, daran beteiligt sind, gemäß ihrem Beitrag dazu entlohnt werden und dabei mit dem geringstmöglichen Aufwand das größtmögliche Produkt entsteht, ist auch gerecht.

Siebents: Es geht um *Zukunft*, aber nicht nur. Heute mit den Ressourcen so umzugehen, dass künftige Generationen zustimmen würden, wenn wir sie fragen könnten, ist auch gerecht. Und ebenso die Regel, dass in einer alternden Gesellschaft die Zusatzlasten zwischen den Jüngeren und den Älteren so verteilt werden, dass beide es fair finden, ist auch gerecht.

Achtens: Es geht um *Arbeit*, aber nicht nur. Solange die Teilhabe an der Erwerbs-

arbeit eine Bedingung nicht nur der Verfügung über die materiellen Freiheitsgüter ist, sondern auch eine Bedingung der Selbstachtung, gehört Arbeit zur Freiheit und damit erst recht zur Gerechtigkeit. Sie muss aber menschenwürdig sein und fair entlohnt.

Neuntens: Es geht um *globale Verantwortung*, aber nicht nur. Gerechtigkeit verpflichtet uns weltweit, denn wir haben Verantwortung für die Lebenschancen von Menschen in allen Teilen der Welt, aber nicht in der gleichen Unmittelbarkeit. Globale Verpflichtungen dürfen nicht in Widerspruch treten zu den Pflichten in der eigenen Gesellschaft. Das würde auch ihre wirklichen Realisierungschancen drastisch verringern.

Und es geht vor allem darum, all das in ein vernünftiges Verhältnis zueinander zu setzen, und zwar in einer politischen Praxis, die heute und morgen Handeln verlangt.

... und was aus ihnen praktisch folgen könnte

Die Liste könnte noch lange fortgesetzt werden. In der Bundesrepublik wäre sie mit Sicherheit mehrheitsfähig und wahrscheinlich auch das meiste dessen, was heute getan werden müsste, um die Defizite der Wirklichkeit in den einzelnen Bereichen zu verringern.

Über vieles gäbe es Streit, vielleicht, wenn die Maßstäbe Konsens wären, fruchtbaren Streit, der die Politik verbessern könnte.

Deutlich werden könnte dabei dreierlei: *Erstens:* Grundwerte kann man nicht verwalten, um sie vor Verunreinigung zu retten, sie müssen in den Trubel der Tagesdebatten hinein und sich dort bewähren. *Zweitens:* Ihre einzelnen Dimensionen stehen oft im Spannungsverhältnis zueinander. Sie kommen ohne einen Schuss Pragmatismus nicht aus. *Drittens:* Wie die Defizite verringert werden können, lehrt

nicht nur die Exegese der Werte, sondern ebenso die sich verändernde Wirklichkeit.

Konkret: Heute erscheint in dem Verständnis von Gerechtigkeit, das ich für richtig halte, das Folgende am wichtigsten:

- Investitionen in die Zukunft von Familien und Bildung (pädagogisch exzellente Ganztagsbetreuung vom 1. Lebensjahr an; das fördert die Frauenbeschäftigung, die Geschlechtergleichheit, die Vollbeschäftigung, die lebenslange Weiterbildungsfähigkeit, die Geburtenrate und damit die Finanzierung des Sozialstaates).
- Angleichung der Arbeitschancen für alle durch Wachstums- und Forschungspolitik, Weiterbildungschancen und aktivierende Arbeitslosenpolitik, aber auch durch eine Angleichung der Jobsicherheiten für alle auf dem ganzen Arbeitsmarkt (das fördert nicht nur Wettbewerbsfähigkeit und Jobqualifikation, sondern auch die Angleichung der Chance, Arbeit zu bekommen und zu behalten).
- Die allmäßliche Umstellung der Sozialstaatfinanzierung auf Steuern (das macht den Sozialstaat krisenfest, beschäftigungs-freundlich und seine Finanzierung gerechter).
- Damit die Gerechtigkeitspolitik ihre Glaubwürdigkeit behält, brauchen wir aber auch eine Debatte über Lohn und Leistung anhand von ausgewählten Beispielen. Zwei Fälle bieten sich an.
 - Eine Erbschaftssteuer, die helfen kann die offenkundige Ungerechtigkeit leistunglosen Einkommens zu verringern.
 - Grenzen für die astronomischen Gehälter und Abfindungen von Managern, die gleichzeitig durch wasserdichte Vertragsklauseln vor jedem Risiko geschützt sind.

Fazit: Lasst uns darüber diskutieren Punkt für Punkt, welche Politik wir heute machen wollen, damit die Gesellschaft morgen gerechter ist. Dann wird sich von selber zeigen, warum Gerechtigkeit Sinn macht und wie man mit ihr Politik machen kann.

ERNST NIEMEIER

Die unsoziale Selbstgerechtigkeit

In einem Essay mit dem Titel »Die soziale Selbstgerechtigkeit« nahm Peter Glotz am 8. Mai 2003 in der ZEIT Stellung zur Lage des deutschen Sozialstaates und den damit verbundenen Herausforderungen für die Sozialdemokratie. Wolle man die Regierungsfähigkeit der SPD erhalten, so sei demnach nicht nur der Rückbau des Sozialstaates, sondern auch die Entwicklung einer neuen Theorie des Wohlfahrtsstaates auf längere Sicht unausweichlich. In den nachfolgenden Replik werden die Thesen aufgegriffen und diskutiert.

Unsere individualisierte Gesellschaft braucht einen anderen Sozialstaat als die Industriegesellschaft der zwanziger oder fünfziger Jahre – proklamiert Peter Glotz. Die von ihm genannten drei Aspekte, in denen sich »die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters radikal von der Periode« unterscheiden, »in der der europäische Wohlfahrtsstaat konzipiert wurde«, können seine Forderung nach einer neuen Theorie des Wohlfahrtsstaates nur bedingt begründen: die alternde Gesellschaft, die vermeintliche Unmöglichkeit von Vollbeschäftigung und die sich daraus anscheinend ergebende Zwei-Drittel-Gesellschaft sowie schließlich die Folgelasten der Wiedervereinigung Deutschlands. Sie bedürfen jedenfalls einer kritischen Überprüfung.

Worin die notwendige Andersartigkeit des Sozialstaates besteht, die sich aus der Individualisierung ergibt, und wie die von ihm geforderte neue Theorie auszusehen hätte, lässt sich aus den wolkigen und markigen Feststellungen nur erahnen. Der Rückbau des Sozialstaates, den er mangels Bezahlbarkeit für notwendig hält, hat mit der Individualisierung unserer Gesellschaft jedenfalls kaum etwas zu tun. Wenn der Sozialstaat nicht mehr bezahlbar wäre, würde allerdings das Leistungsniveau bedroht sein. Bei der Frage der Bezahlbarkeit bewegt

Peter Glotz außer dem finanziellen Aspekt offenbar insbesondere ein parteitaktischer Aspekt. Er fürchtet, dass die SPD die notwendige Wählerunterstützung durch die »disponierenden Eliten« nicht gewinnen könne, wenn deren solidarische Beiträge nicht abgesenkt würden. Diese Ängste werden auch aus seinen Abwehrargumenten gegen die Vermögensteuer deutlich, die dem Sozialstaat theoretisch zusätzliche Finanzmittel bereitstellen und bestimmte Rückbaumaßnahmen überflüssig machen könnte. Er warnt davor, »die gesamte Unternehmerschaft samt Managern, samt Handwerk, samt vieler Kleinsparer bis aufs Blut zu reißen«. Dass die Kleinsparer bei den diskutierten hohen Freibeträgen überhaupt nicht betroffen wären, übersieht er.

Wie sieht es nun aber mit der bedingungslosen pauschalen Behauptung aus, die deutschen Sozialsysteme seien nicht mehr bezahlbar? Wenn man die Beispiele Niederlande, Dänemark und Schweden heranzieht, erscheint diese Behauptung schon einmal sehr kühn. Die Niederlande – von vielen als Vorbild einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gepriesen und in der Person Wim Koks wegen der von ihm mitgetragenen Reformen von Peter Glotz gelobt – weisen trotz der vorgenommenen Reformen eine etwa gleich hohe Abgabenquote wie Deutschland auf. Dänemark und Schweden, die ihre Sozialleistungen in großem Umfang aus Steuermitteln finanzieren, leisten sich eine erheblich höhere Steuer- und Abgabenquote als Deutschland. Die schwedische Quote lag 2001 um fast 50 Prozent über der deutschen. Da es nur um die Frage der Bezahlbarkeit der Sozialleistungen geht, ist die unterschiedliche Finanzierung – aus Beiträgen oder aus Steuermitteln – ebenso wie die unterschiedliche Leistungsstruktur der zitierten Länder unerheblich.

Bevor das Urteil gefällt wird, dass ein Sozialsystem nicht mehr bezahlbar sei, muss das Leistungssystem aber auch darauf-

hin überprüft werden, durch welche Entwicklungen die Belastungshöhe zustande kommt und ob es nicht für fremde Zwecke missbraucht wird. Peter Glotz übergeht diese Prüfung und damit drei Faktoren, die die sozialen Leistungen nicht nur in die Höhe treiben, sondern die auch die Möglichkeit bieten, die Belastungshöhe abzusenken: die längste konjunkturelle Schwächephase seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, die hohe Arbeitslosigkeit und die kritikwürdige Teilfinanzierung der Wiedervereinigungskosten aus den Sozialkassen.

In den Ausführungen über die vermeintliche »Geisteshaltung, die sich fatalistisch auf den Patron Staat verlässt« und die nach Meinung von Peter Glotz »aufgebrochen« werden muss, vernachlässigt er, dass für die Bürger, die es sich leisten können, das wichtigste Sparmotiv die Alterssicherung ist. Ferner wird ein mehrfaches Missverständnis deutlich. Arbeitnehmer zahlen Beiträge in eine Sozialversicherung, für die sie – wenn der Risikofall eintritt – eine Gegenleistung erwarten dürfen. Zwar handelt es sich um eine staatlich angeordnete Versicherung, diese Leistungen jedoch mit normalen Staatsausgaben gleichzusetzen, verzerrt die Wahrnehmung der Wirklichkeit, zumal der Staat die Finanzmittel nur »umleitet« und selbst Ressourcen nicht in Anspruch nimmt.

Behindern die Sozialsysteme die Fähigkeit zur Vermögensbildung?

Dass Peter Glotz zweitens dem konservativen Ökonomen Meinhard Miegel mit der These, die deutschen Sozialsysteme behinderten die Vermögensbildungsfähigkeit und schafften so eine Abhängigkeit vom Staat, auf den Leim geht, kann nur verwundern. Die festgelegte Obergrenze für die Leistungen und die wenig üppig ausgestaltete Sozialversicherung erzwingen grundsätzlich eine zusätzliche Vermögensbildung. Aber zu bedenken ist auch, dass die Arbeitnehmer mit den Sozialversiche-

rungsleistungen *de facto* Vermögen bilden und das Bundesverfassungsgericht die Ansprüche aus der Sozialversicherung deshalb als »eigenurmsähnliche« Ansprüche bezeichnet hat. Eine Absicherung der durch die Sozialversicherung gedeckten Risiken ist ohnehin notwendig und könnte durch eine alternative Vermögensbildung kaum günstiger erreicht werden. Eine private Versicherung würde möglicherweise, wie es gerade für die Versicherung der Krankengeldzahlung berichtet wurde, teurer werden als die Sozialversicherung. Das gilt umso mehr, als größere und unverschuldete Risiken eines einzelnen die private Prämienbemessung in die Höhe treiben und für die Betroffenen zusätzliche, manchmal untragbare Belastungen zur Folge haben würden. Vielen unterdurchschnittlich verdienenden Berufstätigen fällt es schwer, die erforderlichen Versicherungsleistungen zu tragen. Als Folgeproblem könnte sich ergeben, dass auf diese Weise zusätzliche Sozialhilfesfälle erzeugt werden. Eine solidarische Pflichtversicherung ist aus all diesen Gründen nicht nur sozialer, sondern auch zweckmäßiger.

Gegen eine übermäßige Abhängigkeit spricht ferner, dass die Sozialversicherungen keine üppigen Leistungen bieten und zeitlich begrenzt sind. So erreicht die Sozialversicherungsrente nach 45jähriger (!) Beitragszahlung von einem stets verdienten Durchschnittseinkommen (!) nur etwas mehr als 1.000 EURO! Das Arbeitslosengeld richtet sich zwar nach dem zuletzt verdienten Einkommen, wird dabei aber stark abgesenkt und außerdem nur bis zu einer festgelegten Obergrenze und auch nur befristet gezahlt.

Dramatisch stellt Peter Glotz auch den Alterungsprozess unserer Gesellschaft dar. Wenn die Geburtenrate in der Zukunft als Folge einer besseren Familienpolitik und der damit verbundenen Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht ansteigt, wird das Szenario der alternden Gesellschaft eintre-

Zukunftsfragen: Wie sollen die Konturen des deutschen Sozialstaats im 21. Jahrhundert aussehen? Was bleibt von Politik im Zeitalter der Globalisierung?



Foto: ddp

ten, von dem Glotz ausgeht. Die in Ländern – wie Skandinavien und Frankreich – geltenden familienfreundlicheren Regelungen lassen es nicht als unmöglich erscheinen, das Verhältnis von Alten zu Jungen, von Inaktiven zu den Aktiven wenigstens etwas günstiger ausfallen zu lassen als bisher vorausgesetzt. Weshalb Peter Glotz kategorisch ausschließt, dass Familienpolitik eine positive Wirkung erzielen kann, lässt sich

vielleicht damit erklären, dass er den ungünstigsten Fall für seine Dramaturgie braucht. Aber selbst wenn man von diesem ungünstigsten Fall ausgeht und einfach das zahlenmäßige Verhältnis von Alten zu Jungen in 30 oder 40 Jahren als unvermeidbar unterstellt und allein daraus Folgerungen ableitet, übersieht man einen entscheidend wichtigen ökonomischen Aspekt: die zu erwartende Steigerung der Pro-

duktivität. Eine durchschnittliche jährliche Steigerung von nur 2 Prozent bedeutet, dass sich das Realeinkommen in gut 30 Jahren verdoppelt. Das heißt, dass eine theoretische Verdopplung des Beitragssatzes die Aktiven im Jahr 2035 nicht schlechter stellen würde als die gegenwärtige Generation. Diese Beispielrechnung macht deutlich, dass die bloße Gegenüberstellung der Zahl der Alten und der Jungen und die Vernachlässigung der Produktivitätsentwicklung das Bild der Wohlstandssituation der jungen Generation und ihrer Belastung durch die Alimentierung der alten Generation total verfälscht. Ähnliches gilt für den von Peter Glotz als notwendig angesehenen »Umbau des Renten- und Gesundheitssystems« (was immer das bedeutet) und der Feststellung, man fröne an dieser Stelle »einem ebenso trotzigen wie lebensgefährlichen Traditionalismus« (was immer das bedeutet).

Der zweite konkrete Begründungsversuch ist ebenso kühn wie provokativ. Vollbeschäftigung ist danach nicht mehr möglich, eine sogenannte »Zwei-Drittel-Gesellschaft« die zwangsläufige Folge, in der ein Drittel eine »neuartig zusammengesetzte Unterkasse« bildet. Mit dieser Unterkasse müssen wir angeblich leben. Wirklich begründet hat Peter Glotz diese Behauptung nicht. Stattdessen werden ein paar Behauptungen aneinander gereiht: »Das Partentrezept ‚Mehr Wachstum = Weniger Arbeitslosigkeit‘ geht in einer wissens- und kapitalintensiven Gesellschaft nicht auf.« »Kreditfinanzierte Konjunkturprogramme verpuffen in einer globalisierten Wirtschaft«. Zur Unterstützung werden wiederum Behauptungen, hier einiger Soziologen, herangezogen.

Im Gegensatz zu diesen Sozialwissenschaftlern, zu deren Forschungsgebieten die komplexen wirtschaftlichen Funktionszusammenhänge nicht gehören, vertreten die dafür zuständigen Ökonomen die Meinung, dass Vollbeschäftigung grund-

sätzlich sehr wohl möglich sei. Die neoliberalen Wirtschaftsforscher sehen die Ursache der Arbeitslosigkeit primär in störenden Eingriffen in den Marktmechanismus, die zu Starrheit und überhöhten Löhnen führen. Wenn diese Störungen des Marktmechanismus beseitigt werden, wenn die Löhne marktgerecht wären, würde Vollbeschäftigung erreicht werden können. Auf die wirklichkeitsfremden Voraussetzungen, von denen diese angebotsorientierte Wirtschaftsforschung ausgeht, oder auf die sozialen Folgen, die bei freiem Wirken der Marktkräfte einträten, muss hier nicht eingegangen werden. Interessanterweise fordern die neoliberalen Ökonomen damit genau die Maßnahmen, die in der *Agenda 2010* vorgesehen sind und von Peter Glotz befürwortet werden.

Aber auch die entgegengesetzte Richtung der Wirtschaftswissenschaft hält Vollbeschäftigung für möglich. Sie bestreitet die prinzipielle Überhöhung der Löhne unter Verweis auf die günstige Entwicklung der deutschen Lohnstückkosten, ganz besonders im Vergleich mit anderen Ländern, deren Arbeitslosigkeit sich trotz höherer Lohnsteigerungen – auch in Relation zur Produktivitätssteigerung – günstiger entwickelt hat. Sie geht von Funktionschwächen des Marktmechanismus aus, die eine am gesellschaftlichen Bedarf orientierte Politik erforderten, und weist auf die wirtschaftspolitischen Fehler hin, die zum einen in dem Verzicht auf die politische Nachfragesteuerung und zum anderen in einer zu restriktiven Geld- und Finanzpolitik bestehen. Reformen in dieser Richtung würden einen wesentlich höheren Grad an Beschäftigung möglich machen.

Welcher Richtung der Wirtschaftswissenschaft man auch zuneigt, beide Richtungen lassen erkennen, dass die Behauptungen der Sozialwissenschaftler wirtschaftliche Funktionszusammenhänge ignorieren. Die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre statistisch erkennbare Abnahme

der Arbeitslosigkeit mit zunehmender Wirtschaftsaktivität spricht zudem gegen die aufgestellten Thesen.

Ist eine makroökonomische Nachfragesteuerung noch möglich?

Auf die Behauptung von Peter Glotz, dass eine makroökonomische Nachfragesteuerung nicht mehr erfolgreich sein könne – die auch von den neoliberalen Ökonomen vertreten wird –, muss noch einmal kurz eingegangen werden. Bekannte Ökonomen wie der amerikanische Nobelpreisträger Joseph Stiglitz oder Paul Krugman sehen das ganz anders. Im Gegenteil, sie fühlen sich in der gegenwärtigen Situation an die Weltwirtschaftskrise ab 1929 erinnert und stellen fest, dass Keynes' Konzept im Kern weiter gültig und einsetzbar sei. Dabei muss die Gefahr des Abflusses des politisch initiierten Nachfrageimpulses ins Ausland berücksichtigt werden. Die Nachfragestimulierung kann aber so gestaltet werden, dass sie weitgehend im Inland wirksam wird. Eine günstige Möglichkeit bietet zum Beispiel die kommunale Investitionstätigkeit, die bekanntlich den größten Teil der öffentlichen Investitionen ausmacht. Durch die schon einige Jahre andauernde Finanzmisere der Städte und Kommunen hat sich ein erheblicher Bedarf angestaut. Wenn der Bund den Städten und Gemeinden kreditfinanziert die Mittel bereitstellen würde, damit diese die dringend notwendigen Investitionen tätigen könnten, wäre mit großer Sicherheit zu erwarten, dass der größte Teil der Aufträge an inländische Firmen vergeben würde. Die dabei erzielten Einkommen würden ebenfalls großenteils im Inland, und zwar als Konsumnachfrage wirksam werden, also über den sogenannten Multiplikatoreffekt eine Vervielfachung des ursprünglichen Investitionsnachfrageeffekts bewirken. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, das jüngst erneut die Binnennachfrageschwäche hervorgehoben hat, fordert – im Gegensatz

zum Institut für Wirtschaftsforschung (IWF) in Kiel – Maßnahmen der Nachfragestimulierung.

Mit der dabei aufkommenden Frage der staatlichen Kreditfinanzierung ist zugleich der dritte konkrete Begründungsversuch für die Notwendigkeit des Sozialabbaus angeprochen, den Peter Glotz unternimmt: die Folgelasten der Wiedervereinigung Deutschlands. Das Argument der hohen Wiedervereinigungslasten kann nicht generell gegen den Wohlfahrtsstaat eingewendet werden. Es ist nur ein für Deutschland relevantes Problem. Und auch hier gilt das zweifellos richtige Argument der besonderen Belastung nur so lange, wie die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft nicht das Niveau der westdeutschen Wirtschaft erreicht hat. Wenn überhaupt, könnte die Wiedervereinigungslast somit nur eine temporäre Einschränkung der sozialen Leistungen begründen.

Kritisch hinterfragt werden müssen in der Argumentation von Peter Glotz vor allem zwei grundlegende Prämissen: Die Feststellung, dass sich die Schuldenlast der Republik zwischen 1990 und 2000 von 615 auf 1.227 Mrd. EURO verdoppelt habe, zielt auf eine eher emotionale Bedrohungssituation, die allerdings ganz kühl analysiert werden muss. Die zweite Feststellung, dass die Investitionsquote gefährlich gesunken sei, stellt einen Zusammenhang her, der *de facto* bestehen mag, der ökonomisch aber nicht bestehen muss.

Die Verdopplung der Schuldenlast ist insofern bedauerlich, als sie zu einem Teil aus wirtschaftspolitischen Fehlern resultiert, die im Zuge der Wiedervereinigung begangen wurden. Sie sagt aber nichts über die volkswirtschaftliche Belastung, über die Tragfähigkeit für unsere Volkswirtschaft aus. Um hierüber eine Aussage machen zu können, ist es *erstens* zweckmäßig, den staatlichen Schuldenstand in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt zu setzen und *zweitens* diese deutsche Relation mit der an-

erer Länder zu vergleichen. Ein solcher Zahlenvergleich – zum Beispiel mit anderen europäischen Ländern, den USA oder Japan – macht deutlich, dass sich Deutschlands Verschuldung trotz der hohen Last aus der Wiedervereinigung in einer nicht ungewöhnlichen Höhe bewegt.

Die pauschale Problematisierung der Schuldenlast durch Peter Glotz ist aber noch aus einem anderen Grunde nicht zu rechtfertigen. Denn nur die Schulden, die der Finanzierung von Konsumausgaben dienen, sind aus ökonomischer Sicht grundsätzlich kritisch zu beurteilen. Unkritisch hingegen sind die Defizite – besser formuliert: die Kredite –, die der Finanzierung von Investitionen dienen. Denn auch die staatlichen Investitionen – zum Beispiel in Bildung und Forschung, in eine verbesserte Infrastruktur – steigern den wirtschaftlichen Ertrag in der Zukunft. Sie unterscheiden sich nicht grundsätzlich von privaten Investitionen der Unternehmen. Und so könnte man in Abwandlung eines Wortes des österreichischen Ökonomen Josef A. Schumpeter über die investitionsbedingte Kreditaufnahme der Unternehmen sagen: Staaten reiten auf ihren Schulden zum Erfolg. Ohne die Zerlegung der Schuldenlast in den investiven und in den konsumtiven Teil lässt sich folglich überhaupt keine Aussage darüber machen, ob die Schuldenlast problematisch ist. Das bedeutet zugleich, dass Peter Glotz' Behauptung, der Sozialstaat müsse wegen der Wiedervereinigungslast zurückgebaut werden – und sei es auch nur temporär –, bisher nicht belegt ist.

Die Feststellung von Peter Glotz schließlich, dass die Investitionsquote (insbesondere die öffentliche) gefährlich gesunken sei, ist richtig. Wie aus den vorhergehenden Ausführungen zur Kreditaufnahme des Staates aber hervorgeht, können Investitionen des Staates – wie das deutsche Grundgesetz es vorsieht – ohne Bedenken kreditfinanziert werden. Zwar gibt

es – genau wie für die privatwirtschaftliche Kreditaufnahme – auch Grenzen für die staatliche Kreditaufnahme. Das Absinken der deutschen öffentlichen Investitionsquote ist aber wohl eher die Folge einer ideologischen Konsolidierungspolitik, die zwischen investitionsbedingten und konsumbedingten Krediten nicht unterscheidet und auf dieser Grundlage den Haushaltssausgleich zum Selbstzweck erhebt. Anders formuliert: Das Absinken der Investitionsquote ist trotz der Wiedervereinigungslasten aus ökonomischer Sicht nicht notwendig und aus gesellschaftspolitischer Sicht unverantwortlich. Der Rückbau des Sozialstaates kann damit nicht ge-rechtfertigt werden.

PETER GLOTZ
Schröders Dilemmata
Eine Replik auf Ernst Niermeier

Das klassische Argument von Michael Sommer und seinen Kollegen gegen die Sozialgesetzgebung der Bundesregierung lautet: »Die Agenda 2010 bringt keine Arbeitsplätze.« Darüber kann man streiten; vielleicht motiviert zum Beispiel die Lockerung des Kündigungsschutzes bei kleinen Betrieben doch manchen Unternehmer zu einer Einstellung. Aber selbst wenn Sommer Recht hätte: Muss Schröder die Sozialsysteme nicht in jedem Fall bezahlbar halten? Auf diesen Einwand würde Sommer blitzschnell antworten: Bei Vollbeschäftigung hätten wir kein Bezahlproblem. Richtig. Aber ist Schröder von seinem Kanzlerstuhl aus in der Lage, »Vollbeschäftigung« oder etwas daran angenähertes zu schaffen?

Damit sind wir bei Ernst Niermeier, einem früheren Betriebsratsvorsitzenden von IBM Deutschland. Sein Argument geht etwa so: Was immer irgendwelche Soziologen (immerhin Dahrendorf, Beck, Castells zum Beispiel) redeten, in der exakten Wissen-

schaftsökonomie sei klar nachgewiesen, dass Vollbeschäftigung auch in der Wissensgesellschaft möglich sei. Entweder rechtsrum: Wenn man nur die Löhne genügend senke und die Transferzahlungen für Arbeitslose zusammenstreiche, hätten wir bald keine Arbeitslosen mehr. Sie würden Schuhputzer, Supermarktpacker, Kindermädchen, Fahrer etc. Oder linksrum: Wenn man nur sorgfältig genug Keynes gelesen habe und kreditsfinanzierte Investitionsprogramme (zum Beispiel für Kommunen) lanciert hätte, herrschte rasch Vollbeschäftigung.

Erstens unterschätzt das die Umstellungsprobleme, die ein Bildungssystem bewältigen muss, wenn es immer weniger Stoffbearbeitung und immer mehr Informationsverarbeitung gibt. Zweitens aber funktionieren diese einleuchtend klaren ökonomischen Gesetzmäßigkeiten in der politischen Wirklichkeit, in der Schröder handeln muss, nicht. Die rechte Variante scheitert (Gott sei Dank) an den Gewerkschaften; die linke an so banalen Kleinigkeiten wie dem Stabilitätspakt der EU, den ausgerechnet die Deutschen eingerührt haben. Mag schon sein, dass dieser Pakt mit seinem Defizitkriterium »ökonomisch unsinnig« ist. Deutschland, Frankreich und andere Länder haben ihn ja auch schon mutig zweimal gebrochen, in dem sie die Defizitgrenze überschritten. Aber könnte Schröder wirklich so tun, als gäbe es das Ding nicht?

Überhaupt die Verschuldung. Richtig ist ohne Zweifel, dass die in der öffentlichen Meinung grassierende Hausvaterideologie (Ich gebe nur so viel aus, wie ich einnehme) gelegentlich bizarre Blüten treibt. Natürlich wäre eine Finanzierung der geplanten Steuersenkung 2004 ohne Probleme zu hundert Prozent mit Krediten finanzierbar. Dass es aber ganz so problemlos sei, auf Dauer ein Fünftel der Einnahmen für Zins und Tilgung verwenden zu müssen, ist vielleicht doch fragwürdig. Deutschland liegt

nicht auf dem Mond, sondern in einer Welt des digitalen Kapitalismus, in der es nun mal »Raubtiere« gibt, die man nicht aufs Blut reizen darf: die Europäische Zentralbank, die FED, den EWF, die OECD, STANDARDS & POOR und andere Rating-Agenturen sowie ein halbes Duzend weiterer solcher Institutionen, die nach bestimmten Regeln auf den Finanzmärkten zusammenwirken. Alleingänge von (prinzipiell geschwächten) Nationalstaaten pflegen zu scheitern; man denke an das letzte Keynesianische Experiment Mitterands im Jahre 1981.

Könnte man die Sozialsysteme (trotz Demokratie, falsch finanzierte Wiedervereinigung etc.) schlicht durch den Produktivitätsfortschritt bezahlbar halten? Den gibt's in einer von der Informations- und Kommunikationstechnik bestimmten Wirtschaft tatsächlich, auch wenn Wirtschaftsnobelpreisträger es gelegentlich bezweifeln. Nur kann man eine dreißigjährige Entwicklung (pro Jahr 2 Prozent Produktivitätsfortschritt) nicht so seriös einplanen, dass man darauf hin die Defizite der Renten oder der Krankenversicherung vergessen könnte. Im Übrigen: Wer diese »Finanzquelle« anzapfen wollte, brächte auch noch ein totsicheres Umverteilungssystem, das auch in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts die Einsparungen durch Produktivitätsfortschritte in die Sozialkassen leitete, ins Wanken. Soll Schröder Allende spielen? Wie weit käme er damit? Es ist fair und ethisch angemessen, dem unteren Drittel der Gesellschaft, dem es auch im reichen Deutschland dreckig genug geht, Leistungskürzungen und weitere Belastungen ersparen zu wollen. Es ist aber unklug, die politischen Rahmenbedingungen, in denen eine Regierung heutzutage handeln muss, zu ignorieren und ihr Handlungsoptionen abzuverlangen, die sie gar nicht hat. Es sieht dann so aus, als seien die Genossen in ihren Regierungssesseln nur denkfaul, feige oder gar korrupt. Diese Unterstellung aber wäre unfair und ethisch unangemessen.

VOLKER KRÖNING Verteidigungspolitik auf Orientierungssuche

Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vollziehen eine überfällige Anpassung an die sicherheitspolitische Realität. Die Orientierung von Politik und Planung an internationalen Einsätzen als »Kernaufgaben« unserer Streitkräfte erscheint nun eindeutiger als zuvor.

An der Allgemeinen Wehrpflicht hält der Verteidigungsminister fest, gerade weil sie angesichts künftiger Herausforderungen ein Optimum an Umfang und Qualität des Personalaufkommens verspricht. Und: Die Diskrepanz zwischen den finanziellen Möglichkeiten des Bundes und dem Mittelbedarf der bisherigen Streitkräfteplanung wird offen ausgesprochen – um Optionen zu begründen, die zum einen der Materialbeschaffung größere Spielräume geben (Verringerung des Personalumfangs) und die zum anderen die Finanzierungsansprüche an den Gesamthaushalt mildern (Rollenspezialisierung unter den Verbündeten).

Differenzierungsbedarf beim Aufgabenprofil

Es ist richtig, die Einsatzkräfte der Bundeswehr – abgesehen von der Überwachung des nationalen Luftraumes und der Hoheitsgewässer – eindeutig auf internationale Missionen zu beziehen. Zugleich sagen die Richtlinien mit Recht, dass es weiterhin der Sicherheitsvorsorge für unser eigenes Territorium bedarf. Allerdings mit anderen Mitteln und Strukturen: So sollten in der Tat Wehrdienstleistende und Reservisten im Falle massiver terroristischer Bedrohung im Rahmen bestehender Gesetze zum Objektschutz herangezogen werden. Ebenso steht das Reservistenpotenzial, das nur die Wehrpflicht

in der notwendigen Größe und Qualität generieren kann, zum (Wieder-) Aufbau der Landesverteidigung zur Verfügung, falls sich die sicherheitspolitische Großwetterlage gravierend verschlechtern sollte.

Probleme ergeben sich allerdings, wenn es um den Zuschnitt von internationalen Einsätzen der Bundeswehr geht. Nach den Richtlinien, die sich offenbar den populären Gedanken zu eigen machen, dass ein Konfliktgeschehen irgendwo auf der Welt letztlich immer auch uns tangieren könnte, »lässt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen«. Das macht den Eindruck, als strebe man im Verein mit den Verbündeten eine globale Reichweite für unsere Streitkräfte an.

Dieser Verdacht wird auch nicht durch die mehrfache Festlegung der Richtlinien entkräftet, dass deutsche Truppen nur im Rahmen von Operationen verwendet werden, die von NATO, EU und Vereinten Nationen autorisiert sind. Der Kontext deutet nämlich darauf hin, dass jeweils eine der genannten Institutionen als Legitimationsquell für einen internationalen Einsatz genügen soll. Erinnern wir uns: 1999 – gegen Ende der von der NATO gegen Rest-Jugoslawien geführten Kampagne – erklärte die Bundesregierung, es handele sich um eine Ausnahme; künftig wolle man nicht ohne das Plazet des UN-Sicherheitsrates handeln.

Doch auch mit einer Bindung militärischer Aktionen an die Vorgaben eines kollektiven Sicherheitssystems – NATO und EU sind nämlich nach eindeutiger völkerrechtlicher Auffassung keine solchen Systeme – ist die Frage noch nicht beantwortet, ob Ubiquität mit militärischen Mitteln in unserem Interesse liegt. Denn wir sind, wenn es um die Einflussnahme insbesondere auf entfernt liegende Konflikttherde ging, immer gut damit gefahren, Diplomatie, wirt-

Zukunft Bundeswehr

Minister Struck:
»Verteidigung lässt sich geografisch nicht mehr eingrenzen. Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.«



Foto: dpa/Ulrich Perrey

schaftliche Möglichkeiten im Sinne ehrlichen Makelns und auch technisch-logistische Hilfeleistungen einzusetzen.

Falsch und unvereinbar mit unseren knappen Ressourcen wäre es, entfernte Krisen in einer Weise zu unserer Sache zu machen, die sie militärisch relevant erscheinen lässt. Auch woanders gibt es regionale Sicherheitssysteme. Sie befinden sich zum Teil noch im Aufbau oder – wie in Afrika – in einem kritischen Entwicklungsstadium. Diese Ansätze dürfen nicht durch Eingriffe aus der nördlichen Hemisphäre erstickt werden.

Es geht vielmehr um die beharrliche Förderung der Problemlösungsfähigkeit vor Ort – oder, global: nicht um Dominanz der Reichen, sondern stabile Multipolarität. Um dies zu erreichen, sind Truppen in der Regel kein angemessenes Mittel. Eher kommt es auf den Transfer von *Know-how* und Hilfe beim Aufbau der politischen Infrastruktur regionaler Sicherheitsregimes an.

Europäische Verteidigungspolitik könnte sich damit auf ihren Beitrag zur Stabilisierung des alten Kontinents und seiner Peripherie beschränken. Doch es gibt Ausnahmen, etwa Evakuierungsmissionen oder die

Trennung von Bürgerkriegsparteien, um der akuten Gefahr von Genoziden zu begegnen.

Generell scheint die deutsche bzw. europäische Verteidigungspolitik gut beraten, wenn sie sich nicht in militärische Unternehmungen hineinziehen lässt (und auch nicht dafür rüstet), die zuvor der Bestrafungscharakter haben und bei denen nicht das Ziel, zur Stabilität in der fraglichen Region beizutragen, im Vordergrund steht.

Dazu passt, was Javier Solana zum Gipfel von Thessaloniki vorgelegt hat und von den Staats- und Regierungschefs gebilligt wurde. Die Union nimmt die neuen Bedrohungen und Gefahren im globalen Rahmen zwar ernst, bleibt aber in der Sache hart: So wird einer militärisch geprägten Hegemonialpolitik eine Absage erteilt, der komparative Vorteil Europas in der ganzheitlichen Krisenprävention gesehen und die Perspektive intensivierter Beziehungen zu anderen Regionalmächten akzentuiert.

Anpassungsbedarf bei der Wehrpflicht

Gegen modische Tendenzen halten die Richtlinien an der Wehrpflicht fest. Dafür sprechen zahlreiche Argumente, von denen einige unter aktuellen Bedingungen beson-

ders wichtig sind: Nur mit diesem Rekrutierungsinstrument sind Jugendliche in ausreichender Zahl mit den Streitkräften in Kontakt zu bringen. Ab Ende dieser Dekade werden die Musterungsjahrgänge nämlich zu schwach sein, um eine reine Freiwilligenarmee mit hinreichender Stärke auf dem Arbeitsmarkt anwerben zu können. Ferner sind die freiwillig länger dienenden Wehrdienstleistenden das »Salz in der Suppe« der Auslandskontingente und die Rekrutierungsbasis des Führungspersonals. Schließlich ist der Aspekt der Sicherheitsvorsorge im Inland durch ein relativ großes Reservistenpotenzial im Auge zu behalten.

Dennoch sprechen die Richtlinien von einer »Anpassung« der Wehrpflicht. Leider hat sich das Verteidigungsministerium auf die Beibehaltung von 9 Monaten Grundwehrdienst festgelegt. Damit mag man weitere Belastungen abgewendet haben, allerdings nur kurzfristig. Mit Sicherheit wird die Wehrungerechtigkeit zunehmen: vor allem dadurch verschärft, dass die angespannte Ressourcenlage eine Schrumpfung der Präsenzstärke und damit auch der Anzahl der Wehrdiener erzwingen wird.

Kann der Wehrdienst nicht erheblich verkürzt werden, wenn die Wehrdienstleistenden ohne längere Verpflichtung ohnehin nur für einfache Sicherungsaufgaben vorgesehen sind, und muss er nicht gar verkürzt werden, um beim vorübergehend starken Angebot an jungen Männern nach der Mitte dieser Dekade krasse Wehrungerechtigkeit vermeiden zu können? Wer die Antworten auf diese Fragen und das Gebot des Sparsens systematisch miteinander verknüpft, landet bei einem Personalmodell, das einen Präsenzumfang von 240.000 bis 250.000 Soldatinnen und Soldaten (heute 290.000) sowie 40.000 Wehrdienstleistenden mit sechsmonatiger Dienstdauer, 30.000 bis 40.000 Wehrdienstleistenden mit freiwilliger längerer Verpflichtung und maximal 180.000 Berufs- und Zeitsoldaten vorsieht.

Entscheidungsbedarf bei der Materialbeschaffung

Anzuerkennen ist, dass die Richtlinien die Bundeswehr ohne Vorbehalt in den Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung stellen und damit die noch lange anhaltende Ressourcenknappheit des Bundes respektieren. Und richtig ist die Einsicht, dass bei Fortschreibung des gültigen Personal- (vor allem: Umfangs-) Modells die Personalkosten den Investitionsanteil des Verteidigungsbudgets zunehmend einengen werden: Während der Personalkostenanteil gegenwärtig bei 52 Prozent liegt, wird er in wenigen Jahren – wenn nicht gehandelt wird – auf 55 Prozent steigen.

Da bei den Betriebsausgaben kaum etwas zu holen ist, kann die notwendige »Umschichtung« innerhalb des Budgets nur auf dem Wege einer substanzuellen Verringerung der Präsenzstärke erfolgen – und zwar ohne Erhöhung des Anteils der relativ teuren Berufs- und Zeitsoldaten. Nur dann gibt es wieder mehr Spielräume für die technische Modernisierung der Streitkräfte.

Ein weiterer Weg liegt darin, die Beschaffungsvorhaben stärker zu »priorisieren«: also nur das auszuwählen, was wirklich gebraucht wird. Dies zu bestimmen, ist eine Funktion des Konzepts der »Kernaufgaben«, die im Wesentlichen durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr definiert sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Aufgaben grundsätzlich im internationalen Verbund wahrgenommen werden – was eine potenziell Kosten sparende Arbeitsteilung mit den Verbündeten, d.h. Rollenspezialisierung, nahe legt. Nicht klar wird indessen aus den Richtlinien, worauf sich unsere Streitkräfte auf Dauer spezialisieren sollen. Auch insoweit bleibt erheblicher Diskussions- und Entscheidungsbedarf.

Schließlich begegnet uns noch eine heilige Kuh: Europäische Rüstungskooperation. Üblicherweise wird sie mit dem Argument eingeführt, dass sie über größere Produktionszahlen zu niedrigeren Sys-

temkosten bei hoher Qualität verhilft. Doch dem steht entgegen – durch gründliche Expertisen des Bundesrechnungshofes belegt –, dass eine ganze Reihe von europäischen Großvorhaben in Produkten resultieren (werden), die im Hinblick auf die Preisgestaltung und den technologischen Standard zweifelhaft sind.

Man sollte nicht vergessen: Es gibt auch in deutschen Landen viel Innovatives und Preiswertes! Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass europäische Rüstungskooperation zu Lasten deutscher Interessen politisch überfrachtet wird und die Abnehmer der Produkte oftmals die Zecne zahlen müssen.

Der Kraftakt der Bundeswehrreform steht also noch aus. Fortune dem (der) Tüchtigen!

MARCO OVERHAUS
Die Kultur der Gleichgültigkeit
Über die Legitimität
deutscher Auslandseinsätze

Die Veröffentlichung der Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) hat gezeigt, dass sich die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einem bemerkenswerten Umbruchprozess befindet. Zum anderen scheinen Innenpolitik, Medien und Öffentlichkeit von einer Kultur der Gleichgültigkeit befallen zu sein, welche auf mittlere Sicht die Legitimität deutscher Auslandseinsätze gefährden könnte. Die weitreichenden Konsequenzen des laufenden Umbruchs spiegeln sich in der öffentlichen Auseinandersetzung leider nicht wider. Wo diese bisher überhaupt stattgefunden hat, wurde sie wieder einmal auf die Wehrpflicht oder auf die Frage möglicher Standortschließungen reduziert. Solche Fragen treffen aber nicht den Kern der Veränderungen, die sich momentan abzeichnen.

Die Richtlinien des Verteidigungsministers beseitigen in ihrer Konsequenz drei Konditionalitäten, die bisher die *out-of-area*-Einsätze der Bundeswehr *de facto* beschränkt haben: Territorialität, die zeitliche Dimension und Intensität. In den Richtlinien heißt es *erstens*, dass die Sicherheit Deutschlands im heutigen Umfeld potenziell weltweit – also auch jenseits des eigenen und des NATO-Territoriums – verteidigt werden müsse. In Absatz 5 ist zu lesen: »Verteidigung lässt sich geografisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist«. Folglich müsse die Bundeswehr politisch und militärisch in der Lage sein, auch fernab von Europa zu intervenieren.

Zweitens wird von der Bundeswehr erwartet, dass sie ihre Einsätze mit kürzester Reaktionszeit planen und durchführen kann. Dies jedoch steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zum deutschen Parlamentsvorbehalt in seiner bisherigen Form. Noch muss der Deutsche Bundestag jeden Auslandseinsatz sowie zumeist auch die Verlängerung bereits bestehender Missionen einzeln genehmigen. Die Richtlinien fordern daher, die nationale politische Entscheidungsfähigkeit zu beschleunigen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass eine frühere Entwurfsschrift der Richtlinien sogar die Möglichkeit *präemptiver* Militärschläge gegen nicht-staatliche Akteure (wie etwa terroristische Gruppen) vorsah. Die aktuelle Version beinhaltet dagegen in Absatz 21 über die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen eine deutlich abgeschwächte Formulierung: »Zur Abwehr von Bedrohungen sind zudem vor allem gegenüber nicht-staatlichen Akteuren entsprechende zivile und militärische Mittel und Fähigkeiten zu entwickeln«.

Schließlich betont das Dokument von Peter Struck, dass Deutschland in der Lage sein müsse, sich am gesamten Spektrum möglicher Einsätze beteiligen zu können. Das schließe insbesondere Missionen mit

»hoher Intensität«, also Kampfeinsätze im Rahmen der sogenannten Friedenserzwingung, mit ein.

Oberflächlicher gesellschaftlicher Konsens

Im Prinzip sind diese Veränderungen nicht vollkommen neu, denn deutsche Soldaten haben sich in jüngster Vergangenheit im Kosovo oder im weit entfernten Afghanistan bereits an Kampfeinsätzen beteiligt. Die Grundsätze der Richtlinien finden sich darüber hinaus auch schon in vielen Dokumenten, die Deutschland im Kontext der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und der NATO unterschrieben hat. Neu ist jedoch, dass diese punktuellen Entwicklungen nun in die offiziellen Prinzipien deutscher Regierungspolitik gegossen wurden. Es ist bedauerlich, dass die Verpflichtungen Deutschlands und ihre praktischen Konsequenzen für die Bundeswehr zuvor kaum öffentlich erörtert wurden. Noch bedauerlicher ist es jedoch, dass sich daran auch nichts änderte, als diese Konsequenzen mit den Richtlinien klar erkennbar in die deutsche Militärstrategie einflossen.

Interessanterweise setzt sich der Umbruch der deutschen Verteidigungspolitik auf der europäischen Ebene fort. Am 16. Juni veröffentlichten die Außenminister der EU in Luxemburg ein gemeinsames Dokument, das explizit die Möglichkeit *präemptiver* Militäreinsätze gegen Staaten vorsieht, die nachweislich internationale Abkommen zur Nicht-Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verletzen.

Die Bundesregierung war in dieser Hinsicht mehr als skeptisch, trug jedoch aufgrund britischen und französischen Drucks schließlich ebenfalls die Erklärung mit. Diese neue europäische Politik kann in naher Zukunft sehr gut zu einer Situation führen, in der Berlin zur aktiven Beteiligung an solchen Militäraktionen im multinationalen Rahmen aufgefordert wird. Auch hier wurden die potenziell weitreichenden Konsequenzen für die deutsche Verteidigungs-

politik innenpolitisch kaum aufgeworfen und diskutiert.

Dies bedeutet nicht, dass sich die Bundesrepublik den Forderungen seiner wichtigsten Verbündeten und den neuen Bedrohungen durch Terrorismus und Massenvernichtungswaffen verschließen sollte. Allerdings ist beunruhigend, wie oberflächlich der gesellschaftliche Konsens zu den *out-of-area*-Einsätzen der Bundeswehr in der aktuellen Situation zu sein scheint. Er basiert mehr auf einer Kultur der Gleichgültigkeit denn auf einer fundierten Verständigung über die Ziele, Interessen und Mittel der deutschen Verteidigungspolitik. Die Konsequenzen dieses Desinteresses konnten kürzlich anhand der praktischen Herangehensweise der deutschen Politik in Afghanistan und im Kongo beobachtet werden. Es ist nicht zynisch, den Tod deutscher Soldaten im Rahmen ihrer Beteiligung an der *International Security Assistance Force* in Kabul als eine immer da gewesene Möglichkeit zu benennen. Die politisch Verantwortlichen der Afghanistan-Mission müssen überzeugend erklären können, wie sie die Sicherheit der Soldaten mit den erklärten Zielen der Mission vereinbaren wollen. In der Folge des tödlichen Anschlags auf einen Bundeswehrbus in Kabul im Juni dieses Jahres wurde die ISAF-Mission von einigen Politikern und Kommentatoren insgesamt in Frage gestellt. Dies verdeutlicht, dass es noch keine klare Verständigung darüber gibt, wie ISAF am besten zum politischen Ziel der Stabilisierung Kabuls (geschweige denn anderer Landesteile) beitragen kann, wie lange die Kontingente dort verbleiben sollten und welche Risiken man zu tragen bereit ist. Das gleiche gilt auch für die EU-Operation *Artemis* in der kongolesischen Ituri-Provinz, die von Frankreich geführt wird.

Führende deutsche Politiker rechtfertigen eine deutsche Beteiligung an dem Kongo-Einsatz sowohl mit humanitären als auch mit europapolitischen Motiven. Staatsministerin Kerstin Müller äußerte in einem

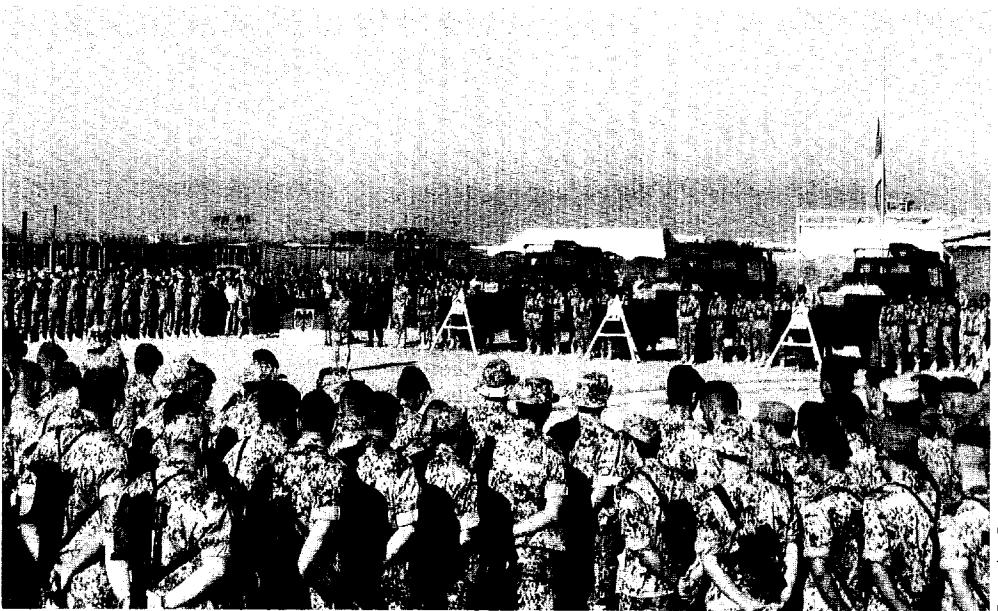


Foto: dpa-Fotoreport

Abschied von vier Kameraden: Nach dem tödlichen Anschlag auf einen Bundeswehrbus im Juni in Kabul wurde die ISAF-Mission von einigen Politikern und Kommentatoren insgesamt in Frage gestellt.

Interview ihre Auffassung, dass es keine Alternative zu dem Einsatz gebe, da in der umkämpften Region massive Menschenrechtsverletzungen stattfinden würden. Diese Einschätzung wirft einige wichtige Fragen auf. Sie würde in letzter Konsequenz bedeuten, dass Deutschland immer dann keine Alternative zur Entsendung von Truppen hätte, wenn irgendwo in der Welt eklatante Menschenrechtsverletzungen begangen würden. Dies ist kaum realistisch und kann keinesfalls Teil einer deutschen Strategie sein.

Fehlen klarer Vorstellungen zur militärischen Konfliktintervention

Schließlich wäre dann auch zu fragen, warum Deutschland und die EU nicht schon früher in dem Konflikt interveniert haben. Darüber hinaus haben Vertreter der Regierungs- wie auch der Oppositionsparteien die Notwendigkeit einer deutschen Beteiligung damit begründet, dass es sich mit der Operation Artemis um die erste eigene EU-Operation ohne Rückgriff auf NATO-Ressourcen handeln würde. Somit käme

ihr eine große Bedeutung bei der Weiterentwicklung der ESDP zu. Diese Haltung offenbart jedoch ebenfalls das Fehlen von klaren Vorstellungen über Ziele, Interessen und Mittel im Bereich der militärischen Konfliktintervention. Wann, wie und wofür die Europäer ihre Truppen in weit entfernte Regionen schicken sollen, bleibt weitestgehend unklar.

Stattdessen müsste doch die entscheidende Frage lauten: Welche politischen und militärischen Ziele kann eine europäische Eingreiftruppe realistischerweise überhaupt erreichen und welche Risiken sind die Öffentlichkeiten der beitragenden Staaten bereit zu tolerieren? Damit hängt im nächsten Schritt auch unmittelbar zusammen, in welchem Verhältnis eine »deutsche Strategie« (wenn es sie denn gibt) mit jener europäischen Sicherheitsstrategie steht, die erst kürzlich auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki im Kreise der Staats- und Regierungschefs erörtert wurde. Auch hier ist bedauerlich, dass die Verteidigungspolitischen Richtlinien keine klaren Ausführungen zu dem Thema enthalten.

In den Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch eine »Kultur der Zurückhaltung« geprägt. Sie fand ihren Ausdruck in der klaren Abneigung der Deutschen, militärische Gewalt jenseits der Landes- und Bündnisverteidigung anzudrohen oder gar einzusetzen. Seit Mitte der 90er Jahre wurde der Spagat zwischen der »Kultur der Zurückhaltung« und den lauter werdenden Forderungen der Partner nach mehr militärischer Beteiligung sowie den veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen zunehmend schmerhaft. Die Entscheidungsträger in der Bundesrepublik griffen daraufhin erfolgreich auf eine »Salami-Taktik« zurück, um die deutsche Öffentlichkeit Schritt für Schritt an eine Ausweitung des Handlungsspielraums bei militärischen Auslands Einsätzen zu gewöhnen.

Teil dieser Taktik war es jedoch auch, eine öffentliche Auseinandersetzung über das Ausmaß der Einsätze möglichst klein zu halten, während die Definition der Ziele und Interessen im Unklaren blieb. Heute wird deutlich, dass diese Salami-Taktik zum sicherheitspolitischen Bumerang geworden ist. Sie hat zu einer gefährlichen Kultur der Gleichgültigkeit in den Medien, den politischen Parteien und der weiteren Öffentlichkeit in verteidigungspolitischen Fragen beigetragen und somit die Entwicklung einer sicherheitspolitischen Streitkultur verhindert. Dieses Manko hat durchaus das Potenzial, auf mittlere Sicht die Legitimität von Auslandseinsätzen zu unterminieren, wenn Bundeswehrsoldaten ihr Leben für unklar formulierte politische Ziele riskieren. Solange die Dinge gut laufen und es zu keinen größeren Zwischenfällen vor Ort kommt, mag der recht dünne gesellschaftliche Konsens ausreichen. Leider steht zu befürchten, dass bei den Missionen »mit hoher Intensität«, wie in den Verteidigungspolitischen Richtlinien vorgesehen, die Dinge nicht immer gut laufen werden.

HANS-JOACHIM SEELE

Europa braucht eine eigene Armee

Während des »Kalten Krieges« wurde dem sowjetischen Diktator Stalin einmal berichtet, dass der Vatikan Maßnahmen der sowjetischen Regierung hart kritisiert habe. Seine Antwort war knapp: »Wie viele Divisionen hat der Papst?« Ähnlich dürfte Ministerpräsident Scharon reagieren, wenn ihm berichtet wird, dass die UNO seinen Rückzug aus den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten fordert oder die Europäische Union Kritik an seiner Politik gegenüber den Palästinensern übt.

Die Europäische Union ist eine der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt geworden. Dies ist das Ergebnis der kontinuierlichen Integration der Wirtschaftsgebiete der Mitgliedstaaten, angefangen mit der Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 und vorläufig vollendet mit dem Binnenmarkt 1993 und der Währungsunion 1999. Zwar ist die europäische Wirtschaftspolitik nach wie vor weitgehend eine Addition von 15 nationalen Wirtschaftspolitiken. Aber der erreichte Grad der Gemeinsamkeit hat den Europäern eine beachtliche wirtschaftliche Stärke verschafft und ihnen geholfen, nicht mehr Objekt international agierender Wirtschaftskräfte zu sein. Die gemeinsame Währung wird darüber hinaus auf Dauer Europa befähigen, sich gegen eine Dominanz des US-DOLLARS zu schützen.

Betrachtet man jedoch die politische Stärke Europas, die sich aus dieser wirtschaftlichen Kraft ergeben könnte, so sucht man vergeblich nach einer mitbestimmenden Rolle Europas in der Welt. Zwar ist bereits seit der Einheitlichen Akte, dem Vertrag von Luxemburg von 1987, die außen- und sicherheitspolitische Union, also die politische und nicht nur die wirtschaftliche Finalität, das vertraglich vereinbarte Integrationsziel der Mitgliedstaaten der EU. Wenn es aber darauf ankommt, den Worten auch Taten folgen zu lassen, dann stoßen vielfälti-

ge nationale Interessen aufeinander. Die Bereitschaft, diese zugunsten einer wirklich gemeinsamen europäischen Politik hintanzustellen, bleibt gering. Die Haltung der einzelnen Mitgliedstaaten der EU im Zuge der Entwicklung des Irak-Konfliktes hat dies mit schmerzlicher Deutlichkeit gezeigt. Wenn es irgendwo in Europa oder in der Welt »brennt«, dann bleibt immer wieder nur der Ruf nach dem »Großen Bruder« auf der anderen Seite des Atlantiks, und dies oft auch dann, wenn man sich über gemeinsames Handeln durchaus einig ist.

Einer der Gründe für diese Widersprüchlichkeit der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist das Fehlen gemeinsamer Instrumente zur Durchsetzung einer gemeinsamen Politik. Während die EU zur Durchsetzung ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik, soweit es jedenfalls die Sicherung und Weiterentwicklung des Binnenmarktes betrifft, über die notwendigen Machtinstrumente verfügt, um notfalls die Dominanz der Gemeinschaftsinteressen zu sichern, fehlen ihr bis heute entsprechende Mittel auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik.

Eine politische Stärkung der EU

In der jüngsten Vergangenheit gab es immer wieder Konflikte in der Welt und auch in Europa, die ein Eingreifen der Mächte erforderlich machten, um den Frieden zu bewahren oder wieder herzustellen. Erinnert sei an den Versuch des Irak, den Nachbarstaat Kuwait gewaltsam zu annexieren und, in jüngster Zeit, an den Konflikt der USA mit dem Irak und seinem Diktator, oder an den Streit zwischen Serben, Kroaten, Slowenen, Albanern und Bosniaken nach dem Auseinanderfallen der Bundesrepublik Jugoslawien und auch an die Unterdrückung des Afghanischen Volkes durch die Taliban-Terroristen.

Die EU war sich, abgesehen von dem jüngsten Irak-Konflikt, relativ schnell einig, zusammen mit den USA und anderen Staaten

in diesen Fällen einzugreifen, um der Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte ein Ende zu bereiten und den Frieden wieder herzustellen und zu sichern. Wie mühsam aber war der Entscheidungsprozess in den Mitgliedstaaten und insbesondere auch bei uns in Deutschland. Im Golf-Konflikt 1991 schickten Frankreich, Großbritannien und andere EU-Staaten Soldaten, die Bundesrepublik hingegen nur einen Scheck. Immer dann, wenn eine nationale Regierung oder ein nationales Parlament über den Einsatz nationaler Streitkräfte außerhalb des eigenen Staates in Europa oder gar irgendwo sonst in der Welt entscheiden muss, stoßen die gemeinsamen europäischen und die nationalen Interessen hart aufeinander. »Was sollen unsere Jungs in Somalia oder in Afghanistan?«, wird dann verständlicherweise gefragt. Auch dann, wenn sogar der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine gemeinsame Aktion beschlossen hat, bleiben derartige nationale Vorbehalte bestehen. Dabei spielt eine gewisse Rolle, dass die Mächte mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat ihre »Schützlinge« durch ihr Veto vor Aktionen der UNO bewahren können. Das Beispiel des Vetos Russlands gegen eine Aktion der UNO gegen Serbien steht hierfür.

Die Europäische Union wäre handlungsfähiger und damit politisch stärker, wenn sie eigene Streitkräfte hätte, deren Einsatz nicht mehr allein von der Zustimmung der einzelnen Mitgliedstaaten abhängig wäre. Dabei sollte es sich um eine europäische Armee oder Legion oder Sicherheitsstreitmacht handeln, die aus Berufssoldaten auf freiwilliger Basis besteht und zwar aus Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten – also nicht aus Fremdenlegionären.

Eine solche Armee sollte etwa fünfhunderttausend Mann/Frau stark sein und nicht nur sechzigtausend, wie die derzeit geplante europäische Einsatztruppe. Sie müsste erstklassig ausgerüstet sein und zwar nicht

nur mit Waffen, sondern auch mit Transportgerät zu Lande, zu Wasser und in der Luft, um schnell überall einsatzbereit zu sein. Sie sollte in unabhängig voneinander einsatzfähigen Einheiten gegliedert sein und, verteilt auf das Gebiet der EU, stationiert werden.

Diese europäische Streitmacht müsste unter dem Oberbefehl eines Sicherheitskommissars stehen, der dem Europaparlament politisch verantwortlich ist. Über den Einsatz haben die Kommission und der Rat der Verteidigungsminister mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden. Das Parlament hat zuzustimmen. Eine derartige europäische Streitmacht würde die EU in die Lage versetzen, ihre wirtschaftliche Stärke politisch effektiver einzusetzen. Die Gemeinschaft und nicht mehr die Einzelstaaten wären dann der europäische Pfeiler der NATO.

Auch dadurch würde Europas politisches Gewicht gestärkt. Ein starkes Europa aber wird in den kommenden Jahrzehnten immer notwendiger werden, um zu helfen, den Frieden in der Welt zu sichern, Konflikte zu entschärfen und Lösungen zu finden. Die nach wie vor in vielen Teilen der Welt unbeeinflusst wachsende Bevölkerung wird den Streit um Ackerland und Wasser, also um Nahrung ebenso wie um Arbeit ständig zunehmen lassen.

Wanderbewegungen, zunehmend auch aggressiver Wanderdruck gegen Europa, Wohlstandsneid und militanter Terrorismus werden die Folgen sein. Noch so gut dotierte Entwicklungshilfen helfen hierbei wenig, wenn die Vermehrung der Bevölkerung alle Erfolge auf diesem Gebiet zunichte macht. Europa wird also in Zukunft zunehmend auch an den Schutz seiner Mitgliedstaaten und seiner Bürger zu denken haben. Es wird seine Handelswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft sichern müssen.

Nun wird man einwenden, dass es in Europa bereits multinationale Verbände, Korps und dergleichen gibt, die gemeinsam einsatzfähig sind. Abgesehen von den be-

reits erwähnten Schwierigkeiten beim Einsatz nationaler Streitkräfte – auch wenn sie multinational zusammengefasst sind – infolge unterschiedlicher Rechts- und Verfassungslagen und politischer Ziele und Interessen, hat die Entwicklung in Europa, insbesondere nach den Veränderungen am Anfang der neunziger Jahre, nationalen Armeen die politische Grundlage weitgehend entzogen.

Die Aufgabe der Bundeswehr nach Artikel 87a, Abs.I GG z.B. ist die Landesverteidigung. Aber gegen wen eigentlich? Für teures Geld werden in Kürze mit dem JÄGER 90 moderne Abfangjäger angeschafft, aber wen sollen sie eigentlich noch abfangen? In der EU sind Kriege der Mitgliedstaaten gegeneinander heute fast undenkbar. Dieser dauerhafte Frieden ist einer der größten Erfolge der europäischen Integrationspolitik überhaupt. In naher Zukunft werden fast alle europäischen Staaten Mitglied der EU sein, so dass nicht mehr einzelne Staaten, sondern nur Europa als Ganzes theoretisch Ziel fremder Aggression sein kann.

Davor schützt jedoch nur eine gemeinsame Armee und nicht mehr zahlreiche nationale Armeen. Diese laufen schon heute zunehmend Gefahr, zur selbstgefälligen Befriedigung nationaler Souveränitätsvorstellungen zu verkommen. Die Mitgliedstaaten brauchen natürlich neben einsatzfähigen Polizeikräften auch in Zukunft nationale Sicherheitskräfte, wie etwa den Bundesgrenzschutz in Deutschland zur landesweiten Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung.

Eine gemeinsame europäische Armee würde mit Sicherheit die Zustimmung einer großen Mehrheit der europäischen Bevölkerung finden, denn es würde nicht nur die Sorge um die eigenen, nationalen Soldaten wegfallen, sondern eine gemeinsame europäische Armee würde auch sehr viel billiger sein, als etwa fünfzehn nationale Armeen der gegenwärtigen Europäischen Union.

a. Politik

PETER W. SCHULZE
**Auf der Suche nach
einer neuen Herrschaftsformel**
Russlands langer Marsch
in die Moderne

Gegen Ende seiner ersten, wohl aber nicht letzten Amtsperiode scheint eine gründlichere Bestandsaufnahme der Präsidentschaft Wladimir Putins angebracht, um damit auch Fragen zu beantworten, ob die anfangs anvisierten Staatsziele und Reformen umgesetzt wurden. Putins Modernisierungsprojekt basiert auf den Erfolgen und Fehlentwicklungen, seiner beiden Vorläufer – des unter Gorbatschow eingeleiteten Modernisierungsansatzes ab Mitte der 80er Jahre und der mit Boris Jelzin begonnenen föderal-demokratischen und marktwirtschaftlichen Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unter den Bedingungen des Systembruchs. Alle drei Projekte verfolgten ein gemeinsames Ziel, nämlich die institutionellen und normativen Voraussetzungen für ein neues, wirtschaftlich starkes, gesellschaftlich offenes und politisch stabiles (wenn möglich auch demokratisches) Russland zu schaffen, dass als akzeptierte Großmacht konstruktiv in der internationalen Staatengemeinschaft mitwirken sollte.

Im Kern greift der Modernisierungsansatz Putins diesen Gedanken auf. Erstmals liegt der Akzent allerdings auf der Reform der Staatsapparate. Dem übergeordneten Ziel, die Staatsautorität zu stärken und das politische System zu konsolidieren, Anfang 2000 plastisch mit dem Begriff der »Machtvertikalen« beschrieben, ordnen sich gesellschafts- und wirtschaftspolitische Teilziele

zu, zu denen die Eindämmung des politischen Einflusses oligarchischer Interessengruppen, die Reform des föderalistischen Systems oder die Neuordnung der Parteilandschaft gehören.

Ein klar erkennbares außenpolitisches Ziel der neuen Präsidentschaft wurde die Erneuerung Russlands als kooperationsfähige und berechenbare europäische Großmacht, die bei der Lösung internationaler Konflikte und bei der Gestaltung europäischer Sicherheit verantwortlich mitwirken soll. Dazu musste die tendenzielle Isolierung Russlands im Gefolge der Balkankriege überwunden und post-imperiale Ansprüche im GUS-Raum abgewiesen werden. Die Helsinki-Erklärung vom Oktober 1999 signalisierte einen solchen Paradigmenwechsel, der den fundamentalen Richtungswechsel in der russischen Außenpolitik nach den September-Ereignissen 2001 erleichterte.

Andere Teilziele wurden angegangen, aber nicht vollständig erreicht. Gänzlich gescheitert ist bislang der Kampf gegen Korruption, bürokratische Willkür und für eine effizientere Verwaltung. Bemerkenswert bleibt hingegen die anfängliche Stringenz der Vorgehensweise bei einigen Maßnahmen, besonders bei der Entmachtung potentieller politischer Gegner. Im Zuge der Begradiung asymmetrischer Fehlentwicklungen des Föderalismus wurden regionale Eliten entmachtet und in die neue »Machtvertikale« integriert. Seither kann man den Föderationsrat als »gleichgeschaltetes« Verfassungsorgan charakterisieren. Der neu geschaffene Staatsrat billigt der regionalen Elite nur konsultative und symbolische Funktionen zu. Vom Kreml eingesetzte »Bevollmächtigte« fungieren als zusätzliche Kontrollorgane zur Harmonisierung der bundesstaatlichen und regionalen Gesetzgebung. Ob jene föderalen Distrikte schon

die Vorstufen einer umfassenden Verwaltungs- und Strukturreform der Föderation sind, die allgemein ab 2004 erwartet wird und auch angesichts der extremen soziökonomischen Diskrepanzen zwischen den Regionen und Republiken sinnvoll erscheint, ist indes noch unklar.

Eine neue Generation von Unternehmern

In seiner Ansprache vom 16. Mai 2003 vor den beiden Kammern des russischen Parlamentes würdigte Putin die erfolgreiche Stabilisierung des politischen Systems und nennt als nächstes Etappenziel die Konsolidierung der Reformergebnisse. Verklausuliert wurde allerdings deutlich, dass ein wesentlicher Punkt, die Rückdrängung oligarchischer Interessengruppen, nicht durchgesetzt werden konnte. Trotz des erzwungenen Abgangs der beiden exponierten Polit-Oligarchen, Beresowskij und Gusinskij, behaupteten sich Teile der Oligarchie im Zuge des dynamischen Wirtschaftswachstums und der Umgestaltung der Wirtschaft als Gegenmacht zur politischen Führung. Um diesen Erfolg ranken sich viele Mythen, die auch im gegenwärtigen Konflikt zwischen dem Kreml und dem Konzernchef von JUKOS, Khodorkowskij, auftauchen. So wird in Moskauer Expertenkreisen gemeinhin angenommen, dass es im Jahre 2000 zwischen der Oligarchie und der Präsidenten-Familie um Boris Jelzin, der weder über eine eigene Hausmacht noch über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügte, eine Vereinbarung gab. Die Oligarchen verpflichteten sich, sich aus der Politik herauszuhalten und erhielten im Gegenzug das Versprechen des Präsidenten, die anrüchigen Praktiken bei der zurückliegenden Privatisierung nicht zu ahnden.

Aufschluss über den auffällig hohen Grad an Autonomie von Teilen der russischen Oligarchie, der so gar nicht in das von Kritikern oftmals bemühte Bild einer »gelebten Demokratie« passt, liefern jene gravierenden Veränderungen, die in der rus-

sischen Wirtschaftsstruktur spätestens seit 1999 zu beobachten sind. Oligarchische Wirtschaftsgruppen wie der Erdölkonzern JUKOS leiten ihre Machtposition aus den wilden Jahren der Privatisierung während der Jelzin-Ära ab. Damals gelangten durch »insider deals« und das korrupte Zusammenspiel von Staatsbürokratie und Oligarchie immense Vermögenswerte in die Hände der Oligarchie, die damals noch unter dem Namen des »Novi Russkij« firmierte. Der Staat ging im Gegensatz dazu nahezu leer aus. Faktisch wurden bis 1998 fast alle lukrativen Sektoren aus dem früheren sowjetischen Staatsvermögen für geringste Erlöse »privatisiert«. Zudem entwickelte sich in Russland seit 1999 eine neue Generation von Unternehmern, die sukzessive dazu überging, internationale Standards von »corporate culture« und »governance« in die russische Unternehmenskultur einzuführen. Der stagnierende Binnenmarkt ließ insbesondere Konzerne aus den Energie-, Rohstoff- und Metallsektoren den Zugang zum Weltmarkt suchen. Die erforderlichen Restrukturierungen setzten Konzentrationsprozesse in Gang, die die industriepolitische Landschaft Russlands radikal veränderten. Die entstandenen Großkonzerne entwickelten sich mehr und mehr zu transnationalen Konzernen und stehen kurz davor, in die Liga der *global players* aufzurücken.

Aus dieser Transformation resultieren Widersprüche und Interessenkonflikte mit dem Staat und dessen ineffizienter, rückständiger Bürokratie, die den Anforderungen dieser dynamischen Branchen schlichtweg nicht gewachsen ist. Die russische Wirtschaft verzeichnet seit 2000 Wachstumsraten, von denen westeuropäische Regierungen nur träumen können, und ist auf dem Weg, die wirtschaftliche Rückständigkeit hinter sich zu lassen. Die kürzlich vollzogene Fusion der Erdölkonzerne JUKOS und SIBNEFT illustriert die Restrukturierung. Mit dieser Fusion entstand der weltweit viertgrößte Erdölkonzern. Der neue Kon-



Foto: Reuters/Sergei Karpukhin

Fusion der Macht: die Öl-Oligarchen Wagit Alekperow, German Khan, Mikhail Khodorkowskij und Eugene Shwidler (v.l.n.r.) vertreten einen Teil der neuen Machtelite Russlands.

zern JUKOSSIBNEFT stellt einen beispiellosen wirtschaftlichen Machtblock in Russland dar, der sich zum Gegenpol von Regierung und Präsident entpuppen könnte. JUKOS-Chef Mikhail Khodorkowskij ist sich dessen bewusst. Seine Äußerungen, nach denen sich das aktuelle Konfliktverhältnis mit der russischen Regierung aus der Unabhängigkeit des Konzerns und dessen Möglichkeiten, von der Administration abweichende Interessen zu verfolgen, ableiten lassen, spricht die Ängste des Kreml aus.

Während der »Herrschaftsvertrag« zwischen Präsident Jelzin und der Oligarchie eine Phase politischer Stabilität und gesellschaftlicher Konsolidierung einleitete, scheint die Übereinkunft heute paradoxerweise an der wirtschaftspolitischen Dynamik zu zerschellen, die sie selbst entfachte. Konflikte mit der Oligarchie spitzten sich im Wahljahr 2003 wieder zu und gewannen eine zunehmend öffentliche Dimension. Der zentrale Prozess des Putinschen Modernisierungsprojekt – die Schaffung einer eigenen Machtelite – ist weder abgeschlossen, noch frei von Kon-

fliktlinien. Nur über eine gezielte Kaderpolitik des Präsidenten, durch Rückgriff auf Militärs, Sicherheitsdienste und andere Vertrauenspersonen konnten wichtige Schaltstellen in der Regierung, in den Regionen und föderalen Bezirken, aber auch in Konzernen und in den Parlamenten besetzt werden. Sie erklärt die hohe Präsenz von Militärs und Repräsentanten aus den Sicherheitsapparaten etwa in den Bundesministerien für Wirtschaft und Entwicklung, für Wissenschaft, Industrie und Technologie, für Kommunikation, für Presse und in der Justiz. Die Verdrängung oder Assimilation der aus der Zeit Boris Jelzins stammenden Machtelite ist bislang ebenso fehlgeschlagen wie die Integration neuer Machtgruppen, die im Zuge der dynamischen Wirtschaftsentwicklung der letzten fünf Jahre entstanden sind. Widersprüche zwischen den Fraktionen der Machtelite nahmen zu. Oligarchische Interessengruppen suchten, wie früher, einzelne Fraktionen der neuen Machtelite für sich zu gewinnen und gegen Gegner auszuspielen.

Restaurativer Konservatismus

statt Offenheit

Nach einer Zeit relativer Stabilität, die allerdings um den Preis des Stillstandes erkauft wurde und im letzten Jahr zur Verhärtung des Widerstandes mächtiger ökonomischer Einflussgruppen führte, steht das Modernisierungsprojekt vor seiner entscheidenden Umsetzungsphase. Neben der Reform des politischen Systems und der Verwaltung gehört dazu möglicherweise auch der Neuzuschliff der territorialen Gliederung Russlands. Dieser Umbau verlangt eine Fülle radikaler Eingriffe, gegebenenfalls auch die Veränderung der Verfassung und kann nur mit loyalen Mehrheiten in der Duma und im Föderationsrat auf den Weg gebracht werden. In diesem Kontext erhalten die Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2003 strategische Bedeutung. Als letzte Chance des Präsidenten, das Modernisierungsprojekt konzeptionell zu gestalten, zielt die Wahlkampfstrategie des Kreml denn auch darauf ab, die »Partei der Macht«, EDINAJA ROSSIA, zum Kristallisierungspunkt einer starken Mehrheit in der Duma werden zu lassen, die gegebenenfalls in der Lage sein würde, Verfassungsänderungen durchzusetzen. In seiner Ansprache an die beiden Kammern des Parlamentes vom 15. Mai 2003 sprach Präsident Putin diese Hoffnung offen aus und verband sie mit einem vagen aber bedeutenden Versprechen. Würde die erforderliche parlamentarische Mehrheit gewonnen, wäre ein gradueller Übergang zu mehr parlamentarischer Kontrolle über die Exekutive denkbar.

Die politische Realität stimmt bislang allerdings kaum mit den Zielen des Kreml überein. Die »Partei der Macht« verdient weder diesen Namen, noch hat sich EDINAJA ROSSIA zur zentralistischen Mehrheitspartei mit eigenem Profil und Programm gemauert. Ihre gesellschaftliche Funktion ist kaum erkennbar und in ihren Führungs-gremien reproduziert sich die alte Nomenklatura aus der Sowjetzeit. Als Instrument des Kreml mangelt es der Partei an einer

eigenen politischen Identität und programmatischer Ausstrahlungs- oder Mobilisierungskraft. Weiter geschmälert werden die ohnehin ungewissen Erfolgsaussichten durch das umtriebige Verhalten des mächtigen Chefs von JUKOS Mikhail Khodorkowskij. Dieser verkündete öffentlich, bei den kommenden Wahlen oppositionelle Parteien, nämlich JABLOKO, die Union der Rechten Kräfte/SPS und sogar die KPRF finanziell unterstützen zu wollen. Sein erklärtes Ziel ist es, einen starken progressiv-demokratischen Block von ungefähr 30 Prozent in der Duma zu schaffen, um unerwünschte Gesetze zu verhindern und ein parlamentarisches Gegengewicht zur Macht des Kreml zu bilden. Khodorkowskij steht für den Typ des modernen, dynamischen russischen Unternehmers, der Lichtjahre vom paternalistischen, in Produktion und Technologie verliebten »Roten Direktor« entfernt ist. Er plädiert für eine strikte Trennung von Staat und Wirtschaft, fördert basisdemokratische Organisationen der russischen Zivilgesellschaft (»Open Russia«) und kritisiert bürokratische Reglementierungen der Unternehmer, in denen er die treibende Kraft bei der Umgestaltung der alten Ordnung in den letzten Jahren sieht. Seine Positionen haben Khodorkowskij gefährlich nahe an die Tabuzone zwischen Politik und wirtschaftlicher Macht manövriert.

Im Gegensatz zu den Zielen des Kreml schreitet die »Oligarchisierung« von Teilbereichen der Politik voran. Auf der Ebene der nationalen Politik tritt diese Entwicklung in den Hintergrund, da die Protagonisten aus den bitteren Erfahrungen der Jelzin-Ära lernten und sich kaum noch persönlich um Positionen bemühen. Statt dessen besetzen ihre Repräsentanten viele hohe staatliche Ämter und halten etwa 17 Prozent der Sitze im Föderationsrat und der Duma. Auf der regionalen und munizipalen Ebene kontrollieren oligarchische Gruppen sogar zwischen 60 und 70 Prozent der Abgeordneten. Obwohl diese Machtelite heterogen und in

widersprüchliche Gruppen untergliedert ist, so stimmt sie dem Hauptziel, die Russische Föderation zu einem respektierten und wirtschaftlich gesunden wie politisch stabilen Staat der Weltgemeinschaft zu machen, generell zu. Es bleiben jedoch gravierende Differenzen über die Methoden und die Frage, wer letztendlich Träger des Modernisierungsprozesses sein soll. Neben Gruppen, die auf Effektivität, Pragmatismus und Internationalisierung setzen, stehen andere, die eine zentralistisch verfasste, reglementierte oder gar geschlossene Gesellschaft befürworten, autoritären Ordnungsvorstellungen anhängen oder sich primär wirtschaftsliberalen Gedanken verpflichtet fühlen. Dabei orientieren sich die Protagonisten zunehmend weniger an westlichen Vorgaben, sondern vertrauen auf die Fähigkeit, den Umbau des Landes allein zu schaffen. Die anfängliche Offenheit in der Politik ist einem restaurativen Konservatismus gewichen, der sich selbstbewusst, kühl-patriotisch geriert und sich, wie der Irak-Konflikt demonstrierte, nicht scheut, eigene Positionen konsequent zu verfolgen. Paradoxerweise hat die russische Politik genau dadurch an Statur und Berechenbarkeit gewonnen.

Das System der bürokratisch-oligarchischen Interessenabgleichung konnte nur so lange reibungslos funktionieren, wie die Gleichzeitigkeit und das Ineinandergreifen beider Prozesse, nämlich die Entstehung großer russischer Konzerne und ihre Internationalisierung, die Dominanz des Politischen respektierten. Diese Phase scheint vorbei. Die wirtschaftliche Macht und die Strategien der Konzerne führen zu neuen Konflikten mit der Bürokratie. Die korporatistische Herrschaftsformel, die uneingeschränkt seit der Jelzin-Ära galt und von Wladimir Putin bekräftigt wurde, entspricht heute nicht mehr der Realität. Alternativen scheinen dabei lediglich in der Anpassung an die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen oder der Fortschreibung mit repressiven Mitteln zu bestehen.

KAI EHLERS
**Vielvölkerstaat oder
Staat vieler Völker?**

Wer an Russland denkt, denkt an einen Vielvölkerstaat. Daran hat sich durch die Trennung der heutigen Russländischen Föderation von den Ländern der »Gemeinschaft unabhängiger Staaten« (GUS) nichts Wesentliches geändert. Auch in der heutigen Russländischen Föderation leben mehr als fünfzig, manche sagen, mehr als hundert Völker. Die Angaben hängen von den Kriterien ab, nach denen eine Gruppe von Menschen als Volk klassifiziert wird. In Sibirien und Fernost allein werden schon mehr als dreißig Völker gezählt, in dem kleinen Dagestan im Süden Russlands, leben Angehörige von rund fünfzig Sprachgruppen.

Aber heute spricht niemand mehr davon, dass die russisch-slawische Bevölkerung der Russländischen Föderation von ethnischer Überfremdung bedroht sei; sie stellt die unbestrittene Mehrheit der Einwohner des neuen Staates. Die ethnischen Mehrheitsverhältnisse im heutigen Russland sind derart eindeutig, dass sie in der vorläufigen Auswertung der letzten Volkszählung vom April 2002 nicht einmal erwähnt werden. Es scheint den Zählern offenbar ausreichend, diese Informationen später im Kleingedruckten noch nachzuliefern.

Einen herausragenden Platz in den Veröffentlichungen der vorläufigen Ergebnisse der Zählung nimmt lediglich die Behauptung ein, die tschetschenische Bevölkerung habe um ca. 300.000 Menschen gegenüber rund 800.000 bei der letzten Zählung in Tschetschenien von 1998 zugemommen. Das ist, bedenkt man den Verlauf der jetzt fast zehnjährigen Kriegsgeschichte, schlicht als dreiste Propaganda zu werten. Darin ist der Gesellschaft MEMORIAL und anderen Beobachtern vorbehaltlos zustimmen.

Reale Zahlen zur Gesamtlage der ethnischen Verhältnisse in Russland findet man in den Ergebnissen des Mikrozensus von 1994. Zu der Zeit, also drei Jahre nach der Trennung der gus-Länder von Russland, standen in der russischen Föderation einem russischen Bevölkerungsanteil von 83 Prozent 3,8 Prozent Tataren, 2,3 Prozent Ukrainer, 1,2 Prozent Tschuwaschen und 0,9 Prozent Baschkiren als nächst größere Bevölkerungsgruppen gegenüber. Die übrigen ethnischen Gruppen Russlands haben jeweils weniger als 0,7 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung, manche wie die Keten am oberen Jenissej zählen überhaupt nur einige hundert.

Dessen ungeachtet ist das kartografische Bild des heutigen Russland von autonomen Gebieten, Republiken und ganzen Landstrichen in der Größe Mitteleuropas oder noch größer durchsetzt, die nach nicht-russischen Völkern benannt sind. So die ethnischen Autonomen Republiken an der Wolga, allen voran Tatarstan, Tschuwaschien und Baschkortastan, dazu Utmurttien, Mordawien, El Mari. So im Kaukasischen über Tschetschenien hinaus auch Dagestan und Kalmückien, im südlichen sibirischen Raum die Republiken Altai, Tuwa, Burjätien, Chakasien, schließlich auch das fernöstliche Jakutien, um nur die wichtigsten zu nennen.

Allerdings stellt keines der Titularvölker in den nach ihnen benannten Gebieten oder autonomen Republiken heute die ethnische Mehrheit. Das gilt selbst für Tatarstan, die größte nicht-russische ethnische Republik der Russändischen Föderation, in der 48,5 Prozent der Bevölkerung Tataren, 43,3 Prozent Russen, der Rest Tschuwaschen, Ukrainer usw. sind. Besonders deutlich wird dieses Missverhältnis zwischen Titularvolk und realem Kräfteverhältnis in den Gebieten Sibiriens, die nach indigenen Völkern benannt sind. Im autonomen Bezirk der Jamal Nenzen und der Chanten und Mansen im Oblast Tjumen in Nord-

Westsibirien etwa machen die Titularvölker gerade einmal 4,2 bzw. 1,4 Prozent aus (In Zahlen: Chanten 22.521, Mansen 8.459; Nenzen 34.665).

»Heute die Tschetschenen, morgen wir«

Die Politik Wladimir Putins, der das Land nach seinem Amtsantritt quer zu allen gewachsenen Strukturen in sieben Verwaltungszonen einteilte und deren Chefs sich selbst direkt unterstellt, hat die Eigenständigkeit der autonomen ethnischen Bezirke und Republiken weit hinter das Maß zurückgestutzt, das sie nach der Auflösung der Sowjetunion erreicht hatten. 1991 hatten nicht nur die Tschetschenen, sondern auch die Tataren ihre Souveränität erklärt, die Jakuten hatten Moskau die Verfügung über ihre Ressourcen – besonders über ihre Diamantvorkommen – abgetrotzt; andere Völker kamen nicht soweit, entwickelten aber immerhin starke »nationale« Bewegungen, welche die unterschiedlichsten Teilverforderungen gegen Moskau durchsetzten. Selbst die kleinsten sog. kleinen Völker Sibiriens erlebten eine kurze Blüte einer ihnen gewidmeten Aufmerksamkeit, die sie vorübergehend aus dem Elend der Plattenbauten und der kulturellen Vergessenheit befreite. So hatten die Keten 1994 in Ohrem Dorm am Jenissej eine eigene Schule, in der sich eine junge russische Lehrerin abmühte, sechs Kinder in deren eigener Sprache zu unterrichten.

Inzwischen sind all diese »nationalen« Aufbrüche in den Alltag eines bürokratischen Clinches mit Putins neuer Administration übergegangen, der von Dr. Raffal Chakimow, dem politischen Ratgeber des tatarischen Präsidenten Schamijew so beschrieben wird: »Wir haben eine autoritäre, ziemlich scharfe Restauration, die ist näher am Leben als früher, weil es im Rahmen der Ministerien einen ziemlichen Druck gibt, vertikal. Aber die Bürokratie wächst und wächst und wächst; es entstanden



Foto: Reuters

Ausgelassener Präsident Putin bei Feiern in Tatarstans Hauptstadt Kasan, 2000.

hunderte neuer Unterabteilungen in den Ministerien, einfach fantastisch. Das bringt keine Stabilität, das ist ein einfacher parasitärer Vorgang. Tatarstan ist dafür vielleicht nicht besonders charakteristisch, aber selbst hier ist das offensichtlich. Wir haben 25 Ministerien. Wir haben jetzt schon mehr als 30 föderale Abteilungen. Und sie wachsen noch! Aber sie regieren nichts, denn wer regiert, ist der Präsident. Er verantwortet die Entscheidungen. Putin fragt Schamijew, wenn es um dieses Territorium geht. Faktisch behindern die neuen Ministerien die Arbeit nur. Uns kann man weniger behindern, wir haben ein ziemlich dichtes Kommando. Aber in anderen Regionen ist das natürlich schwieriger, dort ergibt sich daraus eine Destabilisierung, Verwirrung (russisch: *Putinitza*). Wenn Gelder mit der Administration kommen würden, dann könnte man sagen, es ist gut. Aber Gelder kommen nicht, sie fließen sogar weniger.«

Die Tataren hatten es 1991 immerhin geschafft, ein Sprachgesetz gegen Moskaus Widerstand durchzudrücken, das die Zweisprachigkeit der Republik verankerte. Heute wehrt sich Kasan gegen Beschlüsse der Moskauer Duma, die den Tataren mit der Begründung, die Benutzung der arabischen Schrift untergrabe die Sicherheitsinteressen der Russländischen Republik, dazu zwingen will, die arabische Schrift nicht mehr zu schreiben und sich wieder allein auf die kyrillische Schrift festzulegen.

Andere Völker haben nicht die Voraussetzungen sich zu wehren wie die Tataren. Schon die Tschuwaschen, nach den Tataren die nächst zahlreiche nicht-russische Volksgruppe im Herzen Russland an der Wolga gleich neben Tatarstan ducken sich vor der Moskauer Übermacht. Zudem wird das Vorgehen Wladimir Putins gegen Tschetschenien als demonstrative Warnung verstanden, was mit denen geschehen wird, die sich seiner Linie nicht unterordnen.

Wer aufmuckt, sieht sich in gefährliche Nähe der Terroristen gerückt. »Heute die Tschetschenen, morgen wir«, lautet daher inzwischen die oft gehörte Bestandsaufnahme aus den Kreisen, die nach wie vor an ethnischer Autonomie interessiert sind. Unter solchen Umständen gewinnt die »nationale Frage« in Russland heute erneut an Schärfe. Dabei wächst den Tataren naturgemäß eine führende Rolle zu.

In Kasan, der Hauptstadt Tatarstans treffen die beiden zahlenmäßig stärksten Religionsgruppen der Russländischen Föderation, Islam und orthodoxes Christentum, gleichstark aufeinander. Vier weitere islamisch geprägter Republiken an der Wolga schauen nach Kasan. Zwischen Kasan und den Ländern der gus, insbesondere Usbekistan, bestehen traditionell enge Beziehungen. Die Mehrheit der Kasaner, vor allem der tatarischen Muftis – hat zu Sowjetzeiten zusammen mit islamischen Geistlichen, die heute in den gus-Staaten die Islamische Renaissance leiten, die Islamische Universität in Usbekistan besucht. In Kasan setzt man sich intensiv mit den radikalen Formen des kaukasischen Islam auseinander. Zwischen 20 und 25 Millionen Moslem aus allen Teilen der russischen Föderation schauen heute auf Kasan. In Kasan entscheidet sich, ob die beiden Religionen friedlich miteinander in einem säkularen Staat existieren können, oder ob sie sich in fundamentalistischer Konfrontation zueinander entwickeln und dabei das gesamte gesellschaftliche Leben radikalisieren.

Die Renaissance des Euro-Asiatismus

In Kasan laufen auch die Linien der heute wieder erwachenden euro-asiatischen Orientierungen politischer Kräfte der Russländischen Föderation zusammen. Auch wenn Moskau aus administrativen und machtpolitischen Gründen der Sitz der beiden zur Zeit existierenden euro-asiatischen Parteien ist, ja, der stärkste Fürsprecher einer euro-

asiatischen Orientierung Russlands, nämlich Wladimir Putin, selbstverständlich von Moskau oder St. Petersburg aus spricht, so ist das wichtigste Aktions- und Rekrutierungsfeld des Euroasiatismus doch bezeichnenderweise immer wieder Kasan.

Kasan ist das historische, ethnische und kulturelle Zentrum der asiatischen Seite der russischen Geschichte. Kasan repräsentiert die tatarisch-mongolische, auch die nomadische Seite der russischen Geschichte, die bis heute für die meisten der nicht-russischen Völker der Russländischen Föderation ihr Herkommen beschreibt, auf dass sich ihre Traditionen beziehen, soweit sie noch erkennbar sind.

Kasan ist das ethnische Zentrum eines Gebietes zwischen Wolga und Ural, dessen Völker sich im Lauf der russischen Geschichte immer wieder in blutigen Aufständen gegen die Vorherrschaft Moskaus zur Wehr setzten. Als »Udel Ural«, wie Wolga-Ural im Tatarischen genannt wird, geistert die Vision eines eigenständigen Kulturrasms der nichts-slawischen Völker seit dem Ende des Zarentums durch den politischen Untergrund Russlands; mit Einsetzen der Perestroika trat sie als Forderung nach Bildung eines freien »Udel-Ural«, für die aktiv in den »nationalen« Kulturzentren und Bewegungen der Wolgavölker geworben wurde, offen in die politische Landschaft. Völker anderer ethnisch kompakter Gegenden lehnten sich an diese Vorstellungen an. Treffen, Kongresse, Konferenzen zur Verwirklichung dieser Vorstellungen, an denen Delegierte aus dem Wolgar Raum, aus dem Kaukasus, aus Sibirien und aus Fernost teilnahmen, fanden in den Jahren 1990, 1991 und 1992 in Kasan statt.

Heute sind die politischen Forderungen nach Verwirklichung einer freien Gemeinschaft der Völker »Udel Urals« wieder zurückgesunken auf die Träume einiger weniger Aktivisten. Die Dynamik, die sich in diesen Bewegungen äußert, reicht je-

doch dafür aus, zwei gesamt russischen euro-asiatischen Parteien gleichzeitig die Existenz zu ermöglichen, wobei die eine einen anti-russischen, die andere einen russisch-hegemonialen Ansatz verfolgt, das heißt, die eine will die Völker Euro-Asiens ohne die Russen, die andere will sie unter ihrer Vorherrschaft zusammenführen.

Im Euro-Asiatismus laufen zwei widersprüchliche Linien zur Lösung der Vielvölkerfrage Russlands quer zueinander, imperialer Zentralismus und föderaler, ja anarchischer Pluralismus. Zwischen beiden Extremen, aber nicht minder deutlich und von beiden Seiten zum Beweis der eigenen Bedeutung zitiert, steht Staatspräsident Putin mit seiner Position, die er zu seinem Regierungsantritt äußerte und seitdem in verschiedener Form immer wieder erneuert: »Russland hat sich immer als euroasiatisches Land gefühlt. Wir haben nie vergessen, dass ein grundlegender Teil unseres Territoriums sich in Asien befindet. Die Wahrheit ist, das muss man ehrlich sagen, dass wir dieses Vermögen nicht immer genutzt haben. Ich denke, jetzt ist die Zeit gekommen, dass wir zusammen mit den Ländern der asiatisch-pazifischen Region von den Worten zur Tat schreiten – die Wirtschaft entwickeln, politische und andre Verbindungen. Alle Voraussetzungen dafür sind im heutigen Russland gegeben. Die volle Beteiligung Russlands an der gegenseitigen Wirtschafts-Entwicklung des asiatisch-pazifischen Raumes ist natürlich und unausweichlich. Ist doch Russland ein ganz eigener Knoten der Integration, der Asien, Europa und Amerika miteinander verbindet.«

Der Ort, an dem euro-asiatisches Gedankengut am nachhaltigsten gedeiht, wo Konferenzen dazu stattfinden, bei denen auch Wladimir Putin zitiert wird, ist auch unter Wladimir Putins Präsidentschaft wieder Kasan. Wer wissen will, wie Russland Problem der Völkervielfalt regelt, schaut also nach Kasan.

JUTTA SCHERRER
Großmacht Russland
Neue/alte Geschichtsbilder

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der hiermit verbundene Verlust des Status einer Supermacht, den ihr Nachfolgestaat, die Russische Föderation, verkraften muss, hat ein bedeutendes Wiedererwachen des Interesses am historischen Russland bewirkt. Angesichts der aus dem Umbruch resultierenden Krise der russischen Gesellschaft erwachte bei nicht wenigen Russen eine Nostalgie nach dem verlorenen »Imperium«. Diese nach rückwärts gewandte Utopie ist jedoch nicht unbedingt mit einer Nostalgie nach der kommunistischen Doktrin oder gar den totalitären oder autoritären Strukturen des stalinistischen Russland identisch. Das neue Geschichtsbild, um nicht zu sagen die neue Geschichtskultur orientiert sich bereits seit dem Ende der Perestrojka an der Epoche des zaristischen Russland. Das von der marxistisch-leninistischen Ideologie diffamierte Imperium der Romanovs wurde in der Folge der Umkehrung der Wertvorstellungen nicht nur mit neuen Augen gesehen, sondern geradezu als »heile Welt« glorifiziert. Für Lenin und Stalin war das Imperium ein historisches Stigma, und schon deshalb durfte im offiziellen sowjetischen Diskurs niemals die Rede von der Sowjetunion als Imperium sein. Nach der »Wende« Ende 1991 erhoben besonders nostalgische Kreise (vor allem Ultronalistionisten und zum Nationalpatriotismus gewendete Kommunisten) das verlorene Großreich und die einstige Supermacht Sowjetunion posthum in den Rang eines Imperiums – eine Definition, die bisher nur die westliche Historiographie und Politologie verwendet hatten – nicht zuletzt, um den unvermeidlichen Zusammenbruch der Sowjetunion auf Grund nationaler Faktoren vorauszusagen. Ronald Reagans »evil empire«, das sich auf die Sowjetunion mit ihrem Satellitensystem bezog, war primitiver Auswuchs dieser Argumentation.

Nationalistische und kommunistische Kreise beriefen sich nach dem Zerfall der Sowjetunion sogar auf die historische Kontinuität zwischen dem Imperium der Romanovs und dem »Imperium« der Sowjets. Ihre neue Erinnerungspolitik sollte vor allem dem Ziel dienen, die seit 1991 unabhängigen ehemaligen Sowjetrepubliken »heim ins Reich« zu holen – mit friedlichen Mitteln, versteht sich.

Renaissance der »vaterländischen Geschichte«

Die Buchhandlungen in Moskau, St. Petersburg und der Provinz überbordeten seit Jahren an Literatur über die Geschichte Russlands und des russischen Staates. Bereits zur Zeit der Perestroika waren Neuauflagen der von der Sowjetideologie geschmähten großen Historiker des 19. Jahrhunderts erschienen, die wie N. M. Karamzin oder die Vertreter der »staatlichen Schule« im großrussischen Staat den Hauptakteur der Geschichte Russlands sahen. Mehr als ein Jahrzehnt nach dem von Gorbatschow verkündeten »neuen Denken« und nach den Publizisten, die die kurz zurückliegende, sozialistische Vergangenheit im Visier hatten, machten sich Historiker des akademischen Establishments (das der Paradigmenwechsel im Unterschied zu anderen postkommunistischen Gesellschaften in seiner Substanz nicht erschüttert hatte) an die »vaterländische Geschichte«. Die neuen Produktionen stammen häufig aus der Feder nationalistisch gewendeter, vormals kommunistischer Historiker wie Andrej Sacharov, der als Direktor des von »sowjetischer« in »vaterländische« Geschichte umbenannten Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften eine russozentristische Geschichtsschreibung proklamiert, die Russland als Großmacht zu rehabilitieren sucht. Ein Zugang, der den polyethnischen, multikulturellen Charakter des russischen Imperiums weitgehend ausspart.

Allein bis zum Jahre 2000 erschienen an die 1.200 neue russische Geschichtsbücher (verglichen mit 139 Titeln im Jahre 1990). Wer aber kauft diese unzähligen Geschichten Russlands und des russischen Staates, die der Buchmarkt so wohlfeil anbietet? Und wer liest sie? Sind sie tatsächlich nur für den postkommunistischen, postsowjetischen Geschichtsunterricht bestimmt? Die soziale Nachfrage, ihre Popularität bei einem weit über den Schulbedarf hinausgehenden größeren Publikum erklärt sich nicht zuletzt durch den oft als Qual erlebten russischen Alltag, der das schwache Staatswesen nur allzu offenkundig macht. Die bohrende Frage nach der Identität des postsowjetischen Russland, das gebrochene Selbstverständnis seiner Bürger wird gleichsam durch die »Erinnerung« an die historische russische Großmacht und den starken russischen Staat kompensiert.

Die politische Führung setzt bewusst auf das Selbstverständnis der Großmacht als Leitfaden des neuen Russland. 1996, nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten der Russischen Föderation, ließ Jelzin einen Wettbewerb zum Thema »Eine Idee für Russland« – »Wohin gehen wir?«, »Wer sind wir?« ausschreiben. Es ging um eine Staatsidee für das postsowjetische Russland, die Jelzin für die »Wiedergeburt Russlands« und die nationale Identität mobilisieren und in die Kontinuität mit der vorrevolutionären Geschichte Russlands stellen wollte. Den Nachweis dieser Kontinuität sollte auch die 1998 von Jelzin zum Staatsakt inszenierte Beisetzung der wiedergefundenen Überreste des letzten Zaren Nikolaus II. und seiner Familie symbolisieren. »Beim Aufbau eines neuen Russland müssen wir uns auf eine historische Erfahrung stützen«, hob Jelzin in seiner Ansprache hervor; »viele glorreiche Seiten in der Geschichte des Vaterlands sind mit dem Namen Romanov verbunden«. Nemcov, Tschubajs und andere »Reformer« und

»Demokraten«, die dem Präsidenten zuarbeiteten, bezeichneten die Kontinuität mit dem zaristischen Russland als »Staatsräson« und beriefen sich auf die Traditionen der russischen »Machtstaatlichkeit«. Es war als ob diese vom postsowjetischen Russland propagierte, »Rückkehr in die Geschichte« die sowjetische Periode aus der neuen »kollektiven Erinnerung« auszuklammern suchte. Die im Sommer 2000 von der Russischen Orthodoxen Kirche vollzogene Heiligsprechung des letzten Zaren und seiner Familie fügte sich bestens in das Konzept der staatlichen Restauration ein: der Heilige Zar folgte als nationales Symbol dieser Erinnerungsstrategie. Die russische Orthodoxie selbst stellt wie einst den Kern des russischen Patriotismus dar.

Wie Jelzin sucht auch Putin eine verbindliche nationale Idee – die »russische Idee« –, um die Spaltung von Staat und Gesellschaft zu überwinden. Doch im Unterschied zu seinem Vorgänger tut er sich mit der sowjetischen Vergangenheit nicht schwer. »Weder mit meinem Herzen noch mit meinem Kopf kann ich akzeptieren, dass unsere Mütter und Väter umsonst gelebt haben«. Mit Worten wie diesen rechtfertigt er die Wiedereinführung der Melodie der 1943 von Stalin beorderten und von Jelzin abgeschafften Sowjetlyriken wie auch die Beibehaltung des Mausoleums. Dessen Hausherrn auf einem Friedhof beizusetzen, wie Lenin in seinem Testament festgelegt hatte, würde »für eine ganze Generation bedeuten, ihr Leben umsonst gelebt zu haben«.

Putin appelliert in einem Atemzug an die Errungenschaften der Sowjetära und die traditionellen russischen Werte wie Patriotismus, Glauben an Russlands Größe, den starken Staat und den Kollektivismus (im Gegensatz zum westlichen Individualismus). Unter seiner Präsidentschaft braucht die kommunistische Vergangenheit nicht mehr aus der historischen Erinnerung ausgeklammert zu werden. Der Patriotismus bringt die sowjetische Vergan-

genheit, besonders was den starken Staat angeht, ins kollektive Gedächtnis und damit in die Linie historischer Kontinuität zurück. Das im Jahre 2001 von Präsident Putin geforderte neue, für alle Schüler verbindliche Geschichtslehrbuch sollte dem Zweiten Weltkrieg und den Verdiensten der russischen Generäle eine angemessene Würdigung als bisher zukommen zu lassen. Doch darüber hinaus geht es vor allem darum, der Beliebigkeit von Geschichtsbildern, die der Markt wohlfeil hält, wieder eine einheitliche Vorstellung der russischen Vergangenheit entgegenzusetzen. Hiermit soll das nationale Gemeinschaftsgefühl gestärkt und die nationale Eigentümlichkeit untermauert werden. Auch Alexander Solschenizyn sprach sich in diesem Zusammenhang gegen das »Chaos« – in anderen Worten die Vielzahl – der Bewertungen der historischen Ereignisse aus und forderte eine klar umrissene, deutliche historische Einstellung.

Die Sommeruniversität in Saratov

Während der Großteil der Historikerzunft dem offiziellen Diskurs über das Selbstverständnis der Großmacht Russland zuarbeitet und für die postkommunistische Erinnerung Symbole und Mythen in der länger zurückliegenden Vergangenheit sucht und dafür Traditionen »erfindet«, sind es besonders Historiker der jüngeren und mittleren Generation, die den Paradigmenwechsel mit neuen Methoden, Interpretationen und Themen konkretisieren. Eines der überzeugendsten Beispiele hierfür ist ein Unternehmen der im Süden Russlands, an der unteren Wolga gelegenen Universität Saratov. In Form von regelmäßig abgehaltenen Sommeruniversitäten wird hier den Strukturen und Organisationsformen des vorrevolutionären russischen Imperiums nachgegangen. Russland soll bewusst aus der Stereotypisierung der Geschichte herausgeholt werden und sich dem Vergleich mit anderen Imperien (wie dem habsburgischen oder os-

manischen) stellen. Die Teilnehmer dieser von der SOROS-Stiftung finanzierten Sommeruniversität sind nur im übertragenen Sinne »Studenten«: Alle dreißig unterrichteten als Assistenten oder Lektoren an historischen Fakultäten in Russland oder den vormaligen Sowjetrepubliken. Die Dozenten, die zu den besten Vertretern der neuen russischen Geschichtswissenschaft gehören, haben wie Velichan Mirzechanov oder Anatolij Remnev aus den regionalen Universitäten in Saratov und Omsk (in Sibirien) erstklassige Zentren historischer Forschung gemacht oder sind, wie der Leiter des Unternehmens Alexej Miller – der brillanteste Kopf der Gruppe –, von der hauptstädtischen Historikerzunft marginalisiert worden.

In einem ehemaligen sowjetischen Eisenbahnersanatorium am hohen Ufer der Wolga finden über zwei Wochen lang *non stop* Vorlesungen und Seminare statt, vor allem aber Gespräche bis tief in die Nacht. Kein freies Wochenende, kein Ausflug in die Umgebung unterbricht die arbeitsbesessene, enthusiastische Tätigkeit, sondern nur zeitweilig das kurze Eintauchen in die Mutter aller russischen Flüsse. Die Wolga ist hier so breit, dass bei diesigem Wetter das gegenüberliegende Ufer kaum sichtbar ist. Der westliche Ausländer, der schon beim Anflug über das kaum besiedelte Gebiet einen ersten Eindruck von der Weite und Größe des russischen Raums erhielt, kann sich vom wahrhaft majestätischen Bild der Wolga nicht losreißen. Die Kollegen aus Sibirien lächeln nur, sie kennen imposantere Flusslandschaften mit anderen Dimensionen.

Dass man bei Unterkunft und Verpflegung in jeder Hinsicht die sowjetische Tradition verspürt, stört nicht weiter. Fast im Gegenteil. Erinnert sie doch daran, wo die Teilnehmer herkamen, an das Erbe, mit dem sie bis heute zu tun haben und umgehen müssen. Denn werden in der Sommeruniversität die neuesten Methoden der historischen Forschung und historischen Kompa-

ristik angesprochen, so ist das kein Ziel *per se*. Immer wieder fragen die jungen Geschichtslehrer danach, wie diese Erkenntnisse in die traditionellen, vom Ministerium für Bildung festgelegten Lehrpläne einzu bringen; wie den jeweiligen Dekanen oder übergeordneten Professoren, die die Kontrolle über das historische Narrativ ausüben, die neuen Gesichtspunkte, Theorien und Methoden plausibel zu machen sind, bevor sie an die Studenten vermittelt werden »dürfen«: Es war kein einzelner Akteur, weder der Staat noch eine bestimmte ethnische Gruppe, die die imperiale Geschichte machten.

Die polyethnische, multikulturelle Perspektive hat sich an den russischen historischen Fakultäten bisher kaum durchgesetzt. Ganz zu schweigen von den ehemaligen Sowjetrepubliken, deren historisches Narrativ in erster Linie ein essentialistischer Diskurs ihrer eigenen Historie und Historiografie ist.

Im Kontext der Suche nach Selbstbehauptung von Russlands Größe böte sich das Thema des Imperiums zur Dekonstruktion eines Mythos gleichsam wie von selbst an. Doch den Projektleitern geht es keineswegs um das Wegwischen empirisch nachweisbarer Fakten. Die Existenz des autokratischen russischen Imperiums soll nicht bestritten werden. Doch es gab andere Imperien, mit denen sich Russland vergleichen lässt. Eine Analyse der Strukturen imperialer Politik, der Wechselbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie und der interethnischen Kontakte, der Dynamik der Geografie der Macht, der multinationalen und multikonfessionellen Komponente, der Rolle der Sprache, der lokalen Eliten und Akteure, vor allem aber der Modernisierung sollen zu diesen Vergleichen führen. Dann würden auch die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Verständnisse von Eigenständigkeit (*samobystnost'*) und Russizität (*russkost'*) relativiert, auf die der offizielle postsowjetische Diskurs zur Identitätsfindung des neuen Russland nun wie-

der zurückgreift. Mit anderen Worten: Die Geschichte Russlands wäre nicht länger ein »Sonderfall«. Vielleicht ließe sich auf der Grundlage dieser Kenntnisse, die in Saratov in den nächsten drei Jahren (der Dauer der Sommerschule) konsolidiert werden soll, am Ende sogar die Frage klären, ob die Sowjetunion ein Imperium neuer Prägung oder nur ein Nachfolgestaat des zaristischen Reiches war, dem es zwar gelang, den größten Teil der Peripherie zu bewahren oder gar zu vergrößern – aber doch nur für einen (historisch gesehen) kurzen Zeitraum von siebzig Jahren.

**GESPRÄCH MIT
CHRISTINA WEISS**
**»Aus diesen Begegnungen
wird viel Neues entstehen«**

Die »Deutsch-Russischen Kulturgegegnungen« 2003/2004 werden als wichtiger Meilenstein des kulturellen Austausches beider Länder gesehen. Ein knappes Jahr nach ihrem Amtsantritt gibt die Staatsministerin für Kultur und Medien, Christina Weiss, Auskunft über das Projekt, über Kulturpolitik in Zeiten der EU-Osterweiterung und über die Bedeutung ihres Amtes. Mit der Ministerin sprach Elke Schubert in Berlin.

NG/FH: Frau Weiss, Ihre Vorgänger Michael Naumann und Julian Nida-Rümelin haben es jeweils zwei Jahre im Amt ausgehalten, um sich dann anderen Tätigkeitsfeldern zuzuwenden. Wie sieht bei Ihnen die Prognose aus?

Christina Weiss: Sicher ist es ein Vorteil, dass ich in zehn Jahren als Hamburger Kultursenatorin auch Beharrlichkeit trainiert habe. Wenn ich ein Amt beginne, dann führe ich es auch zu Ende. Alles andere halte ich für problematisch, aber es gibt auch Sonderfälle, wo man dann anders entschei-

den muss. Ich habe mich 1991 dazu durchgerungen, in ein Amt zu gehen, um Kulturpolitik zu gestalten. Und diese Entscheidung ist noch immer gültig.

NG/FH: Michael Naumann gilt als Kosmopolit und war vielleicht deshalb für die Einführung des Amtes ideal. Julian Nida-Rümelin war der Intellektuelle. Sie werden als Pragmatikerin wahrgenommen, was ja angesichts leerer Kassen und der Bedeutung von Kultur ein Vorteil sein kann. Was unterscheidet Sie inhaltlich und konzeptionell von Ihren Vorgängern?

Weiss: Das müsste man in jedem Einzelfall klären. Ich führe zwar nicht alles fort, es gibt aber auch Grundzüge der Kontinuität. Man kann nicht bei Null anfangen, sondern baut immer auf dem auf, was Vorgänger hinterlassen haben, so wie wir immer noch auf ganz persönliche Entscheidungen eines Bundeskanzlers aufbauen, der sehr lange im Amt war und sich häufig nach eigenem Gusto für bestimmte Kulturförderungen eingesetzt hat, die in seinem Innenministerium realisiert wurden. Dass diese Kontinuität immer gleich mit dem Etikett Pragmatismus versehen wird, erstaunt mich, weil ich eigentlich von der Ausbildung her aus der Kunsttheorie komme, aber gerade deshalb bin ich ganz zufrieden, wenn man mich Pragmatikerin nennt.

Wenn ich mich entschieden habe, das Amt eine Legislaturperiode lang auszuüben, kann ich sehr zu dessen Profilierung beitragen. Die Beantwortung der Frage, was Bundeskulturpolitik ist, wie man sie in diesem föderalen System profilieren kann, ist sicher die entscheidendste Aufgabe dieser Legislaturperiode. Am Ende wird klar sein, ob dieses Amt bleibt oder nicht.

NG/FH: Die Entscheidung, Sie ins Amt zu rufen, ist im letzten Jahr von allen Seiten begrüßt worden. Doch in letzter Zeit sind Sie des öfteren angegriffen worden. Beispielsweise hat Michael Naumann in der ZEIT einen harschen Artikel über den »Eckpunkte-Entwurf« für die Zusammenlegung



Ministerin Christina Weiss: »Russland und Deutschland haben eine gemeinsame kulturelle Tradition jenseits der Beutekunst-Debatte.«

der Kulturstiftungen des Bundes und der Länder geschrieben. Das Vorhaben ist dann auch am Einspruch Bayerns gescheitert. Für Naumann ist der Entwurf ein »neues bürokratisches Monstrum des Föderalismus«, ein Beleg dafür, »dass deutsche Kulturpolitik in erster Linie von Politik handelt ... und nur am Rande von Kultur«.

Weiss: Da muss ich vehement widersprechen! Mit dem »Eckpunkte-Papier« haben zwei »verfeindete Bürokratien«, so ist es im Bundestag bezeichnet worden, versucht, einen Weg zum Konsens zu finden. Deswegen liest sich das Papier in der Tat sehr steif und sehr juristisch. Aber seine Intention und seine Regeln waren wirklich in Ordnung. Wir hatten auf beiden Seiten genügend Spielräume, um uns in die Lage zu versetzen, im Praxisfall gut zu kooperieren. Das Papier war bis auf die letzte Provokation, dem Vetorecht, das nicht akzeptabel ist, eine gute Basis für eine solche Kooperation. Wir hatten unser Angebot bis ins De-

tail entwickelt und sind den Ländern entgegengekommen, aber im Rahmen dessen, was für uns auch zulässig ist. Jetzt können wir im Grunde neu beginnen oder uns darauf verständigen, dass wir nicht fusionieren.

NG/FH: Wie schätzen Sie die Bedeutung Ihres Amtes ein? Was würden Sie als Kultur definieren? Sie wird ja häufig an anderen Ressorts gemessen und verliert, zumindest in der öffentlichen Diskussion. Soziales, Gesundheit und vor allem Arbeitsmarktpolitik scheinen angesichts der aktuellen Lage wichtiger zu sein. Kann man sich Kultur nur in guten Zeiten leisten?

Weiss: Zunächst einmal zur Bedeutung des Amtes: Es war natürlich ein ungeheuer wichtiger Schritt in der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dieses Amt auf Bundesebene einzurichten. Kultur ist ein sehr wichtiges politisches Thema, vor allem für den Standort Deutschland und in allen Bereichen, die die EU be-

treffen. Denn zur Kulturpolitik – das Amt umfasst ja Kultur und Medien – gehört eine ganze Reihe von Fragen, die für die Zukunft geklärt werden müssen: beispielsweise Urheberrechtsfragen für Künstlerinnen und Künstler, allgemeine wirtschaftliche Regelungen, die zugleich die Kulturwirtschaft betreffen – also hochpolitische Themen, die gar nicht auf die Länderhöheit einzugrenzen sind. Insofern ist die Bedeutung der kulturellen Debatte für die Gesellschaft und die Politik insgesamt erkannt worden.

Mein Kulturbegriff ist weit gefasst. Ich teile Václav Havels Position, nach der die Kultur ein Regelwerk des Miteinanders in einer Gesellschaft ist. Es fängt bei den Werten an, geht über den Respekt vor dem Anderen, betrifft unser gesellschaftliches Verhalten, aber auch das zur Umwelt, unsere Einstellung zur Stadt, und endet mit der Frage, wie wir in einer Gemeinschaft leben. Das sind kulturelle Fragen, die aber nicht ausschließlich das Ressort der Kulturpolitik betreffen. Kulturpolitik ist eindeutig eine Querschnittsaufgabe. Deshalb besitzt dieses Amt eine Sonderstellung im Kabinett und ist beim Bundeskanzler angesiedelt. Das ist positiv zu werten, denn es gibt immer wieder Fragen, die eigentlich in einem anderen Ressort geklärt werden müssen, bei denen man sich aber einmischen muss. Gerade beim Thema Urbanität ist das entscheidend: Wie bauen wir, wie gestalten wir gemeinschaftliche Räume, wie leben wir miteinander, was für eine Bewusstseinshaltung, welches Wertesystem liegt dem zugrunde?

Wir haben zudem die Verpflichtung, bei allen Gesetzesentwürfen schon im Entstehungsstadium zu prüfen, inwieweit sie »kulturverträglich« sind. Die Auswirkung von Gesetzen auf die Kultur ist in der Vergangenheit oft zu spät erkannt worden. Beispielsweise bei der Ausländerbesteuerung: Alle haben an die Sportler gedacht und keiner an die Opernstars und den Musikbereich, der in seiner Weise so interna-

tional ist wie der Sport. Jetzt haben wir die Chance, im Entstehungsprozess von Gesetzen einzugreifen.

NG/FH: Ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit mit anderen Ministerien sind die *Deutsch-Russischen Kulturgegungen 2003/2004*, die auf deutscher Seite von der Beauftragten für Kultur und Medien (BMK) zusammen mit dem Auswärtigen Amt ausgerichtet werden. Es finden bundesweit zahlreiche Veranstaltungen statt: Konzerte, Ausstellungen, Filme, Theater- und Ballettaufführungen, Tagungen und Festivals, sowohl in Deutschland als auch in Russland. Was sind die Ziele des Projektes?

Weiss: Ich halte das für ein sehr wichtiges Projekt, weil es sich ganz klar an beide Länder wendet und darauf abzielt, irgendwann einmal von der ständigen »Beutekunst«-Debatte auch in eine andere kulturelle Beziehung treten zu können. Für den neu definierten Europabegriff ist das von großer Bedeutung, auch wenn Russland nicht zu den Beitrittsländern gehört, aber das Umfeld verändert sich. Auch in Russland hat man registriert, dass in den langen Jahren des Eisernen Vorhangs zwischen uns das kulturelle Verständnis sehr gelitten hat. Russland und Deutschland haben eine gemeinsame kulturelle Tradition, wir haben viele Berührungs punkte in der Kulturgeschichte, die oft durch Vorurteile überlagert sind. Die einzige Chance, einen neuen Zugang zum gegenseitigen Verstehen zu schaffen, ist die Begegnung in kulturellen Projekten, die gemeinsam entwickelt und gemeinsam durchgeführt werden. Wir wollten keine fertigen Veranstaltungen, die man sich gegenseitig anbietet, um zu zeigen, was man hat.

In Deutschland hat dieses Konzept ganz interessante Auswirkungen in der Hinsicht, dass in diesen mehr als 450 Veranstaltungen quer durch die Regionen auch russische Künstlerinnen und Künstler auftreten, die schon lange hier leben. Der

Blick auf die eingewanderten russischen Nachbarn verändert sich, wenn sie sich in der Öffentlichkeit präsentieren. Das ist eine wichtige Begegnung, die den Dialog fortsetzt. Ich habe zudem bei meiner früheren Tätigkeit die Erfahrung gemacht, dass bei einer Beteiligung von Künstlern immer auch neue Projekte entstehen. Wir haben sehr viel Geld investiert, damit diese zwei Jahre zustande kommen. Aber wir können davon ausgehen, dass aus diesen Begegnungen eine Menge neuer, selbstverständlicher Initiativen entstehen werden. Bei meinem letzten Treffen mit dem polnischen Kulturminister haben wir darüber gesprochen, mit Polen eine ähnliche Veranstaltungsreihe durchzuführen.

NG/FH: Welche Veranstaltungen wurden denn gemeinsam entwickelt? Waren das Projekte von deutschen und russischen Künstlern?

Weiss: Praktisch alle. Wir präsentieren die ganze Bandbreite. Es gibt natürlich Gastspiele, aber auch Konzertprogramme in kleineren Festivals, wo ortsansässige Orchester Werke russischer Komponisten spielen oder, wie gesagt, viele Künstler, die in Deutschland leben, die russischen Projekte vorstellen. Es gibt viele Arten von Veranstaltungen, beispielsweise über das junge russische Kino, zu denen selbstverständlich auch die Regisseure kommen. Die Frankfurter Buchmesse hat in diesem Jahr den Schwerpunkt Russland. Wir werden eine Reihe russischer Autoren einladen und kennenlernen. Sie lesen hier und stellen sich dem Gespräch, auch kritischen Fragen, und werden ihr Land beschreiben und kommentieren. Dieser kulturelle Austausch ist sehr lebendig und geht in seiner Wirkung weit über so etwas Statisches wie das Bernsteinzimmer hinaus. Man kann sicher sein, dass daraus sehr viel entsteht.

NG/FH: Zu den Höhepunkten der Kulturbegrenzungen gehört die Ausstellung *Berlin-Moskau, Moskau-Berlin 1950-2000*, die ab September in Berlin und im nächsten Jahr

in Moskau gezeigt wird. Gibt es eine spezielle Beziehung zwischen Moskau und Berlin, die noch einmal besonders hervorgehoben werden soll?

Weiss: Sie ist ein Anschluss an die gelungene Ausstellung *Berlin-Moskau*, bei der es um die erste Hälfte des Jahrhunderts ging; hier beschäftigen wir uns mit der zweiten. Diese alte Kulturachse Paris-Berlin-Moskau war immer schon sehr lebendig und fruchtbar. Jetzt erfolgt eine Fortsetzung zu gestörteren politischen Zeiten, wir sehen eine Entwicklung in der Kunst, die unter sehr schwierigen Außenbedingungen entstanden ist. Es wird sehr spannend zu beobachten sein, wie Künstlerinnen und Künstler sich aktuell mit der jeweiligen politischen Entwicklung auseinander gesetzt haben.

NG/FH: Wie hat man sich das vorzustellen? Werden Werke von Berliner und Moskauer Künstlern ausgestellt?

Weiss: Rund 200 Künstler stellen ihre Werke aus und damit ihre persönliche Sicht der Dinge. Da gibt es viel zu entdecken, nicht nur bei uns, sondern auch in Russland. Es handelt sich nicht um staatskonforme Kunst, und die Ausstellung ist nicht chronologisch aufgebaut. Vielmehr wird ein Blick auf die wichtigsten künstlerischen Positionen der vergangenen fünfzig Jahre geworfen. Die Metropolen Berlin und Moskau stehen quasi als komprimierte Version einer Beziehung zwischen den beiden Ländern: auf der einen Seite die Sowjetunion und die Russische Föderation, auf der anderen Seite die Bundesrepublik und die DDR. Die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen spielen zwar eine wichtige Rolle, aber die Kunst, die unter diesen Bedingungen entstanden ist, steht natürlich im Mittelpunkt. Der Kunstabegriff wird zu einer Frage des Inhalts. Neben international anerkannten Künstlern werden vor allem Werke unbekannter Künstler erstmals in einer Ausstellung zu sehen sein, um die Besucher mit neuen Beziehungsmustern beider Städte zu konfrontieren.

Es gab ein deutsch-russisches Kuratorium, das die Auswahl getroffen hat. Für uns in Deutschland ist es in erster Linie russische Kunst, die es zu entdecken gilt, aber auch in Russland selbst gibt es Nachholbedarf bei der Wiederentdeckung der alten unauslöschlichen Liebe Moskau-Berlin. Diese hat immer in der Politik und Kunst polarisiert, und auch die inhaltliche gegenseitige Beeinflussung sollte nicht unterschätzt werden.

NG/FH: In diesem Zusammenhang spielen die GOETHE-INSTITUTE in Russland eine wichtige Rolle. Eigentlich besteht ein großes Interesse an deutscher Kultur und Sprache, aber es gibt nur zwei Institute, eines in St. Petersburg und eines in Moskau. Und nur wenige Russen lernen dort Deutsch. Bestehen Chancen, an diesem Mangel etwas zu ändern? Damit zusammenhängend stellt sich die Frage nach der Zuständigkeit für die GOETHE-INSTITUTE, die ja im Außenministerium liegt. Wie ist Ihre Position zu der Diskussion, ob sie nicht besser in Ihrem Amt aufgehoben wären?

Weiss: Das ist schlicht und ergreifend bei der Schaffung des Amtes politisch nicht möglich gewesen. Die Beauftragte für Kultur und Medien war nie zuständig für die GOETHE-INSTITUTE. Aber es gibt eine enge Zusammenarbeit und viele Berührungspunkte. Die beiden GOETHE-INSTITUTE Petersburg und Moskau sind auch die Koordinationsstellen für das nächste Jahr, wenn die deutsche Kultur nach Russland geht. Insofern arbeiten wir auch bei den *Deutsch-Russischen Kulturgeggnungen* eng zusammen. Auswärtige Kulturpolitik fällt eindeutig in das Ressort des Auswärtigen Amtes, so dass ich die Frage nach mehr GOETHE-INSTITUTEN in Russland nicht beantworten kann. Es ist sicher wünschenswert, in jeder russischen Region ein Institut zu etablieren, aber man kann auch ein System bevorzugen, in dem es zwei ganz starke gibt, die ins Land ausstrahlen. Das müsste geprüft werden, entzieht sich aber meiner Kennt-

nis, weil ich in diese Diskussion nicht eingebunden bin.

NG/FH: Wie soll die zukünftige Kulturpolitik angesichts der EU-Osterweiterung aussehen? Mir scheint, dass erst einmal Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Es gibt etliche Stimmen, die den europäischen Gedanken durch den Beitritt von beispielsweise Polen verwässert sehen. Ist nicht gerade der Austausch von Kultur ein gutes Mittel, solche Bedenken zu zerstreuen?

Weiss: Ich bin den neuen Beitrittsländern sehr dankbar, weil sie alle – Polen an vorderster Stelle – sehr stark dafür plädieren, dass sich die erweiterte EU auf ihre gemeinsame europäische Kulturtradition gründet. Es handelt sich nicht um Länder, die dankbar sein müssen, dass sie endlich von Europa aufgenommen werden, vielmehr sind sie ein historischer Teil Europas. Sie fordern, sich nicht allein auf Wirtschaft und Sicherheit zu beschränken, und haben verstärkt dazu beigetragen, dass das Thema Kultur überhaupt in die europäische Verfassung aufgenommen wurde.

Ich finde die Debatte über die gemeinsamen Werte elementar. Was definiert Europa eigentlich? Europa kann nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft sein, es ist eine wirkliche Gemeinschaft, die sich aus einer kulturellen Tradition entwickelt hat. Es ist von erheblicher Bedeutung, dass man darüber auch spricht und ein europäisches Selbstbewusstsein entwickelt, das den Begriff der Freiheit, der Toleranz und Pluralität – kurz: die Ideen der Renaissance und der Aufklärung – mit einschließt. Dieses Erbe müssen wir wieder freilegen.

NG/FH: Sie sind in letzter Zeit öfter nach Polen gereist. Wie sieht eine Zusammenarbeit konkret aus?

Weiss: Wir haben eine ganze Reihe von Projekten mit Polen geplant oder gestartet, die durch die KULTURSTIFTUNG DES BUNDES finanziert werden. Eines der schönsten ist in Görlitz, wo polnische und deutsche Bewohner einmal im Monat zusammentreffen



Foto: Sonja Thräner

»Die Beantwortung der Frage, was Bundeskulturpolitik ist, wie man sie in diesem föderalen System profilieren kann, ist sicher die entscheidendste Aufgabe dieser Legislaturperiode.« Gesprächspartnerin: Elke Schubert.

und sich gegenseitig ihre Geschichte erzählen. Sie erzählen sie so, wie sie sie erinnert und erlebt haben. Diese Gespräche werden aufgezeichnet und als Buch herausgebracht. Ich verspreche mir davon ein überzeugendes Dokument vom Leben an der Grenze. Wie nehmen sich Menschen wahr, die zu unterschiedlichen Völkern gehören, aber eigentlich Nachbarn sind? Wie erinnern sie Erfahrung, die sie jeweils mit der anderen Seite gemacht haben? Solche Projekte verstärken wir, um auf die Spuren unserer gemeinsamen Tradition zu kommen. Dies soll auch im Rahmen eines größeren Programms, in den *Deutsch-Polnischen Kulturgeggnungen*, geschehen. Wir werden auch die Zusammenarbeit im Medienbereich verstärken, weil es selbstverständlich möglich sein muss, polnischen Rundfunk auch in Deutschland zu empfangen. Das ist eigentlich Ländersache, aber da kann ich insoweit mitwirken, weil es auch um Frequenzen für die DEUTSCHE WELLE geht.

NG/FH: Stichpunkt europäische Kulturinitiativen. Sie werden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Gibt es Ansätze europäischer Kulturarbeit in Ihrem Amt?

Weiss: Ein wichtiger Bestandteil meines Amtes ist gerade die Vertretung deutscher Kulturinteressen auf europäischer Ebene und das Netzwerk mit den europäischen Kulturministern. Wir sehen uns inzwischen nicht nur auf den regulären Sitzungen in Brüssel, sondern auch auf einer Reihe von informellen Treffen. Es gibt eine Fülle von gemeinsamen Aufgaben und Projekten, die europäische Filmförderung ist einer der aktuellsten Bereiche, auch für die Beitrittsländer. Wir müssen uns über das, was bisher zersplittet war, auseinandersetzen, die Filmförderungsmodelle waren bzw. sind völlig unterschiedlich. In der alten europäischen Gemeinschaft haben wir uns etwas angenähert, aber wir versuchen jetzt Modelle zu entwickeln, welche die neuen Länder übernehmen können, so dass sie nicht bei Null anfangen müssen.

b. Kultur

KERSTIN SCHNEIDER

Zwei Generationen – zwei Richtungen

Die Autorinnen Tatjana Tolstaja
und Irina Denežkina

Märchenerzähler, Tabubrecher und Satiriker: Kaum ein Land der Welt bietet eine so spannende Literaturszene wie Russland. Neben den realistischen Romanen des Traditionalisten Oleg Pawlow stehen die düsteren Geschichten des Avantgarde-Poeten Wladimir Sorokin. Hierzulande werden Puschkins und Tolstois Nachfahren jetzt nach und nach entdeckt. Autoren wie Viktor Pelewin, Ludmilla Ulizkaja und der in Frankfurt lebende Oleg Jurjew haben eine kleine, aber treue Fangemeinde.

Noch greifen die meisten Leser zwar lieber zu den fesselnden Kriminalromanen einer Polina Daschkowa und Alexandra Marinina oder gleich zu den großen russischen Klassikern. Doch spätestens mit der Frankfurter Buchmesse, auf der sich Russland als Gastland präsentiert, soll sich das ändern. Schon seit den Achtziger Jahren haben sich in Opposition zur Staatsdoktrin des vorherrschenden Realismus neue Formen und Inhalte in der Literatur entwickelt. Hinzu entstanden in den Neunziger Jahren im Zeichen der Perestroika über 20.000 Verlage, die 2002 fast 70.000 Titel publizierten. 170 Verlage und 100 Autoren sind zur Buchmesse in Frankfurt eingeladen.

Der in Frankfurt lebende Autor Oleg Jurjew, dessen Roman *Der neue Golem* oder *Der Krieg der Kinder und Greise* im Juli im SUHRKAMP VERLAG erschienen ist, sprach in einem Text zur Leipziger Buchmesse davon, dass in Russland derzeit mehrere Schriftstellergenerationen leben (dokumentiert ist der Aufsatz auf der Website des MITTELDEUTSCHEN RUNDFUNKS, www.mdr.de). Er spricht von der »Gleichzeitigkeit der Ungleichzei-

gen«. Die Autoren hätten sich nicht besonders viel zu sagen und gehörten eigentlich in vier Jahrhunderte. Jurjew glaubt, dass große Realisten wie der 1918 geborene Alexander Solschenizyn fassungslos vor den jungen Moskauer Slam-Poeten stünden. Zwischen diesen beiden Extremen sieht er die Generation der 35- bis 50-jährigen Autoren, die sich in Erben des Realismus der Sechziger und Siebziger, einer »neuen Avantgarde« und die »neue Moderne« aufspalten, letztere knüpfte an die Erfahrungen der Dreißiger Jahre an. Die Vielfalt und Komplexität der Richtungen erschwere die Wahrnehmung eines Gesamtbildes der russischen Literatur. Diese wird auch die Buchmesse nicht leisten können, obwohl die deutschen Verlage fast siebzig Übersetzungen neuer und klassischer Literatur auf den Markt bringen werden, ergänzt durch mehr als zwanzig Sachbücher russischer und deutscher Autoren.

Mit der eigenen Stimme schreiben

Zwei Autorinnen lassen sich exemplarisch für zwei Generationen und für zwei verschiedene Richtungen in der russischen Literatur vorstellen: Tatjana Tolstaja und Irina Denežkina. Schon im Sommer konnte man Tatjana Tolstaja als Romanautorin entdecken. Ihr Erzählband *Stelldichein mit einem Vogel* galt Ende der Achtziger Jahre in Deutschland als literarische Sensation. Doch erst spät hat sich die populäre russische Autorin an ihren ersten Roman gewagt: *Kys* wurde 2001 allein in Russland 200.000 Mal verkauft. In Großbritannien und den USA verglich man Tolstajas Werk mit den Klassikern Gogol und Nabokov. Tolstaja, die über zehn Ecken mit dem weltberühmten Schriftstellers Leo Tolstoi verwandt ist, findet solche Vergleiche völlig überflüssig, wie sie bei einem Besuch in Leipzig erklärte: »Wenn man fantastische Geschichten schreibt, sagen die Kritiker, man schreibe wie Gogol, verfasst man Kurzgeschichten, sagen sie wie Tschechow.



Foto: gezeit.de

Tatjana Tolstaja: »Was ist schon Realität? Sie existiert doch gar nicht.«

Ich will lieber in meiner eigenen Stimme schreiben.«

Wer die zupackend wirkende Autorin vor sich sieht, kann sich kaum vorstellen, dass märchenhafte Geschichten ihre Spezialität sind. »Was ist denn schon Realität. Sie existiert doch gar nicht«, meint die 52jährige. Kein Wunder, dass Tolstajas fantastische Parabel schwerer Lesestoff ist. Doch wenn man sich auf die Geschichte über den Schreiber Benedikt einlässt, kann man viele wunderbare und kuriose Entdeckungen machen.

In *Kys* erzählt Tatjana Tolstaja vom großen Supergau, der Russland in Schutt und Asche gelegt hat. Alles ist verloren, die Menschen haben viele einfache Kulturtechniken verlernt. Feuer machen zum Beispiel. Im Staat herrscht der Diktator Fjodor Kusmitsch. Bücher sind verboten, es sei denn, sie wurden vom Diktator selbst verfasst.

Dieser lässt seine Werke von Schreibern im ganzen Land vervielfältigen. Die Hauptfigur des Romans, Benedikt, ist als einer dieser Schreiber tätig und beginnt, Literatur wie ein Droge zu konsumieren. Durch die Hochzeit mit der Tochter des Geheimdienstchefs wird Benedikt vom einfachen Trampel zum gefährlichsten Mann im Staat. *Kys* ist ein grandioser Romanstoff mit fantastischen und komischen Elementen, der vor allem ein Thema hat: die Unfähigkeit der Menschen, miteinander zu sprechen.

»Wozu denken, ich will leben«, sinniert Benedikt und enthüllt dabei mit einem Satz seinen Charakter. Tolstajas Gedanken über das Leben und die Zeit machen ihr Buch zu einem Schlüsselroman für das Verständnis russischer Kultur. »Ältere Generationen verstehen die jüngeren nicht, Ehemann und Ehefrau verstehen sich nicht – das ist mein Thema.« Sie findet in dem Buch eine eigene Sprache, die in Russland auf viele Leser so inspirierend gewirkt hat, dass sie dort in Internet-Chatrooms benutzt wird.

In dem Buch von Tatjana Tolstaja geht es nicht um das neue, sondern das »immerwährende Russland«, wie sie es nennt, mit seinen guten und schlechten Seiten. Vor allem daher hasst sie es, wenn die russische Hauptstadt in den westlichen Medien nur mit Mafia und Mord in Verbindung gebracht wird: »Wenn ich Moskau für einen Monat verlasse und lese dann in den Zeitungen, was alles passiert ist, dann bekomme ich richtig Angst. Kaum bin ich zurück, stelle ich fest, dass es da auch nicht mehr Gewalt als in anderen Städten gibt.«

Als in ihrem Land die Perestroika begann, lebte die Autorin in Amerika. Bis 2000 arbeitete sie dort als College-Lehrerin und schrieb politische Essays für die *NEW YORK REVIEW OF BOOKS*. Vierzehn Jahre lang, seit 1986, hatte sie an ihrem ersten Roman gearbeitet. Eine lange Zeit, doch Tolstaja sagt nur lakonisch: »Ich habe zwei Kinder,

musste sie ernähren. Da fehlte die Zeit zum Schreiben, und da habe ich das Manuskript eben so lange zur Seite gelegt.« Mittlerweile ist sie vierfache Großmutter und längst nach Moskau zurückgekehrt. In Russland wurde die populäre Autorin zu einer prominenten Botschafterin der Literatur, gerade weil sie lange Zeit im Ausland war und nicht im Verdacht steht, zur postkommunistischen Intellektuellen zu gehören. Tatjana Tolstaja ist froh darüber, dass Deutschland und Russland sich wieder stärker annähern, auch durch die *Deutsch-russischen Kulturgeggnungen*, die in diesem Jahr zahlreiche Künstler nach Deutschland führen: »Je mehr sich die Leute treffen, je besser verstehen sie sich. Das ist natürlich kein Prozess, der einen Tag dauert. Man muss reisen, um mit eigenen Augen zu sehen, was wir gemeinsam haben und was verschieden ist.«

Geschichten aus der russischen Umbruchszeit

Die Gegenwart kommt in *Kys* nicht vor, anders als bei den jungen russischen Autoren, die wie Irina Denežkina knallharte Geschichten über den postkommunistischen Alltag erzählen. Ihr Erzählband *Komm* erscheint im September im S. FISCHER VERLAG. Die Erzählungen des 22jährigen Nachwuchstalents lassen sich geradezu als Genposition zu Tatjana Tolstajas Roman betrachten. Eine Beschreibung dessen, was die russische Gesellschaft antreibt, will sie nicht leisten. Beim Interview in Berlin erzählt die junge Russin, dass sie »einfach aufschreiben« will, was sie und die jungen Leute in St. Petersburg bewegt. Doch gerade deshalb sind ihre Geschichten so eindrucksvoll. Man meint, hautnah zu erfahren, wie Ljapa, Andrej und Mascha aus Denežkinas Geschichten die russische Umbruchszeit erleben, die noch immer durch politische und wirtschaftliche Probleme geprägt ist. *Komm* besteht aus zehn Erzählungen. Viele von ihnen sind autobi-



Foto: Sven Paustian

Erzählt knallharte Geschichten des postkommunistischen Alltags – Irina Denežkina.

grafisch, die Freundin etwa, die in der Titelgeschichte so liebvoll-lästernd in Szene gesetzt wird, ist wirklich Denežkinas beste Freundin. Die jungen Leute probieren sich aus, verlieben und trennen sich, was sich bei der jungen Autorin manchmal wundersam poetisch liest: »Er trieb entlang meines mit Muscheln bedeckten Ufers, streckte mir seine Hand entgegen, und da begriff ich. Den da, den will ich. Den liebe ich, ich kann nicht anders.«

Irina Denežkina studierte Journalismus in St. Petersburg und ist noch so jung, dass sie keine Blessuren aus der postkommunistischen Zeit davongetragen hat. Ihre Eltern waren damals zwar arbeitslos, »doch jetzt verdient meine Mutter viel mehr als vorher«. Lachend erinnert sie sich daran, dass sie als Kind traurig war, nicht mehr zu den jungen Pionieren gehört zu haben, weil »ich mich so sehr auf das rote

Halstuch gefreut habe«. Manche ihrer Geschichten haben einen Drang ins Extreme. In *Wasja* wird ein Junge ständig verprügelt, weil er immer am falschen Ort ist. Autorin Irena Denežkina tut dies mit einem Achselzucken ab. Sie sieht gerade in dieser Geschichte ein Beispiel für ihren skurrilen Humor, ein Punkt, an dem sie sich wieder mit Tatjana Tolstojs grotesk-komischen Gestalten trifft. Trotzig weisen ihre Geschichten auf eine Generation hin, die im russischen Gewirr von junger Demokratie, neuen Chancen, (unerreichbarem) Konsum und schwierigem familiären Umfeld ihre eigenen Erfahrungen machen will. Die junge Russin betont jedoch, dass sie bei ihren Reisen nach Großbritannien und Italien gelernt habe, dass die jungen Leute doch überall sehr ähnlich seien, die gleichen Filme und Songs liebten. Und auch sie selbst will am liebsten das tun, was ihr Spaß macht und sich in keine Schublade stecken lassen. Dass sie in Berlin lieber shoppen geht, als Museen zu besuchen, erzählt sie mit einem Augenzwinkern.

In beiden Büchern fällt noch ein ganz anderer Grundton auf, der sehr anrührend wirkt. Die literarischen Figuren von Tatjana Tolstaja und Irina Denežkina helfen sich gegenseitig, sie suchen die Nähe zueinander. Es gibt nicht den kalten Ton der Leere, der Vereinzelung und der Ichbezogenheit, der häufig die Erzählungen und Romane junger deutscher Autoren dominiert. In Frankfurt kann man beide Autorinnen treffen und mit ihnen über ihre Bücher diskutieren. Vielleicht kommt es da auch zu einem Dialog der Generationen, den sich ihr Schriftstellerkollege Oleg Jurjew so wünscht.

Tatjana Tolstaja: Kys. Deutsch von Christiane Körner, ROWOHIT BERLIN 2003, 384 S. 22,90 €.

Irina Denežkina: Komm. Erzählungen. Aus dem Russischen von Olga Radetzkaja und Franziska Seppeler. s. FISCHER-VERLAG, Frankfurt 2003, 251 S., 17,90 €.

GÜNTER FRANZEN
Man spricht deutsch
Die Linke und der Postkommunismus

Auf dem Foto der großformatigen Broschüre, mit dem für die Neuerscheinung des STEIDL VERLAGES geworben wird, ist der Rücken eines in Militärdrillich gehüllten Reiters zu sehen, der einen sich aufbäumenden Schimmel an die Kandare nimmt. Links davon findet sich ein Zitat der STERN-Autorin Katja Gloger, der nach Auskunft des Verlages zusammen mit dem Fotografen Konrad Rufus Müller Zutritt in den inneren Zirkel der Macht gewährt wurde: »In der hohen Halle seiner Residenz übt Tochter Mascha am Klavier, ein schmales, freundliches Mädchen mit schüchternem Lächeln und klarem Blick. Der Präsident ruft sie, streicht ihr über den Kopf. Ein Küsschen von Papa, er spricht deutsch mit ihr, dann darf sie gehen. Was er seinen Töchtern Mascha und Katja mitgeben will ins Leben – Wladimir Putin zögert. ›Liebe und Mut wären wohl gut‹, sagt er dann.«

Warum gefallen sich die Produzenten dieses Poesiealbums darin, dem Publikum den schwerölhaltigen und überzuckerten Kakao vorzusetzen, durch den man sie bei der Hervorbringung der Hagiografie ganz offensichtlich gezogen hat? Ist hier jene Spielart der trockenen Trunkenheit zu besichtigen, von der Rolf Seelmann-Eggenbrecht, seit der Inthronisation der Queen anno 1953 unser Mann im BUCKINGHAM PALACE, zum Vergnügen der monarchistischen Abonnenten des DAHEIM-Lesezirkels mehrmals jährlich befallen wird? Verbietet es sich nicht, den Akteuren gemeinsame Unterwürfigkeit zu unterstellen, wo womöglich reine Dankbarkeit Feder und Linse führt? Ist es deutschen Politikern und Journalisten denn zu verdenken, dass ihre Wahrnehmung durch die Erleichterung beflügelt wird, nach den Jahren der demenz- oder alkoholbedingten Ausfallerscheinungen end-

lich wieder auf einen gewählten Repräsentanten der russischen Gesellschaft zu stoßen, der nicht nur ständig stocknüchtern ist, sondern den Gesprächspartner mit einem Kenntnisstand unserer Muttersprache beglückt, von dem der empirische Absolvent der gymnasialen Oberstufe noch nicht einmal zu träumen wagt?

Man spricht deutsch, fällt sich um den Hals und zitiert am laufenden Meter unsere Weimarer Titanen: Arm in Arm mit dir, so fordre ich mein Jahrhundert in die Schranken. Außerhalb dieser frisch geschmiedeten *entente cordiale* allerdings, dort, wo von weniger feinsinnigen Dritten hin und wieder Klartext gesprochen wird, klingt der hohe, erhabene Ton mitunter nicht mehr ganz so glockenhell.

Kontinuität stalinistischer Minderheitenpolitik

Anfang April fragte ein unbekannter dänischer Journalist in einer Pressekonferenz nach dem Einsatz von Antipersonenminen durch russische Truppen, nach dem Schicksal der 150.000 in so genannten Filtrationslagern – *filtratsionnye lagerja* – inhaftierten Personen und der Gefahr eines Genozid im Kaukasus und erhielt von Wladimir Putin eine unverblümte Antwort: »Wenn Sie bereit sind, ein radikaler Islamist zu werden und sich beschneiden zu lassen, lade ich Sie nach Moskau ein. Wir sind ein multikonfessionelles Land. Ich empfehle Ihnen allerdings, die Operation so durchzuführen zu lassen, dass nichts nachwächst.«

Dass es dem dänischen Journalisten und seinen Kollegen die Sprache verschlug, leuchtet ein. So unmissverständlich hatte vordem noch kein Postkommunist die historische Kontinuität stalinistischer Minderheitenpolitik auf den Punkt gebracht: bis nichts mehr nachwächst.

Barbara Spinelli hat sich in ihrer bahnbrechenden Veröffentlichung *Der Gebrauch der Erinnerung* die Frage gestellt, warum der Westen seit zwei Jahrzehnten in seiner von

Sorglosigkeit und Nachsicht geprägten Haltung gegenüber den postkommunistischen Regimen verharrt und sich der Einsicht verschließt, dass der Kommunismus keine im Orkus der Geschichte verschwundene starre Doktrin war, sondern ein lebendiges Machtsystem, eine perfekt getarnte totalitäre und kriminelle Methode des Machterhalts, ein bis heute wirksames Instrument zur dauerhaften Deformation der Gesellschaft und moralischen Abstumpfung ihrer Mitglieder. Um zu begreifen, warum die Deutschen im westeuropäischen Beschwigungskonzert die erste Geige spielen, sei ein autobiografischer Exkurs gestattet, der möglicherweise das Generationstypische im Individuellen enthüllt.

1960 durfte ich als Dreizehnjähriger meinen Onkel, der als Zöllner im niedersächsischen Eichsfeld für die Bewachung des *Eisernen Vorhangs* zuständig war, auf einem morgendlichen Streifgang begleiten, und er machte mich im Verlauf des Unternehmens unter Einsatz seines Zeigefingers mit dem Osten vertraut. Ein trüber Novembermorgen, kurz nach Sonnenaufgang, Nebel lag über den Feldern, und da ich nichts sehen konnte, hielt ich vorsichtshalber den Atem an, um den auf der anderen Seite lauernden Russen nicht auf mich aufmerksam zu machen.

Den Russen kannte ich aus dem Kino. Er war Bordkanonier des U-Bootes, das für den Untergang der *WILHELM GUSTLOFF* verantwortlich war. Der Russe hatte eng beieinander liegende Augen, einen kahlgeschorenen Schädel, trug statt einer ordentlichen Uniform ein verschwitztes Unterhemd und grinste tückisch, als die Torpedos aus dem Schacht fuhren, die dem Leben von Tausenden deutschen Verwundeten, Greisen, Frauen und Kindern eine Ende bereiten sollten. Die Deutschen, die es vorzogen, mit diesem und all den anderen Russen in der SBZ zu hausen, waren auch nicht viel besser, und der einzige gute Kommunist, mit dem meine Familie Um-

gang pflegte, hatte sich dieses Prädikat verdient, weil er das kz Buchenwald nach zwölfjähriger Haft als Kettenraucher verlassen hatte und seine Zigaretten stangenweise im Tabakwarenladen meiner Großmutter kaufte.

Sieht man von der nachträglichen Ironisierung der Darstellung ab, war es dieses überschaubare, auf kindliche Abmessungen geschrumpfte, von der roten Gefahr eingefärbte Welt- und Geschichtsbild, das der CDU über vier Legislaturperioden satte Mehrheiten, dem Verleger der BILD traumhafte Renditen bescherte und gegen das ich als Angehöriger der Protestgeneration mit meinesgleichen in den nachfolgenden Jahrzehnten anrennen sollte bis zur Selbstverleugnung.

Wind gesät, Sturm geerntet

Die ans Schwelgerische grenzende Identifikation mit den Opfern der Deutschen schloss hinter einer Barriere ideologisch gepanzerter Kälte jedwedes Mitgefühl für die Deutschen als Opfer aus. Unerträglich reinen Herzens und guten Gewissens machten wir dem Millionenheer der Ermordeten, der Vergewaltigten und der Flüchtlinge den kurzen Prozess, indem wir es kurzerhand der Täterseite zuschlügen: Wind gesät, Sturm geerntet, Schwamm drüber.

Nichts markiert diese generationsspezifische Variante der Unfähigkeit zu trauern deutlicher, als der bizarre Akt der Namensgebung, mit dem das traurige Häufchen unserer verirrten Brüder und Schwestern in den Siebziger Jahren auf dem Höhepunkt der Revolte nicht minder traurige Berühmtheit erlangte: ROTE ARME FRAKTION. Eine starke Truppe auf den Leichenbergen von Nemmersdorf, Megethen, Lamsdorf und Königsberg. Wer sich darüber wundert, dass die Ungeheuerlichkeit dieser Art von linker Traditionenbelebung im zeitgeschichtlichen Diskurs lediglich von ein paar Vertriebenenfunktionären und antikommunis-

tischen Querulanten als solche bezeichnet wurde, sei daran erinnert, dass die phantasierte Beseitigung der schuldig gewordenen Elterngeneration nicht nur auf der Tagesordnung der mörderischen Avantgarde der 68er stand.

In seiner vor zwei Jahren erschienenen Autobiografie *Wanderer zwischen den Fronten* weiß der renommierte Psychoanalytiker und Nestor der hiesigen Friedensbewegung Horst Eberhard Richter davon zu berichten, dass seine Eltern Ende 1945 in Berlin von zwei betrunkenen russischen Soldaten ohne sichtbaren Anlass auf offener Straße erstochen wurden: »Die Mutter hatte sich gewehrt. Der Vater hatte ihr helfen wollen.« In einem Meer selbstreferentieller Beredsamkeit wird dieser Vorgang mit bemerkenswert dürren Worten beschrieben, um gleich darauf ohne Zorn und Eifer fallen gelassen zu werden.

Die Sache, so wird dem Leser nahe gelegt, ist kaum der Rede wert. Es wäre gewiss überflüssig, einen Mann, der sich um die Demokratisierung der Medizin unschätzbare Verdienste erworben hat, in diesem eher privaten Zusammenhang bloßzustellen, spiegelte die Lakonie seiner Mitteilung nicht die kollektive Taubblindheit wider, mit der die verwaschene bundesrepublikanische Linke und ihre guten Hirten geschlagen zu sein scheinen, sobald die Realität der unter dem Heiligenschein des *Großen Vaterländischen Kriegs* begangenen Verbrechen und damit ein Erbe zur Sprache kommt, von dem die Beteiligten nicht müde werden zu behaupten, es habe sich 1989 mit der Implosion der Sowjetunion von selbst erledigt.

In der Auseinandersetzung mit der Irak-Politik des George W. Bush hat Jürgen Habermas den ehrenwerten Versuch unternommen, die Gültigkeit der universalistischen Prinzipien, die für gewöhnlich im diplomatischen Morast untergehen, zu unterstreichen. Seine Furcht vor der Verunreinigung der Ideen durch das Gewühl der

Macht würde allerdings mehr Respekt abnötigen, wenn sie ihn auch angesichts des Auseinanderdriftens von Diplomatie und Moral in der Russlandpolitik befiele.

Günter Grass, der Danziger Trommler, hat in einem Schreiben an den russischen Präsidenten vergeblich dagegen protestiert, dass der für den Tod von 4.000 Kindern verantwortliche U-Boot-Kommandant Alexander Marinesko, der die *WILHELM GUSTLOFF* versenkte, im Frühjahr in Kaliningrad ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende mit einem Denkmal bedacht wurde.

Der geschundene Mensch ist ein Dreck und verliert sich in der Weite des russischen Reiches. Gestern, heute, morgen. Der Präsident ist ein Chamäleon aus der Mimikry-Abteilung des KGB. Er spielt Klavier, küsst Kinderscheitel, spricht fließend deutsch und blickt pünktlich zu Wiederwahl warmherzig aus großformatigen Bildbänden auf uns herab. Und wir, die Genossen von ehedem, schweigen. Betreten oder verständnisinnig? Die Frage bleibt offen.

Mercedes Coupée, das generöse Geschenk der Bundesregierung, bei einer leicht benebelten Probefahrt leider zu Bruch – es wurde anderntags, wie es sich gehörte, stillschweigend ausgetauscht).

Der kleine, unersetzbare Herr mit der lebhaften, fast mediterranen Gestikulation, hatte oft genug bewiesen, dass er kühn genug mit dem gewaltigen Instrument der Sowjetmacht zu hantieren verstand. Aber er neigte, darin ging das psychologische Kalkül Willy Brandts nicht irre, auch zu raschen Bewegungen des Gemüts und hatte nahe ans Wasser gebaut – wie es die Deutschen von der »großen russischen Seele« nicht anders erwarteten.

Die Unerschöpflichkeit des Sentiments, dem sie sich geschwisterlich nahe glaubten, schien selbst in den Horrorjahren des Vernichtungskrieges seine Faszination nicht völlig einzubüßen, obwohl die Russen nicht nur von den Rasse-Fanatikern und ihren Schergen, sondern auch von der Mehrheit der deutschen Generalität und der Mehrheit der Landser als »Untermenschen« erniedrigt und millionenfach zu Tode geschunden wurden. Dennoch, die Bässe der Donkosaken-Chöre erschütterten das Gemüt auch des verstocktesten Nazis, während sie die Heere gefangener Russen verrecken ließen – so wie sie nicht aufhörten, in verzückter Rührung den Zigeunerweisen zu lauschen, während sie die Roma und Sinti zu Hunderttausenden ins Gas schickten.

In dem beklemmenden Zeugnis des Soldaten Willy Peter Reese, das nun – unter dem Titel *Mir selber seltsam fremd – Die Unmenschlichkeit des Krieges* (CLASSEN) – nach mehr als einem halben Jahrhundert den Weg zu den Lesern gefunden hat, offenbart sich die merkwürdige Schizophrenie der Deutschen in ihrem Verhältnis zu Russland. »Im Abendrot von Smolensk«, schrieb der bemühte junge Dichter, »hörte ich die Frauen singen.

Sie sangen zwischen den Zügen, die sich nach Osten und Westen kreuzten,

KLAUS HARPPRECHT

**Die Glosse:
Deutschland, Europa
und die »große Seele«**

Ach, die russische Seele. Leonid Breschnew, der nahezu allgewaltige Zar, 1973 zum Staatsbesuch bei Bundeskanzler Brandt in Bonn, ließ dicke Tränen der Rührung über seine Wangen rollen, als der Gastgeber in einer Tischrede von dem Feldpostbrief eines jungen deutschen Offiziers sprach, der seinen Eltern schwärmerisch von der Herzlichkeit der Russen berichtet und den Wunsch geäußert habe, diesen Menschen noch einmal: nicht als Feind, sondern als Freund und im Frieden zu begegnen (in jener Nacht übrigens fuhr der Herrscher aller Reussen und ihrer Satrapen ein prächtiges

schwermütig, verloren an ihr unheimliches, so fruchtbare, so grausames Land...«. Von fernher hörte er, als »romantischen Gruß«, gar die Hörner Eichendorffs in der Mondnacht klingen. Aber als er mit seinem Trupp an den halb verweseten Leichen zweier aufgeknüpfter Partisanen vorüberkam, lachte auch er, als einer seiner Kameraden die beiden mit Hilfe eines Stockes schaukeln ließ. Er beklagte, dass er mitschuldig sei »an dieser Verwüstung und allem Leid, das sie über die Menschen brachten«, zumal über die Wehrlosen, »schuldig wie alle Namenlosen und Geopferten, wie alle Soldaten«. Aber am Abend, besoffen wie so oft, ließen die Kumpel »eine gefangene Russin Nackttänze aufführen und bestrichen ihr die Brüste mit Stiefelfett, machten sie so betrunken wie wir selber waren...«.

Übrigens nahm er, obwohl zweimal in Warschau stationiert, vom Ghetto und seinem Elend keine Kenntnis, und den Mordaktionen der »Einsatzgruppen«, an denen sich partiell auch Truppen der Wehrmacht beteiligten, scheint er nicht begegnet zu sein – oder er wollte davon nichts sehen, nichts wissen. Es ist nicht sicher, ob Reese, hätte er überlebt, ein bedeutender Schriftsteller geworden wäre (zu rasch ließ er sich von der Neigung zum lyrischen Pathos überwältigen), obschon sich seine Prosa nur vorteilhaft von den nörgelnd-frömmelnden Kriegsbriefen Heinrich Bölls unterscheidet. Reese sprach von der »russischen Passion«, von dem Bauern »in seiner Armut, Elend, Verkommenheit und trägem Geschehenlassen, der ewige Sklave und Tor: Er trug sein stummes, tierisches Leid unter den Zaren, der Knute der Gutsbesitzer und im Kollektivsystem«, sprach von seinem »ewigen Karfreitag«.

Thomas Mann – der 1918 am liebsten die besieгten Deutschen Seit' an Seite mit den besieгten Russen gegen die »Zivilisationsliteraten« des Westens mobilisiert hätte – wurde nicht müde, die »heilige russi-

sche Literatur« zu feiern: in tiefster Verehrung für Dostojewski, der von den »großen und heiligen Idealen« des russischen Volkes schwärzte, »nach denen es in seinem Schmutze lechzt«. Die verwandte Seele, die uns so viel näher zu sein scheint als der ironische Geist der Aufklärung, der Schiller das weise Wort eingab, Russland werde nur durch Russland überwunden.

Ebdies mag sich der neue Zar Wladimir Putin zur Aufgabe gemacht haben (wie vor ihm, mit geringem Glück – und zu unserem Vorteil – der tragisch gescheiterte Michael Gorbatschow). Vielleicht ist sein Ziel jene Verwestlichung, die der amerikanische Historiker Henry Adams zu Anfang des vergangenen Jahrhunderts annoncierte, als er über den möglichen Anchluss Russlands in das »atlantische System« spekulierte.

Der mühselige Weg zur eigenen Europäisierung

Die einzige Chance der Deutschen, dem riesenhaften Nachbarn – nach wie vor eine Nuklear-Macht, die die halbe Welt in die Luft sprengen könnte – auf rationale Weise zu helfen, ist ganz gewiss nicht eine verstohlene Annäherung im Zeichen der kritischen Distanz vom Regime des zweiten Präsidenten Bush, keinesfalls eine Verbrüderung auf Kosten »Zwischeneuropas«, die von den Polen noch immer gefürchtet wird wie die Pest, auch nicht eine sentimentale Aufweichung der gegebenen Interessen, sondern die Entschlossenheit, der Europäischen Union klare Grenzen zu setzen, ihre militärischen Kräfte zusammenzufassen und – das vor allem – die Autorität ihrer Institutionen zu stärken, bis sich die Welt von ihrer Unauflösbarkeit überzeugt.

Ein selbstbewusstes Europa braucht die Assoziation mit Russland nicht zu fürchten. Seine Ratio wird nicht im Gewoge der großen Seele verschwinden. Im Gegenteil, es wird Russland den mühseligen Weg zur eigenen Europäisierung im Glückfall ein wenig leichter machen.

GESPRÄCH MIT
VЛАДИМИР АШКЕНАЗЫ
»An Russland reizt mich eigentlich nichts«

Das musikalische Genie Vladimir Ashkenazy wurde 1937 in der russischen Stadt Gorkij (heute: Nischnij Nowgorod) geboren. Mit nur acht Jahren besuchte er die »zentrale Moskauer Musikschule« und erlangte Weltruhm, nachdem er 1956 den Queen-Elizabeth-Wettbewerb in Brüssel gewonnen hatte und zwei Jahre später durch die USA tourte. 1963 emigrierte der Pianist in den Westen. Hier dirigierte er herausragende Orchester wie das »Londoner Royal Philharmonic Orchestra«, das »Deutsche Symphonie Orchester Berlin« und die »Tschechische Philharmonie«. Im nächsten Jahr wird Ashkenazy die Musikdirektion des NHK Symphony Orchestra in Tokio übernehmen. Mit dem Virtuosen sprach Katharina Lehmann in Köln über Kindheit und Jugend in der Sowjetunion.

NG/FH: Herr Ashkenazy, welche Erinnerungen verbinden Sie mit Ihrer Kindheit in der Sowjetunion?

Vladimir Ashkenazy: Im Grunde hatte ich eine glückliche Kindheit, weil ich eine sehr gute Ausbildung bekommen habe. Ganz offensichtlich war ich musikalisch begabt, und ich erinnere mich an eine wunderbare Schule, an wunderbare Lehrer und wunderbare Konzerte. Ich hatte großes Glück, obwohl wir natürlich unter verheerenden Bedingungen lebten. Ich bin in Gorkij an der Wolga geboren. Mit drei kam ich mit meinen Eltern nach Moskau. Dann begann der Krieg, und wir wurden evakuiert. Wir kehrten 1943 nach Moskau zurück und mussten die ersten Monate in Hotels wohnen und mehrmals umziehen, bis wir eine feste Bleibe fanden. Von da an erinnere ich mich. Insofern begann meine Kindheit eigentlich erst, als ich sechs Jahre alt war. Davor war alles ein heilloses Durcheinander.

NG/FH: War ihre Familie privilegiert?

Ashkenazy: Wie bitte? Finden Sie das Leben

einer ganzen Familie auf acht Quadratmetern etwa privilegiert? Wir hatten in unserem Zimmer ein Piano, weil mein Vater Pianist war, das Bett meiner Eltern und einen hölzernen Kasten für mich. In diesem Zimmer lebten meine Eltern und ich. Und die Wohnung teilten wir mit vier anderen Familien. Es gab nur eine Toilette, kein Badezimmer und eine gemeinsame Küche. Das waren unsere Lebensumstände von 1943 bis 1952. Erst dann bekamen wir eine Wohnung, die wir nur mit einer Familie teilen mussten, noch immer ohne Badezimmer. Erst als ich internationale Wettbewerbe gewann, konnten wir ein besseres Leben führen.

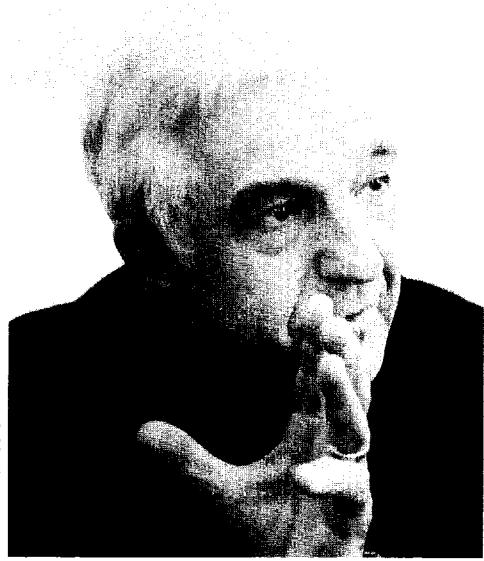
NG/FH: Wie kam es, dass Sie schon so früh die legendäre Moskauer Musikschule besuchten?

Ashkenazy: Jedenfalls nicht, weil ich etwa privilegiert gewesen wäre. Wenn jemand Talent hatte und Lehrern vorgestellt wurde, dann sagten sie: »Oh, du hast so viel Talent, du musst diese Schule besuchen.« Diese furchtbare Diktatur unterstützte sämtliche Bildung. Und weil auch Musik gefördert wurde, musste niemand für eine musikalische Ausbildung bezahlen. Das war die gute Seite der Sowjetunion. Es gibt wohl nichts Schlechtes ohne etwas Gutes.

NG/FH: Wie lebten Sie und Ihre Familie als Juden in der Sowjetunion?

Ashkenazy: Nur mein Vater war jüdisch. Meine Mutter war Russin, sie erzog mich christlich und ließ mich in der russischen Kirche taufen, als ich acht Jahre alt war. Deshalb fiel ich nicht unter den Paragrafen 5, der Juden zu Angehörigen anderer Nationalität abstempelte. Ich fühlte mich auch nie jüdisch. Ich fühlte mich russisch aufgrund meiner Erziehung. Meine Mutter hatte sechs russische Schwestern, ihr einziger Bruder war im Krieg gefallen. Unsere Großmutter kam uns jedes Jahr besuchen. Diesem Teil meiner Familie fühlte ich mich verbunden.

NG/FH: Immerhin hatten Sie ja jüdische Verwandte. Was wussten Sie über die Lebensbedingungen der Juden in Ihrem Land?



Vladimir Ashkenazy: »Musik vermag tiefere Erinnerungen zu wecken.«

Ashkenazy: Nicht viel. Mit der jüdischen Gemeinde kam ich kaum in Berührung, weil mein Vater als Pianist ständig unterwegs war. Ich sah ihn selten. Ich war mir nicht bewusst, welche Gemeinschaft mich umgab, aber sicherlich keine jüdische. Nur wegen meines Namens bekam ich 1952 zur Zeit der Verhaftungswelle der jüdischen Ärzte Probleme. Damals war eine Namensliste von Ärzten aufgetaucht, die hingerichtet werden sollten. Fast alle von ihnen hatten jüdische Namen, es handelte sich eindeutig um einen antisemitischen Akt. Von unserer Schule aus gaben wir jeden Monat ein Konzert im Konservatorium, an dem ich immer teilnahm. Eines Tages rief mich der Direktor der Schule an und sagte, er könne mich zum nächsten Konzert nur anmelden, wenn ich meinen Namen gemeinsam mit dem meiner Mutter führte. Sie hieß Plotnova. Also ließ ich Ashkenazy-Plotnov auf die Liste setzen und konnte spielen.

NG/FH: Wie dachten Sie als junger Russe über den Kommunismus?

Ashkenazy: Ach wissen Sie, wenn Sie in einem Land leben, das so isoliert ist, wie es die

Sowjetunion war, dann weiß man als Kind oder Schüler nichts. Man findet Gutes für sich wie Musik, Freunde und was auch immer. Insofern war es besser, dass ich kaum etwas über den Kommunismus wusste. Wenn man dann anfängt, eine eigene Weltanschauung zu entwickeln, mehr liest – etwa in einem Buch, das nicht erlaubt war –, dann stellt man sich natürlich Fragen wegen all der Lügen und Heuchelei. Aber das ist ein allmählicher Prozess – bis zu dem Punkt, an dem man denkt: Was ist das nur für ein abscheulicher Unsinn um mich herum! Aber meine Mutter sagte mir: »Sei still. So sind nun mal die Dinge. Unternimm nichts, sonst wirst du leiden.« So lernt man, Kompromisse zu machen und nicht man selbst zu sein.

NG/FH: Haben Sie so etwas wie eine eigene Philosophie zu jener Zeit entwickelt?

Ashkenazy: Im Grunde ging es nur ums Überleben. Du versuchst, nicht zu viel zu sagen, du versuchst vorzugeben, dass du allein gehst und mit niemandem marschierst. Aber das ist keine Philosophie, jeder lernt das. Es ist eine Frage des Überlebens: Halt dich bedeckt und sei nie du selbst – außer in Kreisen sehr vertrauter Freunde. Aber selbst das war gefährlich, weil du nie wirklich wissen konntest, wer dein Freund war.

NGFH: Wie machte man als Künstler Karriere in der Sowjetunion?

Ashkenazy: Zunächst veranstalteten die Musikschulen regelmäßig Konzerte, die jedem Schüler und Studenten Gelegenheit gaben zu zeigen, was sie konnten. Man wurde enorm unterstützt. Später nahm man an den größeren Wettbewerben teil, und dann meldete sich die SOWJETISCHE PHILHARMONIE. Die kümmerte sich um Haus- und Philharmoniekonzerte in den großen Städten. Sie arbeitete wie die lokalen Konzertveranstalter im Westen, nur waren die Akteure der SOWJETISCHEN PHILHARMONIE Staatsbeamte, allesamt devote Musiker. Ihre Aufgabe war es, Konzerte zu organisieren, Aus-

schreibungen zu machen, Programme zu erstellen usw. Sobald ein Musiker Erfolg hatte, luden sie ihn zu ihren Konzerten ein. So wurde man Solist der PHILHARMONIE. Aber man war damit kein freier Musiker. Man konnte zwar ein Konzert ablehnen, weil man vielleicht nicht mit dem Repertoire vertraut war, oder die Staatsbeamten fragten, ob man mit einem gewissen Dirigenten spielen könnte. Aber damit war man bei weitem kein freier Künstler.

NG/FH: Wie ging das Sowjetregime mit Ihnen als Künstler um?

Ashkenazy: Da ich ein guter Pianist war und insofern Gutes für die Sowjetunion leistete, behandelte man mich gut – bis ich 21 Jahre alt war. Damals hatte man mich als prominenten sowjetischen Pianisten in die USA geschickt, und mein Begleiter vom Ministerium schrieb einen sehr negativen Bericht über mich, weil mir Amerika gefallen hatte. Man warf mir vor, freundlichen Umgang mit Amerikanern zu haben und mich nie stolz zu zeigen, ein Sowjetbürger zu sein. Drei Jahre später heiratete ich eine Isländerin, die als Studentin nach Moskau gekommen war. Ich hatte meine Frau in meiner Klasse am Konservatorium kennengelernt. Man bestellte mich zum Ministerium. Da musste ich mir anhören, meine Frau sei bourgeois, dekadent und repräsentativ für den Westen. Schließlich musste sie die sowjetische Staatsbürgerschaft annehmen. Dann kam der zweite Tschaikowski-Wettbewerb, den ersten hatte ein Amerikaner gewonnen. Eigentlich hatte ich gar nicht vor, daran teilzunehmen, aber man sagte mir: »Wenn Du nicht mitmachst, kannst Du Deine Karriere vergessen.« Also nahm ich teil, gewann den ersten Preis gemeinsam mit dem britischen Pianisten John Ogdon und wurde wieder ins Ausland geschickt. 1963 emigrierten wir dann.

NG/FH: Vergangenes Frühjahr haben Sie zum 50. Todestag Stalins und Prokofjews in New York, Wien und Köln die Konzertreihe

Musik in der Diktatur präsentierte. Was hat Sie dazu bewogen?

Ashkenazy: Als ich in den Westen kam, begann ich, das System der Sowjetunion von Grund auf zu studieren. Innerhalb der Sowjetunion war das nie möglich gewesen, weil es kein Material gab. Also beschloss ich, endlich alles, was ich wollte und konnte, über mein Land in Erfahrung zu bringen. Und eine Frage beschäftigte mich ganz besonders: Was haben die großen russischen Komponisten gefühlt? Was konnten sie ausdrücken unter dem immensen Druck, den Stalins Diktatur auf die Künstler im Lande ausübte? Mir scheint, im Westen haben viele Menschen nie verstanden, was jenseits des *Eisernen Vorhangs* geschah. Mit der Konzertreihe wollte ich einen Beitrag gegen das Vergessen und die Gefahren der Intoleranz und Einschüchterung leisten, die unseren immer kleiner werdenden Planeten bedrohen. Musik vermag tiefere Erinnerungen wach zu rufen, als es Worte können.

NG/FH: In der Konzertreihe spielten Sie Werke von Schostakowitsch, Prokofjew und Kabalewski. Wie war es diesen Komponisten in der Sowjetunion ergangen?

Ashkenazy: Schostakowitsch und Prokofjew wurden beide auf dem Sowjetischen Komponistenkongress im Jahre 1948 angegriffen. Die Partei wollte einfache Melodien für die Massen, weil schwierigere und komplexe Musik für sie durchlässig war für Interpretationen und damit auch für Subversion. Das wurde nicht geduldet. Prokofjew verfasste in seinen letzten Jahren Stücke wie *Auf Wacht für den Frieden*, ein Sprechgesang mit weitgehend harmloser Musik. Nur im Schlaflied im fünften Satz des Stücks begleitet ein grässlicher Propagandatext die allerschönste Musik. Er starb schließlich am gleichen Tag wie Stalin. Und Schostakowitsch schrieb wohl die Musik für die Propagandafilme *Der Fall von Berlin* und *Das unvergessliche Jahr 1919*, weil er weiteren Schwierigkeiten mit der Partei entgehen wollte. Mit Kabalewski verhielt es sich



»Man warf mir vor, nicht stolz genug auf mein Land zu sein.« – Gesprächspartnerin: Katharina Lehmann.

anders: Er komponierte die meiste Zeit im Dienste der Partei, erst in den letzten Jahren seines Lebens geriet seine Seele in Aufruhr, und seine Musik wurde gehaltvoller.

NG/FH: Wie ist Ihr persönliches Verhältnis heute zu Russland? Haben Sie noch Verwandte oder Freunde dort?

Ashkenazy: Ich fahre nicht sehr oft nach Russland, vielleicht ein- oder zweimal im Jahr. Eigentlich reizt mich nichts, ich fühle mich nicht sehr angezogen von diesem Land. Meine Eltern leben nicht mehr, meine Schwester unterrichtet als Pianistin in Tokyo. In Moskau lebt noch ein Onkel von mir, der Bruder meines Vaters. Er ist 91 Jahre alt, ein wunderbarer Mann.

NG/FH: Haben Sie noch Kontakt?

Ashkenazy: Kaum. Er ist eine interessante Persönlichkeit, ein guter Mensch, ich mag ihn und treffe ihn, wenn ich dort bin. Aber wir sind nicht sehr eng verbunden. Ansonsten habe ich keinen mehr in Russland, außer zwei, drei Schulfreunden. Tolle Leute, ich mag sie sehr. Immer wenn

ich in Moskau bin, treffe ich sie. Aber wir haben nicht viel Kontakt.

NG/FH: Was denken Sie über die aktuelle Regierung Russlands?

Ashkenazy: Was Putin macht, halte ich für das beste, was Russland im Moment überhaupt machen kann. Er wendet das Gesicht Russlands dem Westen zu, so zumindest verstehe ich seine Politik. Putin scheint ein sehr vorsichtiger Mensch zu sein, er redet nicht so viel, das mag ich. Und ich halte ihn für äußerst intelligent. Präsident eines solchen Landes zu sein, ist ein Albtraum. Natürlich hat er schon einige Fehler begangen, wie mit dem U-Boot KURSK. Aber wissen Sie, im Nachhinein ist es immer einfach, jemanden für seine Fehler verantwortlich zu machen. Ich versuche, absolut objektiv zu sein, ich möchte niemandem einen Vorwurf machen. Es muss ungeheuer schwierig sein, in solchen Situationen Entscheidungen zu treffen. Versuchen Sie es doch mal selbst!

Redaktion des Kulturteils: Elke Schubert

Kritik

ROLAND H. WIEGENSTEIN Wie man Einzelheiten zum Sprechen bringt Amos Elons Porträt einer jüdisch-deutschen Epoche

Die Geschichte der deutschen Juden »von den Tagen Mendelssohns bis zum Aufstieg des Nationalsozialismus – diese viel versprechende, aber auch bedrückende, komplizierte und am Ende so schreckliche Geschichte ist das Thema des vorliegenden Buches. Es folgt der Sartreschen Definition, wonach derjenige Jude ist, der von anderen als Jude angesehen wird – unabhängig von der religiösen und ethnischen Orientierung.«

So charakterisiert der 1926 in Wien geborene und in Jerusalem, New York und Italien lebende Schriftsteller Amos Elon selbst seine Arbeit. Mit seiner Definition dessen, was ein Jude sei, erspart er sich sowohl rabbinische Spitzfindigkeit als auch jene unsäglich bürokratischen Unterscheidungen, wie sie die infamen »Nürnberger Gesetze« festlegten. Es ist eine Geschichte von Außen, als könnte nichtjüdischen Lesern deren Geschichte nicht mehr anders vermittelt werden. Zugleich jedoch zeugt sie vom Stolz derer, die nach dieser Definition selbst Jude sind: Stolz auf das, was es einmal gab – als ein Teil deutscher Geschichte. Der amerikanische Titel *The pity of it all* trifft Absicht und Klima genau: Ein Jammer, dass es so ausging.

Die erste Szene schlägt den Grundton an: Ein vierzehnjähriger Junge, ein buckliger, stotternder Nebbich, begeht Einlass am Rosenthaler Tor, dem einzigen Berlins, »das für Juden (und Vieh)« offen war. Sie handelt von Moses Mendelssohn, mit dem Elon 1743 beginnen lässt, was 1933 endgültig zu Ende ging und was der Autor ablehnt,

mit dem biologischen Begriff »Symbiose« zu bezeichnen.

Es war ein schwieriges, immer wieder von Rückschlägen bedrohtes Zusammenleben, das von Vorurteilen,barem Unverständnis, Hass und Ängsten geprägt war. Aber auch von Hoffnungen, die sich nur selten erfüllten und die im Lauf der Zeit zu einer Explosion von Überlebenswillen und Talent führten, das in der europäischen Geschichte der Neuzeit beispiellos ist.

Dabei waren die Voraussetzungen alles andere als günstig. Elon beschreibt ausführlich die Einschränkungen, denen Juden überall in deutschen Landen unterlagen – ganz gleich welcher der zahlreichen »Herrscher« regierte. Die meisten hatten allenfalls Duodez-Format. Andere, wie Preußens Friedrich II., verabscheuten die seltsamen Fremden, die kein Französisch, aber auch ebenso wenig Deutsch sprachen.

Und so geht es fort in diesem Buch: Es handelt von kleinen Schritten, von wenigen reichen Hofjuden, die den stets klammen Fürsten ihren Luxus garantierten, den vielen »Betteljuden«, die jeder Ungerechtigkeit schutzlos ausgesetzt blieben, vom mühsamen »Aufstieg« in bürgerliche Sphären, von staatlichen Restriktionen und gesellschaftlichen Grenzen. Welches Maß an Fleiß und Entzagung, an Anpassungswillen und Begeisterung die Juden aufbringen mussten, um einen Platz in der »deutschen Kultur« zu finden und zu behaupten – Elon hat es aus einer Unmenge verstreuten Materials zusammengetragen. Er versteht zu erzählen, wie es zuging im Frankfurter Ghetto, am preußischen Hof und in den Berliner Salons, als kluge Jüdinnen wie Rahel Levin und Henriette Hertz die besten Köpfe der Zeit mit dünnem Tee und Keksen bewirten und mit ihrer Fähigkeit zu geistreichen Gesprächen verzauberten; er verschweigt

auch die Verachtung nicht, mit der einige ihrer prominenten Gäste über Juden sprachen, wenn sie unter sich waren, etwa in der »Christlich-deutschen Tischgesellschaft«, von der »Juden, Franzosen, Frauen und Philister« ausgeschlossen blieben.

Elon beschreibt die Zuwanderung und die Konversionswelle, die Juden nach dem »Entréebillet« der Mehrheitsgesellschaft greifen ließ, ohne dass doch die Taufe mehr gewesen wäre als dieses: »In dem Moment, da das neue jüdische Bürgertum Eingang in die deutsche Gesellschaft und Politik fand, büßte die deutsche Judenschaft ihre soziale und intellektuelle Elite ein. Die einflussreichsten Repräsentanten des jüdischen Großbürgertums überließen die Armen und Kleinbürger ihrem Schicksal. Die Folge dieser mangelnden Solidarität sollte sich später zeigen. Elon spart nicht mit Kritik an dieser Haltung, ohne doch je die Konversionen als religiösen Verrat zu verurteilen. Ihm geht es um den gesellschaftlichen Aspekt dieses Versuchs der Einwurzelung von wohlhabenden und gebildeten Juden in eine Umwelt, die sich als »christlich« verstand, ohne es doch wirklich zu sein.

Immer wieder waren es nationale Krisensituationen, welche die Assimilation aufhielten: die Befreiungskriege, die Revolution von 1848 oder später die Rezession nach dem Krieg gegen Frankreich. Dieses eröffnete zwar denen, die es in die bürgerliche Gesellschaft geschafft hatten, größere Spielräume, aber es schloss die um so gnadenloser aus, die sich nach den russischen Pogromen der achtziger Jahres des 19. Jahrhunderts auf den Weg nach Westen machten. Am besten, man schaffte die Neuankömmlinge mit ihrer fremdartigen Tracht gleich im Transitverfahren weiter in die Neue Welt, nach Amerika: Millionen sahen Deutschland nur aus den Waggons überfüllter Züge.

Andere blieben, und von denen wissen wir inzwischen eine Menge. Elon jedenfalls wird nicht müde, von der Leidenschaft und dem Beitrag jüdischer Bürger zur deut-

schen Kultur und den Wissenschaften zu berichten. Erst der verlorene Erste Weltkrieg trat eine neue Art von Antisemitismus los, eine tödliche Mixtur aus Rasse-theorien, banalem Futterneid und der Verdrängung einer verdienten Niederlage. Der Antisemitismus erfasste Kleinbürger und Mittelschichten gleichermaßen und sorgte, wenn er Hitler auch nicht direkt an die Macht brachte, doch dafür, dass er seine mörderischen Pläne ohne größeren Widerstand durchsetzen konnte. Dennoch glaubt Elon nicht an den »eliminatorischen Antisemitismus« Goldhagens, nicht an ein in den Deutschen wirksames antijüdisches Gen, das als unvermeidliches Schicksal erscheinen lässt, was doch dem Zusammentreffen von Ereignissen und menschlichem Versagen zuzurechnen ist.

Das Weimar-Kapitel ist weitaus summarischer geraten als alles, was Elon vorher erzählt und beschreibt. Vermutlich meint er, davon sei genug in anderen überall greifbaren Büchern nachzulesen. All die früheren Geschichten, die von einem durch den Holocaust beendeten Emanzipationsprozess erzählen, der aus Juden in Deutschland deutsche Juden machte und jüdische Deutsche, die hat er im Detail aufgeschrieben. Der Autor weiß, was in Gedichten und Romanen steht, kann aus den Debatten der Paulskirchenversammlung wie denen des Reichstags zitieren. Er führt den Leser an die richtigen Stellen aus den Schriften von Bekannten und Unbekannten und erinnert daran, unter welchen Verhältnissen Juden in Deutschland seit 1783 lebten. Es sind diese Einzelheiten, die sein Buch so lebendig machen. Mit seiner Sympathie für einige Gestalten dieser komplizierten Geschichte hält Elon nicht hinter dem Berge, von Moses Mendelssohn bis Walter Rathenau, von Heine und Börne bis Joseph Roth. Doch er gibt auch Menschen ihre Würde und ihren Rang wieder, die zumeist vergessen sind: David Friedländer, der 1790 Sprecher der preußischen Juden war oder Eduard Gans, Leopold Zunz

und Moses Moser, die 1819 den VEREIN FÜR CULTUR UND WISSENSCHAFT DER JUDEN gründeten. Er berichtet von den großen Mäzenen wie James Simon und Eduard Arnhold, den Bankiers und Magnaten, von Bleichröder bis Warburg und Ballin, stellt Künstler, Schriftsteller, Natur- und Geisteswissenschaftler vor. Es ist eine Binsenwahrheit, dass die deutsche Kultur des 18. und vor allem des 19. Jahrhunderts bis ins erste Drittel des Zwanzigsten ohne Juden ungleich ärmer und provinzieller gewesen wäre, aber auch Binsenwahrheiten bleiben wahr.

Elons Buch gehört in den Kanon der Geschichtsbücher mindestens für Höhere Schulen, von dem neuerdings wieder die Rede ist. Eine klügere, gerechtere Übersicht über ein schwieriges Verhältnis, das eines des Hasses war, der Verachtung, aber auch der Liebe und der Vernunft, gibt es zur Zeit wohl kaum.

Amos Elon: Zu einer anderen Zeit, Porträt einer jüdisch-deutschen Epoche 1743-1933, CARL HANSER VERLAG, München 2003, 422 S., gebunden, € 24,50.

ROBERT MISIK

»Yes, please!«

Erkundungen über den Philosophie-Entertainer Slavoj Žižek

Mit Symptomen schlägt sich der slowenische Philosoph Slavoj Žižek viel herum. Sie sind irgendwie die geheimnisvollen Wegmarken, die etwas wirklich sichtbar machen im Meer des allzu offenkundig Sichtbaren, »im Sinne eines zweideutigen Zeichens, das auf einen verborgenen Inhalt verweist«. Aber was, wenn..., was wenn Slavoj Žižek selbst in dieser Weise ein Symptom ist? Dass der slowenische Philosoph sich »beinahe schon sagenhaften Ruhmess« erfreut, wie Jörg Lau unlängst im MERKUR formulierte, sorgt für zunehmende aggressiv-nervöse Abwehr in Kreisen des soft-links-liberalen

mainstreams, und auch wohlwollendere Beobachter fragen sich, wie zuletzt Rebecca Mead in ihrem zehnseitigen Großporträt im NEW YORKER über den »international star from Slovenia«, ob Žižek gar bloß als linker Intellektueller erscheint, »er in Wahrheit aber ein Komödiant ist«.

Was also, wenn Žižeks Ruhm ein Symptom ist, ein Symptom für den neuen Chic linker Gesten, für ein simples Unbehagen an der globalen kapitalistischen Kultur, für unbestimmte Ausbruchssehnsüchte? Und für die Hoffnung auf eine Radikalität, die weder altbacken-gutmenschlich aber doch nicht nur ästhetizistisch ist – und, ebenso, für die Schwierigkeiten, diese Radikalität zu realisieren? Die Frage, so gestellt, führt mitten in die Gedankenwelt Slavoj Žižeks hinein.

Denn das Wortpaar »was, wenn...« ist die meistgebrauchte Wendung in Žižeks Texten (die auf englisch geschrieben werden, also: »what, if...«), sie ist sein Handwerkszeug, markiert aber auch seine Gedankenbewegung. »Was, wenn...« eröffnet den Horizont zur paradoxen Wendung, manchmal zur absurdnen Volte, immer zum unerwarteten Widerspruch, auch zum Selbst-Widerspruch. »Was, wenn...« erlaubt aber auch, sich nicht allzu deutlich festzulegen, »was, wenn...« ist die Formel des Experimentellen, wenn man so will die goldene Regel des Feuilletonistischen. Textbausteine, Gedankenbausteine Žižeks (und seine Texte sind allesamt Baustein-Texte) funktionieren im Wesentlichen nach einer Logik: Er entwickelt eine These oder einen Sachverhalt, dessen innere Logik auf eine Deutung hin zurast. Mit »was, wenn...« kann er einen Haken schlagen, insinuieren, es ist vielleicht das genaue Gegenteil dessen wahr, was der *common sense* annehmen würde – aber die »Was, wenn...«-Logik muss freilich nicht so weit gehen, dieses Gegenteil wirklich und fest zu behaupten.

Der Multikulturalismus, beispielsweise, ist doch eine schöne, linke Idee. »Was, wenn dieser entpolitisierter Multikulturalismus die

Ideologie des derzeitigen globalen Kapitalismus wäre?«, fragt Žižek 1998 in *Ein Plädoyer für die Intoleranz*.

Žižek ist *hip*. Žižeks Auftritte bürgen für volle Säle, ob in Wien, Berlin, London oder New York. Seine Bücher behandeln Themen wie Hitchcock, Lenin, den 11. September, die Oper und sind in mehr als 20 Sprachen übersetzt. Vollbärtig, strubbelig, leicht unterersetzt, abgetragene Hemden, ist er, was man so ein Ereignis nennt. Wenn er Platz nimmt, um einen Vortrag zu halten, ein Interview zu geben oder bloß ein Gespräch zu führen, erinnert er an das Prinzip des Viertakt-Motors auf hohen Touren: regelmäßige, explosionsartige Verbrennung, schnelles Stakkato, fast hysterisch Gedanken produzierend, sitzt er da, bald schon in einer Pfütze Schweiß. Er spricht in einem unverkennbar osteuropäischen *high-speed-english*, macht hier eine konterintuitive Beobachtung, um ihr da seinen favorisierten Argumentationsmodus, das Paradoxon, anzuschließen. »Man muss den manischen Redeschwall seiner Vorträge erleben, die er unter expressiven Gesten hervorstößt, immer ein bisschen beängstigend und charmant zugleich«, schreibt Jörg Lau, der keinen Zweifel daran lässt, wie abstoßend er den Kerl findet. Der habe »etwas Verkommenes, geistig Verwahrlostes«. Für ihn ist Žižek die vielleicht hässlichste Fratze des *radical chic*, jenes akademisch-radikalen Denkens, das sich in leeren Gesten verliert, diese aber in einer großen Blase fortwährend weiterproduziert. Žižeks Mit-Verdächtige sind aus solcher Sicht Theoretiker wie Judith Butler, Giorgio Agamben, Jean Baudrillard, die *Empire*-Autoren Toni Negri und Michael Hardt, aber auch Post-Marxisten wie Ernesto Laclau, Chantal Mouffe oder Frederic Jameson.

Wobei sich Žižek und der liberalkonservative *mainstream* in der Aversion gegen den *radical chic* durchaus treffen. Ohnehin scheint das Prinzip zu gelten: Die leere Geste ist immer die des anderen. Bloß, dass für Žižek die wohlmeinenden, professoralen

Soft-Linken des *cultural-studies*-Trends die Protagonisten des zeitgenössischen *radical chic* darstellen. Die reden scharf, halten aber peinlich genau die Grenzen der liberalen politischen *correctness* ein, tun auf radikalreformisch, »um sicher zu gehen, dass sich nichts wirklich verändern wird!«

Žižek dagegen lotet zunehmend drängend aus, ob es nicht doch Grenzen gibt, deren Verletzung eine emanzipative Perspektive bietet. Wobei er sich da gelegentlich auch widerspricht. »In der Postmoderne verliert der Exzess der Überschreitung seine Schockwirkung und wird völlig in den etablierten Kunstmarkt integriert« heißt es in *Das fragile Absolute* (2000), an anderer Stelle aber doch, man solle nicht die Schlussfolgerung ziehen, »dass der Kapitalismus die endlose Fähigkeit besäße, alle Sonderwünsche zu integrieren und ihnen die subversive Spitze zu nehmen«. Es ist nicht so, dass es keine möglichen Tabubrüche mehr gäbe. »Vielleicht sollte man in diesen langweiligen Zeiten um sich greifender Rufe nach Toleranz das Risiko eingehen, sich die befreieende Wirkung solcher ›Exzesse‹ in Erinnerung zu rufen.«

Kein Wunder, dass manche Žižek selbst für einen wandelnden Exzess halten. *Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin*, heißt einer seiner jüngsten, bei SUHRKAMP erschienenen Bände. Über »die heutigen Chancen radikaler Politik« hat er bei der Wiener DOCUMENTA II-*Plattform 1* nachgedacht. Ein anderes der Žižek-Pamphlete trägt den Titel *Ein Plädoyer für die Intoleranz*. Wer sich gerne provozieren lässt, ist bei ihm an der richtigen Adresse. Wer sich gerne irritieren lassen oder womöglich nicht akzeptieren will, dass die Prämissen des »globalen Kapitalismus als das einzige Spiel, das gespielt werden kann, und des liberal-demokratischen Systems als der endgültig gefundenen optimalen politischen Organisation der Gesellschaft« zu gelten haben, ist es ebenso.

Žižeks Kunst besteht darin, Populärkultur, Alltagsverständ, Theorie und radi-

kale Thesen so aneinander zu montieren, dass sich überraschende Perspektiven eröffnen. Damit will er nicht, wie Marx, intervenieren, um die Welt zu verändern, »sondern die hegemonialen ideologischen Koordinaten in Frage stellen«. Die Gedanken, die ihm dabei so durch den Kopf flirren, finden sich, variiert und wiederholt, in seiner kaum noch überschaubaren Textproduktion. *copy/paste*, der Zweisprung der Netzkultur, ist sein eigentliches Arbeitsprinzip. »Žižek arbeitet ohne Unterbrechung und publiziert so schnell, wie er denkt, manchmal schneller«, heißt es mit leiser Ironie im NEW YORKER.

Ein paar Beispiele dieser immer wiederkehrenden Žižek-Gedanken: Die ökologische Bewegung hat es absolut einsichtig gemacht, den Weltuntergang für höchst realistisch zu halten. Gleichzeitig aber kann sich keiner mehr auch nur kleinste Änderungen des Wirtschaftssystems vorstellen. Die Endlichkeit der Welt mag realistisch sein, der Kapitalismus ist ewig.

Claude Levi-Strauss ließ Eingeborene die Struktur ihres Dorfes zeichnen. Je nach hierarchischer Stellung hatten sie zwei völlig konträre Bilder von der Topographie ihres Gemeinwesens im Kopf. Nun könnte man, sagt Žižek, wie das dem *common sense* naheliegend wäre, einen Hubschrauber mieten, und das Dorf von oben photographieren. Man erhielte so eine unverfälschte Ansicht der Realität, aber keine Ahnung vom Realen des sozialen Antagonismus.

Das Reale und die Realität, das Symbolische, das Gespenstische, Signifikant und Signifikat, der Große Andere: Es sind die Begriffe des französischen Psychoanalytikers Jacques Lacan, mit denen Žižek operiert. Von ihnen kommt er her, ebenso wie von der Theorie des marxistischen Philosophen Louis Althusser, dessen Studien über Ideologie und Ideologie-Effekte; und natürlich von Marx und Freud. Wobei Žižeks Erfolg womöglich darin gründet, sich nicht einzugraben in diese Begrifflich-

keit: Er produziert keine hermetischen Texte, sondern ist zur Hälfte auch »global operierender Philosophie-Entertainer«, wie es so schön in einem Klappentext zu einem seiner jüngsten Bücher heißt.

Dazu gehört nicht nur eine gewisse tänzelnde Leichtfüßigkeit, sondern immer auch, die Dinge in jener Spannung zu halten, in der sie auch »in der Realität« vorkommen. Auch wenn wir – mit Lacan, Althusser, Foucault etc. – wissen, dass »Ideologie in allem immer schon am Werke ist, was wir als ›Realität‹ erleben, müssen wir dennoch die Spannung aufrechterhalten, die die Ideologiekritik lebendig hält.« Insofern ist Žižek, bei allem radikalen Getue, erstaunlich »vernünftig«, verrennt sich nicht bis zum Fluchtpunkt einer These, sondern hält irgendwie doch die Balance, den Mittelweg: Überall ist immer schon ein Ideologie-Effekt? Ja. Es gibt keinen Nicht-Ideologie-Ort, von dem Ideologie kritisierbar wäre? Ja. Ideologiekritik ist unmöglich? Nein, das auch wieder nicht!

Unbestreitbar, wie fruchtbar Žižek Alltagsphänomene und Theorie ins Verhältnis bringt, Hegel mit Hitchcock und *vice versa*, sozusagen, und neue Lesarten und Deutungen anbietet. »In der spätkapitalistischen Konsumgesellschaft nimmt das ›reale soziale Leben‹ selbst Züge eines inszenierten Schwindels an, indem sich unsere realen Nachbarn wie Schauspieler und Statisten verhalten«, analysiert Žižek. Seine Kritik hat, trotz der sanften Ironie, immer auch etwas Schonungsloses, vor allem wenn die Sprache auf Phänomene der Post-Politik kommt, etwa auf den liberalen Multikulturalismus oder den entpolitisierten Pazifismus. Für den globalen Kapitalismus ist dieser Multikulturalismus darum die ideale Form der Ideologie, weil er »von einer Art leerem globalen Platz aus jede Lokalkultur so behandelt, wie der Kolonist die kolonisierten Menschen behandelt – als ›Eingeborene‹, deren Sitten genau studiert werden müssen und die zu ›respektieren‹ sind.«

Žižek hebt jeden Brocken auf, dreht ihn, setzt ihn in Verhältnisse mit anderen, bricht die Perspektive – in rasender Geschwindigkeit. Vielleicht ist ein gewisses Maß an Scharlatanerie da unvermeidbar. Aber was, wenn der assoziative Witz und Aberwitz, solche Scharlatanerie Bedingung des Produktiven ist?

Dieses Perspektiven-Brechen, ins Absurde drehen, Sichtbar-Machen ist das Werkzeug dessen, was man im weitesten Sinne das politische Projekt Žižeks nennen könnte: »Der Kampf um die diskursive Hegemonie« (Žižek). Wobei der Ironiker Žižek immer sofort auch abstreiten würde, dass er ein politisches Projekt hat. Das ist es vielleicht, was ihn so irritierend macht für die Tugendwächter aller Art: dass man nicht weiß, ob er das, was er sagt, auch ernst meint. Und auf welche Weise er es ernst meint. Was heißt es, die subversive Schärfe des »Signifikant ›Lenin‹« zu bewahren, wie Žižek plädiert? Er will Lenin wiederholen, was heißt, akzeptieren, dass die Leninsche Lösung fürchterlich gescheitert ist, »aber dass darin ein utopischer Funke war, der es wert ist bewahrt zu werden«. Der »Signifikant ›Trotzki‹« ist, heißt es da auch, »die passendste Bezeichnung für das, was sich am leninistischen Erbe zu bewahren lohnt«. Die »Leninsche Geste«, die Žižek zum Leben erwecken will, heißt irgendwie den Augenblick, die Gelegenheit beim Schopf packen, das Gehäuse des ewig Determinierten (oder determiniert scheinenden) aufzubrechen – radikaler Voluntarismus als Gegengift zur liberal-kapitalistischen Post-Historie, für die ja gilt: »Die Wahrnehmung, dass wir in einer Gesellschaft der freien Wahlmöglichkeiten leben ... ist die Errscheinungsform ihres genauen Gegenteils, des *Fehlens* echter Wahlmöglichkeiten«. Noch die »innere Größe des Stalinismus« bestand, so besehen, darin, das zu tun, was kein vernünftiger Mensch tun würde – etwa, Verbrechen zu gestehen, die man nie getan hat, der »Geschichte« wegen. Es ist diese

fast naive Weise, in der Žižek seine Andeutungen macht: Gibt es nicht eine »innere Größe des Stalinismus« fragt er, und das klingt ja ganz unschuldig. Manche zucken da innerlich zusammen und rufen: »Verhinderung des Massenterrors!«, haben aber keine Erklärung dafür, wie Stalin so populär sein konnte, »trotz des Terrors«, weil sie sich nicht zu fragen getrauen, ob er nicht »wegen« des Terrors so populär war.

In der Welt ohne Wahlmöglichkeiten ist der Exzentriker, der Abenteurer, der eigentliche Revolutionär; dessen Experimente – *Versuche über Lenin*, heißt Žižeks Buch – auch dann, ja vielleicht gerade dann erfolgreich sind, wenn sie scheitern; weil sie immerhin authentische Akte sind, die Erlebnisse produzieren, Übergangsakte. Die Grenzübertretung ist immer auch eine Perspektivenverschiebung. Die eigentlich »linke Option« ist, »sich die Hände schmutzig zu machen«. Ohne Zweifel ist Slavoj Žižek eine der seltsamsten Erscheinungen des globalen Theorie-Jet-Sets. Aber was, wenn dieser Ironiker und Manisch-Politisch-Inkorrekte in Wahrheit ein großer Moralist ist? Ein Moralist, der freilich gefangen ist in dem von ihm so gut durchschauten Debatten-Kosmos, in dem der Radikale dem Fluch nicht entkommt, Unterhalter zu sein – es sei denn, er sei Unamüsant, was dann freilich nichts weniger bedeuten würde als ein öffentliches Todesurteil?

Oder, um es mit dem von Žižek so geliebten Marx – Groucho, nicht Karl! – zu sagen: Wollen Sie Entertainer, ernsthafter Intellektueller oder provozierender Rebell sein? Der Marx-Brother hat ja bekanntlich auf solche Fragen eine Entscheidung vermieden, indem er die entwaffnende Antwort gab: »Yes, please!«

Von Slavoj Žižek sind zuletzt folgende Bücher erschienen: *Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin*. SUHRKAMP VERLAG, Frankfurt 2002, 187 S., € 9,00, und *Der zweite Tod der Oper*. KULTURVERLAG KADMOS, Berlin 2002, 192 S., € 16,90.

MICHAEL FUNK
Herrschaft der Fünften Gewalt
Betrachtungen zum Zustand
des korrupten Imperiums

Ein altes russisches Sprichwort lautet: »Der Russe sieht aus wie eine Krähe, ist aber schlauer als der Teufel«. Nun ist nicht sicher, wie schlau der Teufel wirklich ist, doch zu mindest einige seiner Steckenpferde wie Verschlagenheit, Lüge oder kriminelle Energie sind im allgemeinen Assoziationsspielraum eng mit den oft angeführten »russischen Verhältnissen« verbunden. Tatsächlich sind Organisierte Kriminalität und Korruption in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion heute omnipräsent. Sie gehören zu Russland wie Wodka und Soljanka. Dennoch verbleibt das Gefühl, das populistisch-resignierende Abschreiben der einstigen Supermacht könnte ebenso gefährlich und unzureichend sein wie althergebrachte Erklärungsansätze. Wer Russland verstehen will, muss die Korruption verstehen, ihre Ursachen und die internationale Ausstrahlung untersuchen.

Die Gangster aus dem Osten – so lautet der provokative Titel des neuesten Buches aus der Feder des Journalisten Jürgen Roth, ein Mosaik aus investigativem Polit- und Wirtschaftskrimi, das der Autor selbst als »kafkaesk« beschreibt. Bedrohlich und un durchsichtig sind die Enthüllungen allemal, mit denen der geduldige Leser konfrontiert wird. Es geht um Geldwäsche, Menschenhandel, Erpressung, mitunter Mord. In den Hauptrollen geben sich Kriminelle, Staatsanwälte oder »ehrbare« Unternehmer aus Ost und West die Ehre. Russland wird als potenziell reichstes und aufgrund seiner Größe am schwersten zu kontrollierendes Land der GUS von vielen mächtigen Syndikaten aus den postsowjetischen Staaten als Operationsbasis genutzt. Sie kontrollieren Abgeordnete und Behörden und stellen heute den Löwenanteil der Investitionen in die russische Wirtschaft. Die Köpfe, so genann-

te »Autoritäten«, bestechen mit guten Verbindungen, aufwendigem Lebensstil und legendärer Skrupellosigkeit. Wenn auch das Phänomen an sich nicht unbedingt neu ist, so sind es doch die Dimensionen. Die Internationalisierung der Parallelgesellschaft der Organisierten Kriminalität, deren moderne Netzwerke Russland und Mitteleuropa wie Spinnennetze umspannen und bis nach Südamerika reichen, nehmen nicht nur für die nahezu ohnmächtigen Strafverfolgungsinstitutionen immer beängstigendere Ausmaße an.

Auch nach Deutschland hat die »Russenmafia« ihre giftigen Fühler längst ausgestreckt. In der Mitte der Gesellschaft existieren gut getarnte kriminelle Strukturen, die zu Geldwäsche, Drogen- und Waffenhandel oder Schutzgelderpressungen genutzt werden. Über 600 Firmen seien in der Bundesrepublik in den letzten Jahren von russischen Kartellen gegründet worden, deren mächtige Bosse trotz umfangreicher Ermittlungsversuche weder die Öffentlichkeit noch den Einsatz schmutziger Geschäftsmethoden scheuen. »Der Russe als solcher«, wurde anlässlich des alljährlich in Berlin stattfindenden »Zarenballs« ironieschwanger kommentiert, »lässt es ja gerne krachen«. Politisch brisant wird es immer dann, wenn dabei der Name des russischen Präsidenten Wladimir Putin und seine Verwicklungen in nebulöse Geldgeschäfte russischer Firmen in Deutschland ins Spiel kommen. Der rasante Aufstieg des ehemaligen KGB-Offiziers, den man während seiner Zeit als stellvertretender Bürgermeister von St. Petersburg »Stasi« nannte, spiegelt die Symbiose zwischen Finanzclans und Sicherheitsdiensten, eine Verschmelzung von Geld, Macht und Politik wider. Putins Rolle im staatlich-kriminellen Machtgefüge der Stadt in der Zeit des postsowjetischen Raubtierkapitalismus kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Der Kreml wird von Roth als eines der großen »Kryschas« (Dächer)

dargestellt, unter denen sich die meisten dubiosen russischen Unternehmen heute international bewegen. Die Moskauer Politelite, immer wieder lautstarker Beschwörer der Bekämpfung von Korruption und Kriminalität, stellt letztendlich doch nur einen der Garanten für deren Fortbestand dar.

Korruption als Lebensform

Einen gänzlich anderen Ansatz verfolgt die Moskau-Korrespondentin der F.A.Z. Kerstin Holm. Ihre Panorama-Darstellung der Korruption in Russland ist weniger auf die Perpetuierung der Mythologie und Fakten zur Russenmafia, denn auf die kulturelle Genealogie des Phänomens gerichtet. Dabei beginnt die Autorin bei Iwan dem Schrecklichen im 16. Jahrhundert und arbeitet sich langsam bis in die Gegenwart vor. Für Holm ist die russische Korruption ein allumfassendes Geflecht, viel mehr als nur ein Bündel modernen Rechtsnormen zuwider laufender Praktiken, ein »Meer ohne Insel«, groß wie die sibirische Taiga. Das Phänomen nimmt die Form eines geradezu urwüchsigen Verhaltensmusters an, das tief in den Lebensbedingungen und dem soziokulturellen Bewusstsein des Landes und seiner Menschen verwurzelt ist. Seit Peter dem Großen scheiterten viele ehrgeizige Idealisten an der Reform dieses Systems, welches Kirchenvertreter, Agrarfunktionäre, Geschäftsleute oder Kleinbürger gleichermaßen vereinnahmt. Vom Volk verehrt, blieben sie doch stets in der Minderheit und konnten nie entscheidende Veränderungen bewirken.

Bemerkenswert sind vor allem die Quellen, auf die in den anekdotenreichen Ausführungen zurückgegriffen wird: die alttrussische Kunst, das Christentum und die russische Volksseele. So zeigt die Autorin auf, wie und warum sich das im 16. Jahrhundert abgeschaffte System der *Kormlenie*, der »Fütterung«, in verändertem Gewand bis heute erhalten hat. Die stoische Ruhe, mit der Vetternwirtschaft oder Schmiergeldzahlungen in Russland hingenommen

werden, ist demnach einer Art religiös geprägter Weltflucht geschuldet. Während die Kulturen des westeuropäischen Raumes eine der Aufklärung verbundene Disput- und Rechtskultur entwickelten, empfinde das orthodox geprägte Bewusstsein die reale Welt als etwas, das man im Idealfall demütig erleidet. Werke der Malerei und Literatur, die sich nur allzu häufig um die Tiefen des von unberechenbaren Kräften dominierten russischen Wesens drehen, werden als Verweise auf eine spezifische Tradition der Rechtsverachtung und die Zurückweisung der Erfahrungen von Subjektivität und Individualisierung oder durch den gesellschaftspolitischen Organismus Russlands herangezogen. Was entsteht, ist eine Kulturgeschichte der Korruption. Kerstin Holm liest die heutigen Verhältnisse in den historischen und macht deutlich, worin die fundamentalen Unterschiede zur »aufklärerischen« westlichen Perspektive bestehen. Bis heute widersteht die russische Wirklichkeit hartnäckig den großen Vorhaben aller von Oben oktroyierten Modernisierungsprojekte.

Dämon Russland oder »Berlusconisierung« Europas?

In Bezug auf die Korrumperung gesellschaftlich-ethischer Normen befindet sich Russland durchaus in illustrer Gesellschaft. Das Phänomen ist mindestens ebenso alt wie die von ihm verletzten Regeln, und auch in Europa werden individuelle Bereicherung, Patronagebeziehungen und schwindende Loyalität dem Staat gegenüber beklagt. Die pathetische Distanz, mit der in der eurozentristischen Zentralperspektive von der Kriminalität als der schicksalhaften Herausforderung für das postkommunistische Russland gesprochen wird, speist sich aus der Verdrängung und der Verneinung der Gemeinsamkeiten zwischen Russland und dem Westen. Ist es die dunkle Seite der russischen Seele, die uns Angst macht, oder das Unvermögen, die Dynamik und Irrwege des

»russian way of life« zu begreifen, der sich den westlichen Disziplinierungstraditionen so standhaft widersetzt? Die Globalisierung trägt ihren Teil dazu bei, der Organisierten Kriminalität Brücken zu legalen gesellschaftlichen Strukturen zu bauen. Praktikable Strategien der Verhinderung hat auch im Westen niemand parat.

Kerstin Holm: Das korrupte Imperium. Ein russisches Panorama. HANSER VERLAG, München 2003, 264 S., € 19,90.

Jürgen Roth: Die Gangster aus dem Osten. Neue Wege der Kriminalität. EUROPA VERLAG, Hamburg 2003, 318 S., € 17,90.

Grenzen und Verhältnisse, für Sicherheit und Überschaubarkeit, kurz: für eine Homogenität des Kontinents. »Der ›Ostblock‹ von einst war wenigstens ein Begriff; vom mittleren und östlichen Europa, das an seine Stelle getreten ist, gibt es meist nicht einmal eine Erfahrung«, konstatiert Schlägel.

Der gewaltlose Fall des Eisernen Vorhangs hat uns nicht etwa einen Gewinn beschert, sondern diffuse Ängste vor dem Fremdgewordenen in uns wach gerüttelt: Wir reden von Flüchtlingswellen und Zuwandererströmen als ginge es darum, unser Land und Hab und Gut vor Menschen gleichermaßen zu schützen wie vor der großen Flut. Indes zeigt Schlägel die Janusköpfigkeit einer öffentlichen Meinung, die die Globalisierung bejaht und allenthalben die Migration behindert, ja kriminalisiert, wo doch Nomadentum treibende Kraft der Weltgeschichte ist und keineswegs Sesshaftigkeit.

Großes Lesevergnügen bereiten Schlägels Aufsätze über die Städte Osteuropas – die wahren Schauplätze »der Tumulte unseres Jahrhunderts«. Diese Texte lassen die konkreten Orte in ihrem historischen Raum vor Augen erstehen, möblieren die Plätze und Straßen mit Denkmälern und öffentlichen Gebäuden, mit Geschäften und Reklameschildern, beleben das ganze mit Menschen und deren Schicksalen und erzählen spannend und mit Liebe zum Detail von den großen Umwälzungen. In ganz hervorragender Weise ist Schlägel das mit dem über 700 Seiten starken Buch *Petersburg. Laboratorium der Moderne 1909 - 1921* gelungen, das im September ebenfalls in neuer Auflage erschienen ist: Das Werk zeigt mit historischer Akribie die gegenläufigen Stoßrichtungen der Moderne und der bolschewistischen Revolution in Politik, Industrie und Gesellschaft, in Architektur, Kunst, Musik, Theater und Publizistik der russischen Reichshauptstadt. Dabei geht die Untersuchung weit über das Porträt einer Stadt und ihrer Einwohner hinaus – bedeutet doch dieser Abschnitt der Geschich-

KATHARINA LEHMANN
**Europäische Geschichte –
räumlich erzählt**

Zwei Neuauflagen von Karl Schlägel

Europa zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts war ein Europa im Fieber der Moderne, voll von Sprachen und Kulturen, und erstreckte sich über eine kontinentale Mitte weit nach Osten. In zwei Neuauflagen des Publizisten und Osteuropaexperten Karl Schlägel werden Raum, Menschen und Kulturen dieses verschwundenen, durch und durch heterogenen Europas sichtbar.

Die bereits im Frühjahr erschienene Essaysammlung *Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang* präsentiert Texte, die in der Zeit zwischen dem Fall der Berliner Mauer und den Anschlägen vom 11. September entstanden sind – mit Ausnahme des Titel gebenden Aufsatzes von 1986, der auch dreizehn Jahre nach der Wende kaum an Aktualität eingebüßt hat. Im Gegenteil: Gerade die Lektüre jenes Essays über den europäischen Status quo zu Ostblock-Zeiten macht deutlich, wie sehr Mauer und Eiserner Vorhang auch weiterhin in unseren Köpfen existieren: Sorgte die Teilung doch für klare



Foto: Reuters/Eriko Sugita

Vor dreihundert Jahren von Peter dem Großen als »Pforte zu Westeuropa« erbaut, feierte St. Petersburg im Mai mit Aufführungen vor der prunkvollen Kulisse des Zarenschlosses Peterhof sein Jubiläum.

te Petersburgs ein dramatisches Stück Kulturtgeschichte Russlands.

Zunächst aber zeigt der Autor eines: Auch Petersburg kommt als europäische Stadt im Bewusstsein der Westeuropäer nicht vor – obwohl die Stadt, die Peter der Große vor dreihundert Jahren am westlichen Rand seines Reichs als Pforte zu Westeuropa und kaiserliche Residenzstadt hatte erbauen lassen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine kapitalistische Großstadt war, in der die industrielle Revolution ein neues Zeitalter eingeläutet hat. Mit seinen fünf Bahnhöfen und dem pulsierenden Geäst von Straßen und Prospekten zählte Petersburg zu den europäischen Metropolen der Moderne – gerade so wie Paris, Wien und Berlin.

2,2 Millionen Einwohner tummelten sich 1914 in Petersburg – innerhalb von vier Jahrzehnten hatte sich ihre Zahl verdreifacht. Der Häuser- und Wohnungsbau boomed: Banken, Hotels und Kaufhäuser in zurückhaltendem Jugendstil und Neoklassi-

zismus, die die »Petersburger Moderne« prägten und in ganz Russland kopiert wurden, verdankten sich ebenso privater Bau­tätigkeit wie die üppigen Villen und Datschen der Wohlhabenden. Die riesigen Mietshäuser aber, die vielerorts für die sich konsolidierende Mittelschicht entstanden, verliehen der Stadt ein neues Gesicht.

Erster Weltkrieg und Bürgerkrieg verhindern die weitere Entwicklung der Stadt. Den restlosen Niedergang aber bewirken bolschewistische Revolution und Sowjetregime: Im März 1918 wird die Hauptstadt Russlands nach Moskau verlegt, die Einwohner von Petersburg wandern ab, die Stadt desurbanisiert.

Auf den ersten Blick ungewöhnlich scheint die Zeitspanne, die Schlögel seiner Untersuchung zugrunde legt: Weder Anfang 1909 noch 1921 markieren herausragende historische Ereignisse. Der Autor orientiert sich hingegen an zwei viel beachteten und umstrittenen Aufsatzbänden, die

die Stimmen der zeitgenössischen Intellektuellen dokumentieren: Der erste erscheint im Jahre 1909 in Moskau unter dem Titel *Vechi* (Wegzeichen) und wirft Fragen auf zur russischen Intelligenzija nach der gescheiterten Revolution von 1905 bis 1907; den zweiten, mit dem Titel *Smena vech* (Wechsel der Wegzeichen), publizieren russische Emigranten 1921 im Prager Exil, nun aber nach einer vollzogenen Revolution, nach Bürgerkrieg und Intervention – beides also Bestandsaufnahmen der öffentlich geführten Diskurse nach Krisenzeiten.

Aus einem bunten Gewirr verschiedenster, teilweise verzweifelter Positionen zum Selbstverständnis der Intelligenzija nach einer gescheiterten Revolution ersteht der Prototyp des russischen Intellektuellen zu Beginn des 20. Jahrhunderts: ein Student auf Lebenszeit, der selbstverliebt und kapriziös nichts mehr verachtet als Vermögen, Spießertum und Staat und aus Prinzip – nicht aber aus Überzeugung – für die Revolution plädiert. Die Sozialdemokratie und andere feste Ideologien im Lande sind in Auflösung begriffen, die Intellektuellen erwarten ein »soziales Wunder«. Hier machen die Positionen von 1921 den radikalen Wandel deutlich: Die Autoren rufen dazu auf, die Sowjetmacht anzuerkennen und kritisieren die anti-bolschewistische und anti-sowjetische Opposition als blinde, anachronistische Staatsfeindlichkeit. Zu diesem Zeitpunkt mischen die im Lande gebliebenen Intellektuellen längst mit, haben Regierungsposten inne oder streiten in der Armee. Was aber dieser Seitenwechsel bewirkt, bringt Schlägel auf den Punkt: »In Lenin und in der russischen Revolution erreicht der ›Intelligent‹ seine größte Wirksamkeit – und erlischt zugleich.«

Karl Schlägel, Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang. HANSER VERLAG, München 2002, 254 S., € 21,50.

Derselbe: Petersburg. Das Laboratorium der Moderne 1909 - 1921. HANSER VERLAG, München 2002, 704 S., € 34,90.

FLORIAN GIESE Die Auflösung des sowjetischen Imperiums

Während die meisten Deutschen in Michail Gorbatschow einen großen Staatsmann sehen, der Osteuropa die Freiheit und Deutschland die Einheit brachte, lasten ihm viele frühere Sowjetbürger die Zerstörung ihres Weltreiches an. Der 11. März 1985, der Tag seiner Wahl zum Generalsekretär des ZK der KPDSU, wird daher sehr disparat bewertet.

Das Datum ist Ausgangspunkt eines Buchs über die Auflösung des sowjetischen Imperiums, das in der DTV-Reihe »20 Tage im 20. Jahrhundert« erschienen ist. Die Autorin Mária Huber schildert darin die letzten Jahre der Sowjetunion bis zu ihrer formellen Auflösung zum Jahreswechsel 1991/92 und bietet dabei Einblicke in die Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre, ergänzt um eigene Recherchen und um die ihres Mannes Christian Schmidt-Häuer. Die gebürtige Ungarin, die einen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig innehat, lebte von 1988 bis 1994 in Moskau, und hat – wie auch Schmidt-Häuer – seit Mitte der 80er Jahre vor allem für die ZEIT zahlreiche Berichte über den Umbruch im Sowjetstaat verfasst.

Einiges in diesem Buch wird den deutschen Lesern neu erscheinen, vollzog sich doch der Umbruch in der UDSSR auf eine ganz andere Weise als in den übrigen osteuropäischen Staaten. Obwohl sich die Bilder von den Moskauer Bürgerprotesten gegen den Putsch vom August '91 und die aus Leipzig und Prag '89 scheinbar ähneln, waren die Vorgänge kaum vergleichbar. Eine Zivilgesellschaft, die Gorbatschows Reformimpulse aufgegriffen hätte, gab es in der Sowjetunion nicht. Der verbreitete Eindruck, dass der Zusammenbruch des Ostblocks mit Ausnahme Rumäniens nahezu unblutig verlaufen sei, ist einer selektiven Betrachtungsweise geschuldet, die nicht nur die brutalen Militäreinsätze in Wilna und

Tiflis ausblendet, sondern auch die gewalt-samen ethnischen Konflikte etwa in Armenien, Aserbaidschan und Usbekistan.

Dies ist ein Grund dafür, dass Hubers Gesamturteil über Gorbatschows Amtszeit geradezu vernichtend ausfällt. Er habe nicht durch seine revolutionäre Politik das System zum Einsturz gebracht, sondern durch seine Unentschlossenheit. So habe er sich bei der Modernisierung der Wirtschaft zwar den Totalverweigerern widersetzt, sich aber auch nicht zu einer klar reformorientierten Politik durchringen können. Dieser konzeptions-lose Mittelweg habe das ökonomische Gleichgewicht ins Wanken gebracht.

Doch auch Gorbatschows Kontrahenten kommen nicht gut weg. Für die orthodoxen Kommunisten hat die Autorin nicht viel übrig, aber auch die radikalen Wirtschaftsreformer, die sich, »westorientiertem Wunschenken« hingegeben hätten, erhalten keinen Beifall. Ihre Distanz zu allen maßgeblichen politischen Gruppen schützt Huber zwar vor einem tendenziösen Gesamturteil, ihre ta-delnden Rundumschläge lassen aber doch gelegentlich etwas Ratlosigkeit aufkommen.

Neben dem persönlichem Versagen der Sowjetführer weist sie auch immer wieder auf wirtschaftlich-politische Zusammenhänge hin. So hebt sie etwa die ökonomischen Motive der Unabhängigkeitsbestrebungen hervor – ohne dabei zu übersehen, dass die nationalistisch aufgeputschten Volksbewe-gungen nicht selten auch entgegen aller öko-nomischen Vernunft handelten. So seien et-wa die Unionsrepubliken wirtschaftlich weit-aus stärker miteinander verflochten gewesen als die Staaten der EG und hätten ihre volle Souveränität nur um den Preis enormer öko-nomischer Verluste erlangen können. Einen hohen Stellenwert für das Scheitern der Mos-kauer Politik wird dem rasanten Verfall der Erdölpreise zu Beginn des Jahres 1986 zuge-schrieben, der möglicherweise auf den amer-iikanischen Einfluss auf Saudi-Arabien zu-rückzuführen gewesen sei. Schließlich sollte man auch nicht die psychologische Wirkung

der organisatorischen und technischen Über-legenheit des Westens vergessen, die den Sowjetbürgern erst nach dem verheerenden Erdbeben in Armenien 1988 voll bewusst ge-worden sei.

Hier drängt sich sogleich eine ganze Reihe spekulativer Fragen auf: Was wäre ge-schehen, wenn der Ölpreis nicht in den Kel-ler gegangen, es kein Erdbeben gegeben und Gorbatschow frühzeitig eine entschiedene Wirtschaftsreform eingeleitet hätte? Hätten dann die Perestroika gelingen, der Sowjet-staat marktwirtschaftlich und demokratisch umgestaltet und der Zerfall des Reiches ver-hindert werden können? Oder war es 1985 schon zu spät für eine erfolgreiche Reform? Ist es – nach all der Kritik an Blockierern, radikalen Reformern und Kompromisslern – überhaupt denkbar, dass irgendeine Gruppe all die mit der Perestroika verbunde-nen Probleme schon Mitte der 80er Jahre hätte voraussehen und ein realistisches und politisch durchsetzbares Konzept zu ihrer Bewältigung entwerfen können? Zu solchen Spekulationen sagt Huber nichts.

Auf der Metaebene drängt sich schließ-lich die Frage auf, ob sich der 11. März 1985 überhaupt als das Schlüsseldatum für den Beginn der Auflösung des sowjetischen Im-periums eignet oder ob sich nicht andere Ereignisse hier ebenso anbieten: der Ein-marsch in Afghanistan 1979 beispielsweise, der Zusammenbruch der osteuropäischen Satelliten-Regime 1989 oder die Unabhän-gigkeitserklärung der Ukraine 1990. Das an-sonsten durchaus reizvolle Grundkonzept der DTV-Reihe, ausgehend von einem einzi-gen Datum einen ganzen historischen Vor-gang zu erklären, stößt hier an seine Gren-zen. Auch die Autorin scheint damit nicht ganz glücklich zu sein: Auf jenen Tag, der ihrem Buch den Titel gibt und den sie zu Be-ginn ausführlich schildert, geht sie im wei-teren Verlauf nicht mehr ein.

Mária Huber: *Moskau, 11. März 1985. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums.* DTV, München 2002, 318 S., € 10,00.

Autorinnen und Autoren

Kai Ehlers, geb. 1944, Transformationsforscher und freier Publizist, lebt in Frankfurt am Main.

Günter Franzen, geb. 1947, Schriftsteller, lebt in Frankfurt am Main.

Michael Funk, geb. 1973, Amerikanist, lebt in Berlin.

Florian Giese, geb. 1970, ist Diplom-Politologe und Mitarbeiter eines MDB, lebt in Berlin.

Peter Grafe, geb. 1948, lebt und arbeitet in Köln und Berlin.

Volker Kröning, geb. 1945, MDB, Mitglied des Haushalts- und Verteidigungsausschusses.

Katharina Lehmann, geb. 1962, lebt als freie Publizistin in Köln.

Robert Misik, geb. 1966, ist Redakteur des Wiener Wochenmagazins FORMAT.

Ernst Niemeier, geb. 1937, Wirtschaftswissenschaftler, lebt jetzt als freier Publizist in Wentorf bei Hamburg.

Marco Overhaus, geb. 1975, ist Projektleiter am Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen an der Universität Trier.

Jutta Scherrer ist Professorin für Russische Geschichte an der ÉCOLE DES HAUTES ÉTUDES EN SCIENCES SOCIALES in Paris.

Wilhelm Schmidt, geb. 1944, MDB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Kerstin Schneider, arbeitet als freie Kulturjournalistin und ist Mitglied der KULTURBOTSCHAFT in Berlin.

Peter W. Schulze, geb. 1942, Politologe, leitete von 1992 bis 2003 das FES-Büro in Moskau.

Hans-Joachim Seeler, geb. 1930, Senator a.D., ist Präsident des EUROPÄ-KOLLEGS in Hamburg.

Roland H. Wiegenstein, geb. 1926, lebt als Kulturkorrespondent in Berlin und in der Toskana.

DISKUSSION

Zusammen mit einigen Autoren stellen wir unser Russland-Heft auf der FRANKFURTER BUCHMESSE vor:

**Donnerstag, den 9. Oktober 2003
um 10.00 Uhr**

am VORWÄRTS-Stand
Halle 3.0, B 153

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,
Friedrich-Ebert-Stiftung von Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

Redaktion *Peter Glotz (Chefredakteur)
Norbert Seitz (verantwortlich)
Sonja Thränert (Assistentin)
Dirk Kohn (Assistent)*

Redaktionskreis *Tilman Fichter, Wieland Freund,
Burkhard Reichert (†), Mechthild Reith,
Hans-Joachim Schabedoth, Uli Schöler,
Elke Schubert, Dierk Spreen, Tina Stadlmayer,
Johano Strasser und Jochen Thies*

Redaktionsbeirat *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt,
Gottfried Erb, Iring Fetscher,
Horst von Gizaicky, Martin Greiffenhagen,
Norbert Greinacher, Tomas Kosta,
Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer,
Susanne Miller, Siegmar Mosdorf,
Peter von Oertzen, Richard Schröder,
Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel*

Anschrift der Redaktion c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Telefon 030/26 93 58-19, -20, -21
Telefax 030/26 93 58 55
www.frankfurter-hefte.de

Verlag und Anzeigenverwaltung Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Telefon 02 28/23 80 83
Telefax 02 28/23 41 04

Anzeigenpreisliste
Nr. 29 vom 15.7.2002

Anzeigenverwaltung:
Daniela Müller

Umschlagkonzept: Claudio Gallio
Innenkonzept: Groothuis + Malsy, Bremen
Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung:
Limberg Druck GmbH, Kaarst

Bezugsbedingungen

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft € 5,50 zzgl. Versand;
Doppelheft € 10,80 zzgl. Versand;
Jahresabonnement € 50,60 frei Haus.
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).
In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten